



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Familienwerte in diskursethischer Perspektive“

Eine Untersuchung zu Familienwerten im Programm der Volkspartei NÖ,
der Neos NÖ sowie der Katholischen Kirche in der Diözese St. Pölten.

verfasst von / submitted by
Mag. Andrea Weber

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A066 641

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Interdisziplinäres Masterstudium Ethik für Schule und Beruf

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Sigrid Müller

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
1. Einleitung.....	1
2. Familienwerte	3
2.1. Familie im Programm der Volkspartei NÖ.....	17
2.2. Familie im Programm der Neos NÖ	24
2.3. Familie in der Katholischen Kirche der Diözese St. Pölten.....	29
3. Herleitung und Begründungsmuster der Familienwerte.....	35
3.1. Volkspartei NÖ.....	41
3.2. Neos NÖ.....	46
3.3. Katholische Kirche der Diözese St. Pölten	50
4. Auswirkungen auf die Praxis und Umsetzung der Werte.....	61
4.1. Volkspartei NÖ.....	63
4.2. Neos NÖ.....	68
4.3. Katholische Kirche der Diözese St. Pölten	71
5. Anspruch der Verallgemeinerbarkeit nach Habermas	77
5.1. Diskursethik und Volkspartei NÖ.....	82
5.2. Diskursethik und Neos NÖ	85
5.3. Diskursethik und Katholische Kirche der Diözese St. Pölten.....	87
6. Conclusio.....	90
Literaturverzeichnis	92

1. Einleitung

Wenn man von „Familie“ spricht, ist allen Menschen klar, was damit gemeint ist oder gemeint sein könnte. Überall auf der Welt gibt es Familienformen und damit verbundene Werthaltungen. Menschen werden in Familien hineingeboren, wachsen zumeist in Familien auf, gründen jedoch nicht automatisch auch selber Familien. Obwohl alle Menschen glauben zu wissen, was Familie bedeutet, erahnen sie es doch nur in ihrem eigenen Horizont und vor ihrem eigenen Hintergrund bzw. eingebettet in ihre eigene jeweilige Familiengeschichte. Familienformen wandeln sich und sind eingebettet in den entsprechenden Kontext bzw. in die Zeit, in der die Menschen eines Landes oder einer Region gerade leben. So existieren viele verschiedene Familienformen nicht nur weltweit, sondern auch in einzelnen kleineren Regionen zeitgleich nebeneinander. Es kann kein Land ausgemacht werden – und sei es noch so klein – in dem nur eine einzige Form von Familienzusammenleben existiert oder in dem es ein einziges Wertesystem für alle Menschen gibt. Politische Parteien, Kirchen und andere Ideologien tragen dazu bei, dass sich die Unterschiede zwischen Familienformen noch verstärken bzw. präzisieren lassen und dass Menschen sich zuordnen lassen bzw. zugeordnet werden je nach ihren Geschichten, Vorlieben und Bedürfnissen.

So stellt sich in dieser Masterarbeit die Frage, ob die Familienwerte und deren praktische Umsetzung in der Volkspartei NÖ, bei den Neos NÖ und der Katholischen Kirche der Diözese St. Pölten dem Anspruch der Verallgemeinerbarkeit nach Habermas genügen können?

Um dies zu erfahren, ist zunächst zu erläutern, was diese drei Einrichtungen unter Familienwerten verstehen, wie diese Werte begründet bzw. umgesetzt werden, da die Frage der Umsetzung die Begründungslogik bestätigen oder in Frage stellen kann. Mit Hilfe der Diskursethik von Jürgen Habermas soll anschließend der Universalanspruch der drei Zugänge untersucht und auf seine Stichhaltigkeit überprüft werden.

Weil jedoch keineswegs klar ist, was in diesem Zusammenhang und im Bundesland Niederösterreich im Besonderen Familie eigentlich bedeutet, woher der Begriff kommt, wie sich Familienformen entwickelt haben und welche Formen in der modernen Gesellschaft gelebt werden, soll in der Einleitung des zweiten Kapitels ausführlich darauf eingegangen werden. Ebenso wird zu zeigen sein, welche Werte mit den jeweiligen Familienformen korrelieren und warum diese innerhalb einer Region und einer ähnlichen Zeitspanne doch sehr verschieden sein kön-

nen. Anschließend werden die Familienwerte der Volkspartei NÖ, der Neos NÖ und der Katholischen Kirche in der Diözese St. Pölten näher beleuchtet und es wird zu begründen versucht, was das Spezifikum der Kirche gerade in diesem Gebiet ist.

Des Weiteren wird im dritten Kapitel zu zeigen sein, wie sich die einzelnen Familienwerte in den unterschiedlichen Organisationen verschieden entwickelt haben und wie diese Institutionen diese Entwicklungen jeweils begründen. Bei den politischen Parteien wird dabei die jüngere Geschichte im Vordergrund stehen, weil sie - wie die Neos - noch nicht lange existieren, oder - wie in der Volkspartei - in den letzten Jahrzehnten ein Umdenkprozess stattgefunden hat, der zwar nicht wissenschaftlich begleitet und wenig schriftlich dokumentiert wurde, jedoch umso gravierendere Auswirkungen auf aktuelle Entscheidungen und Strategien der Partei hat. Im Gegensatz dazu muss bei der Katholischen Kirche eine jahrhundertelange Tradition bzw. jahrtausendlanges Begründungsmuster in den Blick genommen und berücksichtigt werden.

Diese Vorbemerkungen zu den Familienwerten sollen im vierten Kapitel als logische Konsequenz in bestimmte Auswirkungen und Umsetzungen münden, die von der jeweiligen Institution forciert werden. Diese divergieren zum Teil sehr stark voneinander, weil eben auch die Werte in unterschiedliche Richtungen zeigen und die Wege, die beschritten werden teilweise ähnlich, teilweise aber sehr verschieden sind. Gerade in diesem Kapitel ist gut zu erkennen, wie facettenreich das Thema ist und wie viele gesellschaftliche Schichten und Bereiche davon durchdrungen werden. Die Konkretionen reichen von Erziehungsfragen über Bildungs- bzw. Arbeitsthemen bis hin zu Generationenproblemen und dem Umgang mit Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Zu all diesen Themen haben sich die besprochenen Organisationen geäußert und ihre Vorschläge, Einladungen und Schwerpunkte definiert.

Im fünften Kapitel wird zunächst die Diskursethik von Jürgen Habermas vorgestellt, um damit den Universalanspruch der drei Institutionen untersuchen zu können. Dadurch soll geklärt werden, ob deren Gedanken und Ideen, aber auch deren Umsetzungen im Sinne der Diskursethik stichhaltig sind.

2. Familienwerte

Der moderne Familienbegriff ist selbst für eine überschaubare Region innerhalb der westlichen Welt schwer zu fassen. Welche Lebenskonzepte als mögliche Familienformen genannt werden, wie Familie überhaupt definiert wird und welche Auswirkungen das auf die Gesellschaft hat hängt mit den unterschiedlichen Wertvorstellungen der einzelnen Institutionen zusammen. Diese Wertvorstellungen von politischen Parteien, der Katholischen Kirche sowie der Gesellschaft insgesamt sind einem ständigen Wandel unterworfen – Veränderungen von Werten in Geschichte und Gegenwart „gehen einher mit und werden getragen von grundlegenden gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungen im weitesten Sinne, innerhalb derer moralische Vorstellungen ihren Plausibilitätsgrund finden.“ (Merks 2013, S. 106) Es ist nicht unerheblich, in welchem Kontext Familie gedacht wird und diese gleichzeitige Ungleichzeitigkeit bzw. Pluralität und Komplexität an Konzepten macht es enorm schwierig, den Begriff Familie und die damit verbundenen Werte zu fassen. Genau das soll nun aber versucht werden. Es wird näher untersucht werden, welche Familienbegriffe zu diskutieren sind, wie sich diese entwickelt haben, welche Werte ihnen inhärent sind und ob sich diese Familienwerte letztendlich allgemein begründen, vergleichen oder miteinander in Verbindung bringen lassen. Bevor allerdings exemplarisch auf zwei politische Parteien aus Niederösterreich und auf die Katholische Kirche in der Diözese St. Pölten eingegangen wird, deren Familienwerte untersucht und konkrete Auswirkungen auf deren Praxis beobachtet werden, sollen zunächst beide Begriffe – sowohl „Familie“ als auch „Werte“ – allgemein besprochen, hinterfragt und auf ihre Plausibilität hin überprüft werden.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass das, was man heute gemeinhin als traditionelle Familie bezeichnet, in den letzten Jahrzehnten zunehmend kleiner geworden ist. Das mag verschiedene Gründe haben. Zu beobachten ist unter anderem ein Rückgang der Geburten bzw. mehr Einpersonenhaushalte. Noch im 19. Jahrhundert wurden nicht nur mehr Kinder pro Familie geboren, auch Großeltern, andere Verwandte oder sogar Arbeitskräfte gehörten zum gemeinsamen Haushalt. „Erst im Verlauf des 20. Jahrhunderts, und hier vor allem in der zweiten Hälfte, kam es zu einem radikalen Absinken der durchschnittlichen Haushaltsgröße in der Gesamtbevölkerung. Der Durchschnittswert lag in etwa bei zwei Personen pro Haushalt.“ (Kapella 2007, S. 7) Die Familien waren und sind gefordert, sich dem gesellschaftlichen Wandel anzupassen, um so optimal auf die Gegebenheiten und Herausforderungen, die auf sie zukommen, reagie-

ren zu können. „Vor allem die Entwicklungen unserer modernen Gesellschaft, wie z.B. die Globalisierung und Urbanisierung, haben dazu beigetragen, dass sich die Lebens- und Familienformen weiter differenzieren.“ (Kapella 2007, S. 12) So ist es nicht unerheblich, ob eine Familie auf dem Land oder in der Stadt wohnt und auch die Definition, was überhaupt als Familie verstanden wird, hängt wesentlich davon ab.

Die Dimensionen von Familie können sowohl strukturell als auch funktional beschrieben werden.

„Strukturell kann Familie [...] als Gruppe gesehen werden, die mindestens aus zwei Personen besteht, die mindestens zweier Generationen entstammen. Demnach wären sowohl Fünfgenerationenfamilien (Enkel – Kinder – Eltern – Großeltern – Urgroßeltern) Teil des Familienbegriffs als auch alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern oder ein Kind, das bei den Großeltern aufwächst, sowie alle Arten von sogenannten Patchworkfamilien. Auf einer funktionalen Ebene ist Familie ein soziales Beziehungsmuster, das sich als intimes, privates, dauerhaft angelegtes Beziehungssystem definiert, das im gemeinsamen Lebensvollzug entsteht und sich durch die vier Kriterien der Abgrenzung und Privatheit, der prinzipiell gedachten Dauerhaftigkeit, einer hohen emotionalen Nähe sowie der Beziehung zwischen mindestens zwei Generationen auszeichnet.“ (Stein 2017, S. 50)

Wie allein auf der strukturellen Ebene zu sehen ist, gibt es hier zahlreiche Möglichkeiten, Familie zu denken. Gerade auf dieser Ebene kann der Familienbegriff sehr breit gesehen werden – von der kleinstmöglichen Form bis zu größeren Familienverbänden, immer jedoch unter der Voraussetzung der Kriterien der funktionalen Ebene. Geschlechterdimensionen spielen bei diesen Ebenen keine Rolle. Es ist egal, ob hetero- oder homosexuelle Paare Familien gründen, durch Pflege- und Adoptionsmöglichkeiten können immer mehrere Generationen als Familie zusammenleben.

Kapella unterscheidet in diesem Zusammenhang die Makro- von der Mikroperspektive, wenn er aufgabenspezifisch den Wert der Familie für die Gesellschaft bestimmt.

„Die Makroperspektive definiert Familie aus einer gesamtgesellschaftlichen Sicht. Sie sieht die Familie als eine soziale Institution bzw. als ein gesellschaftliches Subsystem. In dieser strukturell-funktionellen Sichtweise hat die Familie bestimmte gesellschaftliche Leistungen bzw. Funktionen für die Gesamtgesellschaft zu erbringen. In der Mikroperspektive steht die Familie als ein gesellschaftliches Teilsystem bzw. als eine besondere Gruppe der Gesamtgesellschaft im Zentrum. Vor allem geht es in dieser interpretativen Betrachtungsweise u.a. um die festgelegte Rollenstruktur in dieser Gruppe oder auch um die spezifische Interaktion der einzelnen Mitglieder, die ihre Handlungen wechselseitig interpretieren und aufeinander abstimmen.“ (Kapella 2007, S. 9)

Familie ist also auf Gesellschaft bezogen vielschichtig und komplex, hat unterschiedliche Bedeutungen und Funktionsweisen je nach Perspektive, Zugangsweise und geschichtlicher Entwicklung. Außerdem ist die Familie an sich nichts Statisches, sondern unterliegt einem ständigen Wandel. Im Lauf eines Menschenlebens werden verschiedene Familienformen aktuell und durchlebt, heute mehr denn je, weil die Menschen älter werden und damit mehr Möglichkeiten für Familienzugehörigkeiten haben. „Familie stellt etwas Dynamisches dar, d.h. sie ist nicht starr und unbeweglich. Wie der einzelne Mensch durch verschiedene Phasen und Lebensabschnitte geht, so ist auch die Familie durch unterschiedliche Phasen und damit auch von Übergängen bestimmt.“ (Kapella 2007, S. 13) Ein Mensch wird zunächst als Kind in eine Familie hineingeboren, lernt dort, wächst dort, wird dort erwachsen und gründet eine eigene Familie. Der Nachwuchs fordert auf vielfache Weise heraus und lässt häufig auch Großeltern an der Erziehung mitwirken. Weil Menschen immer älter werden, sind sie mitunter als Großeltern oder gar Urgroßeltern am Familienleben beteiligt und unersetzbar. Selbst wenn die eigenen Kinder ausgezogen und viele Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten vorhanden sind, stellen sich neue familiäre Herausforderungen ein und beanspruchen Zeit. Des Weiteren sind die Menschen länger alt, möglicherweise auch krank und pflegebedürftig und stellen ihre Familien somit vor neue Herausforderungen. „Darüber hinaus nehmen sich alle Familienmitglieder als zur Familie gehörig wahr und sind eingebunden in einen Lebensrahmen mit langfristigen Verpflichtungscharakter.“ (Schneewind 2010, S. 22) Hier ist zu bemerken, dass es jedoch nicht nur eine Verpflichtung bedeutet, sich um Kinder bzw. alte Familienmitglieder zu kümmern, sondern es lassen sich durchaus Werte benennen, die ein Leben in Gemeinschaft nicht nur ermöglichen, sondern welche das eigene Leben auch bereichern.

Gleichzeitig hat „Identität [...] ihre Selbstverständlichkeit verloren, so dass die Suche nach dem, was ‚Ich‘ heißen kann, zur Lebensaufgabe wird. In seiner Breite ist dies ein neues Phänomen. [...] Menschen sind aus den Bindungen von Klasse, Beruf, Nachbarschaft, zum Teil auch Familie und Geschlechterrollen in bestimmtem, häufig großem Maß frei gesetzt.“ (Amnichts Quinn 2013, S. 288) Das Autonomiestreben der Menschen bewirkt eine neue Komplexität an Familienformen, die es zu berücksichtigen gilt, wenn von Familie die Rede sein soll. Zusätzlich zu den traditionellen Familienformen gibt es aktuell auch „zunehmend gewollt kinderlose Ehepaare auf der einen Seite und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften, in denen Kinder erzogen werden, auf der anderen Seite.“ (Karle 2014, S. 194) Heute sind in Österreich auch gleichgeschlechtliche Ehen erlaubt mit allen rechtlichen, gesellschaftsbezogenen und erzieherischen Konsequenzen. Und diese Eheformen werden immer mehr, was Auswir-

kungen auf das Familienbild, die Kindererziehung und die Darstellung von Ehe in der Öffentlichkeit hat. Wie in allen anderen Lebensbereichen auch, haben die Menschen größere Auswahlmöglichkeiten und lernen neue Familienformen im Bekanntenkreis kennen, an die früher nicht einmal gedacht werden durfte, die gesellschaftlich verpönt und von der Katholischen Kirche verboten waren und es zum Teil immer noch sind. „Die moderne Kleinfamilie ist nur noch eine – wenn auch die häufigste – unter zahlreichen Lebensformen.“ (Peuckert 2008, S. 9) Als vorrangig bei der Kindererziehung gilt, „dass ihre Eltern sie lieben und sich um sie kümmern – das Geschlecht und die sexuelle Orientierung der Eltern sind unerheblich.“ (Karle 2014, S. 195) Es kann folglich davon ausgegangen werden, dass es unerheblich ist, ob die Eltern hetero- oder homosexuell sind. Nach vollzogener rechtlicher Gleichstellung ist es auch für die Kindererziehung egal, ob zwei Männer, zwei Frauen oder ein Mann und eine Frau Kinder erziehen. Hier zählen andere Kriterien, Normen und Werte. Trotz alledem muss angemerkt werden, dass Kinder mit gleichgeschlechtlichen Eltern immer noch einer gewissen Diskriminierung ausgesetzt sind – vor allem im ländlichen Raum gilt es gesellschaftlich gesehen keineswegs als „normal“, homosexuelle Eltern zu haben. „Nach wie vor dient der Familienbegriff zur ideologischen Absicherung von Verhältnissen und Lebensbedingungen, die dringend verändert oder gar abgeschafft werden müssten.“ (Kappeler 2018, S. 34) Im Bereich der Soziologie wird eine Offenheit für dynamische, pluralistische und ständig im Wandel begriffene Familienformen gefordert, was in weiten Teilen der Bevölkerung noch keine Resonanz findet. Vielfach sind sowohl die Gesellschaft als auch politische Parteien der Tradition und häufig ebenso religiösen Grundsätzen bzw. Wertvorstellungen verhaftet, also noch nicht in der Moderne mit all ihren Gegebenheiten und Veränderungen angekommen.

Eine nicht unwesentliche Veränderung, die in den letzten Jahrzehnten die elterliche Erziehung geprägt hat ist, „dass ‚Begabung‘ und schulische Leistungen kein ‚naturegegebenes Schicksal‘ sind, sondern eng mit dem elterlichen Verhalten und ihren Bemühungen zusammenhängen.“ (Maihofer / Böhnisch / Wolf (Hg.) 2001, S. 34) Diese Forderung setzt Eltern, egal welcher Familienform sie angehören, gewaltig unter Druck. Die beste Ausbildung, die vielversprechendsten Hobbys, die aktuellsten Technologien und die angemessensten Urlaube sind für den eigenen Nachwuchs gerade gut genug. Die Kinder sollen motiviert und leistungsbereit sein, Kompetenzen für ihr späteres berufliches wie soziales Leben entwickeln, über Verantwortungsbewusstsein ebenso verfügen wie über Team- und Kommunikationsfähigkeiten. Sie sollen Beziehungsfähigkeit erlangen, ihre Neugierde wachhalten und sowohl Selbstwertgefühl als auch Charakterstärke entwickeln. Schließlich müssen die Kinder und Jugendlichen für die vielfältigen Aufgaben der modernen Welt gerüstet sein, wofür sich viele Eltern verantwortlich

fühlen, was bei nicht wenigen eine finanzielle und zeitliche Überforderung auslöst.

Bei all den gesteckten Erziehungszielen und Ansprüchen, die an den Nachwuchs gestellt werden darf eines jedoch nicht außer Acht gelassen werden. „Es muss im Leben Orte unbedingter Verlässlichkeit geben, die nicht von vornherein durch zeitliche Vorbehalte, das Erbringen eigener Vorleistungen oder andere Bedingungen relativiert sind.“ (Schockenhoff 2018, S. 11) Die Freiheit, in der Familie ganz man selbst sein zu können, sich nicht verstecken zu müssen, auf jemanden zählen zu können, bewirkt, dass der Nachwuchs Werte einüben und Beziehungen für das spätere Leben aufbauen kann. Ein von gegenseitiger Achtung, Wärme und Liebe geprägter Umgang miteinander wird sich für die Kinder eher förderlich auswirken, als wenn dies nicht der Fall ist. Kindererziehung ist also weder eine Frage des Geschlechts noch eine Frage der Familienform. Auch die finanziellen Möglichkeiten spielen hier zumindest anfangs eine eher untergeordnete Rolle. Ein bedingungsloses liebevolles Miteinander, Aufmerksamkeit und Zeit kosten kein Geld und sollten von allen Eltern selbstverständlich in die Erziehung vor allem der ersten Jahre einfließen. Später, bei der Herausbildung von Werten ist es nicht unerheblich, welchen Erziehungsstil Eltern bewusst oder unbewusst anwenden.

„Der größte Zusammenhang zwischen Werten und Erziehungsstil besteht [...] bei Eltern mit autoritativ-demokratischem Erziehungsstil. [...] Dem steht der vernachlässigende Erziehungsstil gegenüber, der sich durch eine ablehnende Haltung dem Kind gegenüber auszeichnet, dem weder mit Wärme noch mit bestimmten Verhaltenserwartungen begegnet wird. Dieser vernachlässigende Erziehungsstil geht auf kindlicher Seite mit wenig hohen Werten im Bereich prosoziale Verantwortungsübernahme oder Autonomie einher, ist dafür hoch mit antisozialem oder grenzüberschreitendem Verhalten korreliert.“ (Stein 2017, S. 55)

Der autoritativ-demokratische Erziehungsstil setzt im Gegensatz zum vernachlässigenden Erziehungsstil eine Kommunikations- und Konfliktkompetenz voraus, die jahrelang eingeübt und vorgelebt wurde. Entscheidungen kommen auf demokratischem Wege zustande und doch fungieren die Eltern hier nicht als Freunde der Kinder, sondern als Autoritäten, von denen Kinder lernen und zu denen sie aufschauen können. Die kindliche Persönlichkeit steht dabei im Mittelpunkt und soll sich möglichst optimal entwickeln – Kinder gelten nicht mehr wie in früheren Jahren als kleine Erwachsene und dürfen sich deswegen freier entfalten. „Damit gehen auch veränderte Erziehungsziele einher, die nun mehr durch Toleranz, Aufgeschlossenheit und Autonomie und weniger durch Pflichterfüllung, Fleiß und Unterordnung dominiert sind.“ (Stein 2012, S. 428) Erziehungsziele sind also einem gesellschaftlichen Wandel unterworfen und wirken sich ihrerseits auf die Gesellschaft in der jeweiligen Zeit aus.

Dieses sehr komplexe Thema der Erziehung ist kaum zu fassen, weil viele Einflüsse die Erziehungswirklichkeit bestimmen. Das macht es sowohl für Eltern als auch für politische Parteien oder Kirchen schwierig, für alle Menschen gültige Lösungen oder Hilfestellungen anzubieten.

„Im Sinne eines ökosozialen Systemmodells von gesellschaftlichen und erzieherischen Realitäten wirken Einflussgrößen der politischen (staatliches System, Ideologie etc.), ökonomischen (finanzielle Lage etc.), sozialen (Familien- und Nachbarschaftsnetzwerk etc.) und kulturellen (religiöse und gesellschaftliche Weltanschauung etc.) Umwelt. Zudem hat innerfamiliär auch die Partnerschaftsqualität sowie innerpsychisch die Elternpersönlichkeit (kognitive Grundkompetenzen etc.) und die Persönlichkeitseigenschaften des Kindes (Temperament etc.) Einfluss auf die Erziehungswirklichkeit.“ (Stein 2012, S. 429)

Mit traditionalistischen Lösungen kommt man bei diesem komplexen Sachverhalt nicht weit. Das wäre eine grobe Verkürzung der gesellschaftlichen und familialen Wirklichkeit. „[Familie] ist gegenwärtig zu etwas geworden, das im Rahmen der jeweiligen Lebensbedingungen hergestellt werden muss.“ (Maihofer / Böhnisch / Wolf (Hg.) 2001, S. 11) Alle Beteiligten müssen beständig daran arbeiten, Zeit investieren, Energie aufwenden, um Familie zu dem zu machen, was sie für das Wohl des Einzelnen und der Gesellschaft sein soll. „Die wichtigste Aufgabe des Systems Familie ist die Erziehung der Kinder als Begleitung und Förderung auf dem Weg vom abhängigen Wesen zur mündigen und selbstständigen Persönlichkeit.“ (Heyberger / Driesener / Burtscher 2015, S. 21) Es ist für alle am Erziehungsprozess Beteiligten eine große Herausforderung, sich den Anforderungen zu stellen, die eine Erziehung im aktuellen Kontext mit sich bringt.

Einige Faktoren seien hier exemplarisch genannt, welche sowohl der Erziehung als auch den Familien insgesamt im Weg stehen oder diese enorm erschweren können. „Die Technisierung der Haushalte, die Medialisierung der Freizeit und die (egozentrierte) Lebensführung von Erwachsenen (insbesondere berufstätiger Mütter) scheint aus dieser Perspektive die Funktions- und Leistungsunfähigkeit der Familie zu bedingen.“ (Oelkers 2012, S. 147) Aber auch das Konsumverhalten, globalisiertes Denken, Zukunftsängste und vielerlei Überforderungen der Eltern seien erwähnt und tragen dazu bei, dass sich der Nachwuchs im Leben schwertut und mit allen möglichen Defiziten zu kämpfen hat. Psychische und physische Probleme stehen aufgrund einer fehlgeleiteten Erziehung an der Tagesordnung – Kinder fühlen sich vielfach leingelassen, überfordert und nicht wertgeschätzt.

„[D]ie Zwänge der Arbeitswelt engen das Familienleben immer stärker ein. [...] Dies gilt insbesondere für die veränderte Arbeitszeitorganisation.“ (Steger 2002, S. 253) ArbeitnehmerInnen müssen immer flexibler sein. Ein Job in der Nähe steht häufig nicht zur Verfügung und so

stellen lange Fahr- und unregelmäßige Arbeitszeiten die Menschen vor große organisatorische Herausforderungen. Frauen sind in diesem Zusammenhang besonders betroffen und in vielen Fällen immer noch doppelt belastet. Sie müssen und wollen oft arbeiten gehen, um das Familienbudget aufzubessern, sich selbst zu verwirklichen und ihren Interessen nachzukommen. Gleichzeitig sind sie trotz aller politischen Appelle an die Väter immer noch mit dem Großteil der Arbeit sowohl im Haushalt als auch in der Kindererziehung konfrontiert. Männer helfen nur sporadisch daheim mit und nutzen Väter- oder Bildungskarenzen eher spärlich. Das hat zur Folge, dass Männer nicht nur für den Nachwuchs weniger präsent sind, sondern auch ihre Frauen weniger unterstützen können. Frauen wiederum denken häufig, dass sie arbeiten müssen, um als Familie mehr Geld zur Verfügung zu haben, damit den Kindern mehr ermöglicht werden kann und um im Fall einer Scheidung finanziell abgesicherter zu sein. Allerdings sind materielle Güter keine wesentlichen Voraussetzungen für die Kindererziehung und die Wertevermittlung im Elternhaus, obwohl dies der aktuelle gesellschaftliche Mainstream glauben machen möchte. „Sämtliche Befragungen und Analysen bestätigen, daß [!] junge Menschen nicht Macht, Besitz und Reichtum als ihr Lebensziel sehen, sondern sich Geborgenheit, eine harmonische Partnerschaft und eine funktionierende Familie wünschen.“ (Kampichler 1995, S. 40) Familie an sich ist ein hoher Wert in der Gesellschaft, nicht nur unter Kindern und Jugendlichen. Dass finanzielle Ressourcen als Wert hinter Geborgenheit, Sicherheit und Persönlichkeit zurückbleiben, scheint in diesem Zusammenhang besonders bedeutsam, weil Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mitunter das Gegenteil vermuten lassen. Was aber hilft Eltern, dass sie es sich leisten können, mehr Zeit mit der Familie zu verbringen und folglich dies auch praktisch umsetzen?

- „Ein Einstellungswandel bei den Vätern, so dass sie in gleicher Weise wie die Mutter Verantwortung für die Versorgung und Erziehung der Kinder sowie die Hausarbeit übernehmen. [...]
- Familienverträgliche Arbeitsbedingungen, insbesondere Arbeitszeiten, und familienfreundliche Regelungen der Reduzierung von Erwerbsarbeit für beide Geschlechter.
- Ein gutes und familienorientiertes System der Kinderbetreuung, so dass Eltern ihre Kinder guten Gewissens zeitweilig in fremde Obhut geben können.
- Eine gerechte, auch finanzielle Anerkennung der Erziehungsleistung von Eltern, so dass sie finanziellen Spielraum zur Reduzierung der Erwerbsarbeit zugunsten der Erziehung ihrer Kinder haben.“ (Laux 2002, S. 43)

Die positive Einstellung der Menschen Familie gegenüber und die grundsätzliche Bereitschaft deren Wichtigkeit und Bedeutung anzuerkennen kann eine familienfreundliche Politik nicht

ersetzen. Damit sind keine Lippenbekenntnisse gemeint, gut gemeinte Appelle oder eine nostalgische Rückbesinnung auf traditionelle Familienformen. „Aufgabe der Politik ist es, die äußeren Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Familie und Beruf miteinander verbunden werden können, aber auch um möglichst vielen Frauen die freie Wahl zwischen Beruf und Haushalt zu ermöglichen.“ (Strasser 1995, S. 11) Diesen Spagat zu schaffen sollen sowohl Familien als auch die Politik durch ein radikales Umdenken erreichen. „Eine Aufwertung der Familie kann nur erfolgen, wenn nicht gleichzeitig eine neoliberale Wirtschaftspolitik betrieben wird.“ (Schipfer 1996, S. 13) In diesem Zusammenhang kommt der katholische Familienbegriff ins Spiel, der später näher ausgeführt wird und vom Familienbegriff der Neos ebenso abgegrenzt werden soll wie vom wirtschaftsliberalen Denken der Volkspartei Niederösterreich. Der kirchliche Aspekt hat deshalb umso größeren Appellcharakter, weil „typische Familienwerte wie Solidarität, überdauernde Verpflichtung und Heimatverbundenheit, die lange Zeit Garanten der Stabilität in einer mutmaßlich ökonomisch sicheren Welt bedeuteten, mehr und mehr aus der Mode kommen.“ (Schneewind 2010, S. 81) Aber die Kirche hat den Wert der Solidarität nicht für sich allein gepachtet, sondern auch der Staat und mit ihm konkret die Politik darf hier nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Als gesetzliche Rahmenbedingungen sollen zunächst zwei Aspekte genannt werden, die später erweitert und ergänzt werden müssen. „[E]ntweder [sollen] der Ausbau von familienbezogenen Sozialleistungen oder [...] neben der erwerbsarbeitsbezogenen Sicherung Leistungen ein[ge]führ[t werden], die unmittelbar am Bürgerstatus ansetzen.“ (Opielka 2001, S. 277) Bei diesen Maßnahmen ist immer zu bedenken, dass den vielen verschiedenen Familienformen eine der jeweiligen Art angemessene finanzielle Förderung gegeben werden muss und dass nicht manche Formen, die einer politischen Partei, einer Kirche oder sonstigen Organisation mit ihrem jeweiligen Weltbild als nicht kompatibel erscheinen, komplett vernachlässigt werden. Hier müssen das Gleichbehandlungsgesetz und die Neutralität den unterschiedlichen Familienformen gegenüber oberste Priorität haben – immer jedoch sollen die einzelnen Menschen und deren Bedürfnisse, vor allem die der Kinder, im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und Entscheidungen stehen.

Hinzu kommt der Aspekt, dass „[d]ie Zunahme an Komplexität, nötiger Differenzierung und Abwägung, sorgfältiger Formulierung und Anwendung von Regeln, die für neue oder außergewöhnliche Situationen auch Ausnahmen gestatten, [...] angesichts der modernen Wissenschaft und Technik sowie der Konfrontation verschiedener Kulturen und Traditionen auf engstem Raum verständlich [ist].“ (Siep 2013, S. 205) Institutionen können nicht mit einfachen Lösungen Hilfestellungen anbieten, wo doch aktuell pluralistische und äußerst komplexe Fa-

milienformen existieren, die ebenso umfangreiche wie verschiedenartige und auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmte Auseinandersetzungen benötigen. Neuartige Familienformen müssen geachtet und wertgeschätzt werden, denn „[n]ur aus einer Haltung der Akzeptanz heraus scheint es schließlich heute möglich, anderen gegenüber wahre Empathie zu zeigen.“ (Meyer-Ahlen 2010, S. 113)

Des Weiteren ist der bereits erwähnte Geburtenrückgang ein untrügliches Phänomen der Gegenwart. Gerade in den westlichen Industriestaaten, also in den reichen Ländern der Erde, werden weniger Kinder geboren. Das mag unterschiedliche Gründe haben, die genau untersucht werden müssen, damit die Politik gegebenenfalls darauf sinnvoll, nachhaltig und wirkungsvoll reagieren kann. Der Geburtenrückgang nimmt nicht nur regional gesehen den ländlichen Gebieten jegliche Zukunft und Entwicklungsmöglichkeit, er wirkt sich auch auf die Gesamtgesellschaft negativ aus. „In einigen Fällen hängt er mit der Armut oder der Unmöglichkeit zusammen, sich um den Nachwuchs zu kümmern; in anderen mit der Schwierigkeit, Verantwortung übernehmen zu wollen und der Vorstellung, dass Kinder die freie Selbstentfaltung behindern könnten.“ (Langendörfler / Dumas / Tanner (Hg.) 2015, S. 110) Auch die Konsumgesellschaft und die damit verbundene materialistische Grundeinstellung vieler Menschen ist ein wichtiger Faktor für die Entscheidung zu wenigen bis gar keinen Kindern. Außerdem haben „[d]ie mit der Eheschließung verbundenen Vorteile [...] abgenommen, und das Alleinwohnen und das unverheiratete Zusammenleben und Getrenntleben als Paar sind als Folge gestiegener Bildung, der Wohlstandsentwicklung und der Liberalisierung der Sexualmoral kulturell akzeptabler geworden.“ (Peuckert 2008, S. 45) Auswirkungen dahingehend sind nicht nur im persönlichen oder gesellschaftlichen Zusammenleben beobachtbar, sondern machen auch der Wirtschaft eines Landes zu schaffen. „Ohne eine größere Anzahl jüngerer, leistungsbereiter und innovativer Arbeitskräfte nimmt die Dynamik der Wirtschaft ab.“ (Wiemeyer 2002, S. 293) Das sollte einer neoliberalen Politik zu denken geben. Es geht dabei um die Zukunft der Menschen, um die Zukunft des Landes und um die Zukunft von Werten in der Gesellschaft. Wie die Katholische Kirche und die Politik damit umgehen, darauf reagieren und welche Lösungen sie anbieten können, wird später noch zu zeigen sein.

Welche Werte konkret gemeint sind, wenn im Zusammenhang von Familienformen, Politik und Kirche von Wertebewusstsein und Wertevermittlung gesprochen wird, soll nun näher beleuchtet werden. Der Wertebegriff unterliegt ebenso wie der Familienbegriff einem ständigen Wandel; er ist kontext- und personenabhängig. Jede Gesellschaft bestimmt ihre eigenen Werte

und wird dabei von unterschiedlichsten Faktoren beeinflusst. Die Begründung von Werten oder dem Wandel von Werten ist ebenso komplex wie deren Herkunft. „Zunächst war der Wertbegriff nicht ethisch und ökonomisch besetzt, wie wir es aus unserem heutigen Sprachgebrauch kennen, sondern auf die ökonomische Sphäre begrenzt. Er wurde entsprechend in der politischen Ökonomie verwendet.“ (Krell 2015, S. 10) Im heute gebräuchlichen ethischen Kontext von Werten werden „unterschiedliche Vorstellungen des Guten, die attraktiv und motivierend sind und als wünschenswert für die Gesellschaft betrachtet werden[, beleuchtet].“ (Krell 2015, S. 12)

„Unter einem ‚Wert‘ kann [...] all das verstanden werden, was für Menschen in irgendeiner Weise bedeutungsvoll und damit erstrebenswert ist. [...] Somit kann man all das als ‚Werte‘ bezeichnen, was eine hohe Bedeutung für uns hat, was eine Anziehungskraft auf uns ausübt und unser Streben und Begehren weckt. Dabei spielen zumeist unsere Bedürfnisse und Emotionen eine entscheidende Rolle; Werte werden nicht primär durch Erkenntnis, sondern durch Gefühle als Werte erfasst; sie erscheinen deshalb wertvoll, weil sie eines unserer Bedürfnisse bedienen und zeitweilig stillen.“ (Ernst 2019, im Druck)

Ernst unterscheidet verschiedene Arten von Werten wie zum Beispiel die materiellen und die ideellen Werte, die individuellen und die sozialen Werte, sittliche sowie nicht-sittliche Werte und äußerlich vorhandene Werte oder aber Werte, die das subjektive Selbstverständnis des Menschen betreffen (vgl. Ernst 2019, im Druck). Außerdem muss unterschieden werden, wer, also welche Institution, sich für die Gesellschaft etwas wünscht. Welche Gruppe, Partei oder Kirche hat welche (Eigen)Interessen und verfolgt welche konkreten Ziele und sind diese Vorstellungen immer auf das individuelle oder soziale Wohl der Menschen ausgerichtet oder stehen möglicherweise egoistische Absichten im Vordergrund?

„In so genannten Wertedebatten wird häufig beklagt, dass sittliche Werte, die früher selbstverständlich anerkannt waren und die Gesellschaft zusammenhielten [...], heute ihre selbstverständliche Geltung verloren hätten. Allgemein verbindliche [...] Wertvorstellungen seien – nicht zuletzt aufgrund zunehmender Globalisierung und des Aufeinandertreffens unterschiedlicher Kulturen – durch einen Wertpluralismus bedroht, der keine klare Orientierung mehr zulasse, sondern zu einem Werterelativismus führe, der dann nur allzu leicht einen Werteverlust, wenn nicht gar einen Wertezerfall zur Folge habe. Entsprechend wird in der Öffentlichkeit eine Neubesinnung auf unsere Grundwerte gefordert.“ (Ernst 2019, im Druck)

An dieser Stelle soll der Begriff des politischen Grundwerts eingeführt und näher beleuchtet

werden. Grundwerte sind allgemein gesprochen keine konkreten Einzelziele, sondern geben eine ungefähre Richtung vor, in die sich einzelne Menschen und die Gesellschaft als Ganzes bewegen sollen. Dadurch werden Orientierungen geschaffen und Hilfestellungen bei Entscheidungen sowie dem Suchen nach Glück bzw. gelingendem Zusammenleben gegeben.

Bezogen auf politische Grundwerte sollen hier wesentliche Aspekte genannt werden.

„[...] Werte [nehmen] durchaus eine profilbildende und abgrenzende und damit eine identitätsstiftende Funktion für politische Bewegungen und mithin für politisches Gestalten insgesamt ein [...]. [...] Mindestens vier weitere Funktionen sind zu nennen.

1. Politische Grundwerte sind ein Maßstab zur Beurteilung gesellschaftlicher Wirklichkeit. [...]
2. Politische Grundwerte sind eine Richtungsbestimmung für politisches Gestalten. Eine Politik ohne Wertvorstellungen wäre zweifellos möglich, aber zielgerichtetes politisches Handeln, das beispielsweise auf gesellschaftliche Veränderungen abzielt, ist ohne Wertvorstellungen nicht erreichbar. Damit sind Grundwerte auch Maßstäbe für das politische Handeln einzelner und kollektiver Akteure und helfen dabei, eine Handlung einer anderen vorzuziehen.
3. Politische Werte stiften Legitimität für politisches Handeln. [...]
4. Politische Grundwerte sind ein zentrales Element politischer Kommunikation. Über sie vermitteln sich Vorstellungen von Politik. Politische Kommunikation könnte über reine Bezugnahme auf Faktenwissen o. Ä. weder mobilisieren noch motivieren. [...]

Politische Grundwerte können also eine wichtige Funktion in der Politik einnehmen.“ (Krell 2015, S. 16)

Diese politischen Grundwerte dürfen jedoch keine Lippenbekenntnisse sein, sondern müssen authentisch gelebt werden (können). Vielfach operiert Politik allerdings eher mit Angstmechanismen als mit vorbildhafter Wertevermittlung. Dadurch wird in der Gesellschaft kein gemeinsames Wertebewusstsein erzeugt, sondern die Menschen werden gespalten und radikalisiert.

Auch wird „[e]ine Gesellschaft, die nicht in der Lage ist, Menschen das Gefühl zu vermitteln, ihr Leben habe mehr Sinn, als nur Spielzeug anzuhäufen, [...] scheitern. Es geht hier um Würde.“ (Neiman 2015, S. 25) Es geht dabei auch um Sinn, nämlich um den tieferen Sinn, den das Leben jedes einzelnen Menschen zu bieten hat und es geht um die konkrete Aufgabe, das Leben mit Sinn, mit tragfähigen Beziehungen und liebevollem Miteinander zu füllen. Das gilt nicht nur für Menschen, die in unterschiedlichsten Familienformen leben, sondern es gilt für alle. Grundsätzlich ist jeder Mensch für sein Leben selbst verantwortlich, jedoch können Institutionen wie Kirchen oder politische Parteien Hilfestellungen geben und Appellcharakter haben. „Eine Demokratie braucht ebenso wie eine dynamische Wirtschaft das Streben von Menschen, die wissen, dass sie nur dann dauerhaft für sich selbst etwas erreichen können,

wenn sie auch etwas für das Gemeinwesen erreichen.“ (Gabriel 2015, S. 148) Solidarität und Teamfähigkeit sind Werte, die heute nicht nur in Familien gefragt sind, sondern auch im schulischen und beruflichen Umfeld immer wichtiger werden. Damit verbunden sind tolerantes Denken und eine neugierige im Sinne von wissbegierige Offenheit unverzichtbare Werte in einer aufgeklärten modernen Gesellschaft.

Auch das moderne Autonomiedenken erhöht den Handlungsspielraum der Menschen enorm. „Die errungenen neuen Freiheiten brachten den Menschen individuellen, persönlichen Gestaltungsspielraum. Das machte das Leben weder einfacher noch glücklicher, sondern riskanter sowie bunter und vielfältiger.“ (Zulehner 2016, S. 21) „Während es für viele Menschen einen hohen Wert darstellt, in einer intakten Familie zu leben, kann es für andere einen mindestens ebenso hohen Wert darstellen, einen möglichst einflussreichen und hoch dotierten Managerposten zu erlangen.“ (Ernst 2019, im Druck) Diese Herausforderung, sich entscheiden zu müssen, mag vielen Menschen Angst machen, andere sehen sie als Chance und Aufgabe. Ihre Auswirkungen sind jedenfalls sowohl bei den Familien als auch bei der Kindererziehung wahrzunehmen, wie später zu zeigen sein wird.

Gleichzeitig ist das Autonomiedenken nur bis zu einem gewissen Grad wirklich frei, denn bezogen auf die Institutionen existieren sehr wohl gewisse Vorgaben und Richtlinien, Werte und Traditionen, an die sich zumindest deren Mitglieder zu halten haben bzw. welche auch für die Gesamtgesellschaft als wünschenswert erachtet werden.

Des Weiteren macht es einen Unterschied, ob eine Institution global oder regional denkt und das auch von ihren Mitgliedern erwartet. Und vor allem auf welche Art, gerade im Fall der Katholischen Kirche, global gedacht wird. Auch dazu später mehr. An dieser Stelle soll vorerst nur erwähnt werden, dass von unterschiedlichen Gruppen verschieden global gedacht wird, was eine neuerliche Herausforderung für Politik und Kirchen darstellt.

„Besonders kennzeichnend für die aktuelle Phase der Globalisierung ist der Umstand, dass dieser weltweite Integrationsprozess in bestimmten gesellschaftlichen Funktionssystemen wie der Wirtschaft, der Wissenschaft, dem Sport, der Kunst bereits sehr weit fortgeschritten ist, während andere Funktionssysteme wie die Politik, das Recht, Bildung und Erziehung, Gesundheit und wohlfahrtsstaatliche Sicherung noch weitestgehend innerhalb der tradierten nationalstaatlichen Grenzen operieren.“ (Wimmer / Domayer / Oswald / Vater (Hg.) 2018, S. 29)

Politisch gesehen macht es für manche Parteien eher Sinn regional zu denken, um die Menschen vor Ort besser zu erreichen, sie mit ihren Problemen und Sorgen ernst zu nehmen und so auf die eigenen Werte nachhaltiger ansprechen zu können. Globales Denken wird mitunter

negativ betrachtet, häufig sogar als Gefahr definiert. Das gilt eigentlich auch für die aktuelle Kirchenpolitik, obwohl hier noch eher der weltweite Charakter im Vordergrund steht – regionale Probleme auch regional zu lösen wird von den Kirchenmitgliedern immer häufiger gefordert, meist jedoch ohne Erfolg.

Ein weiterer Wert, mit dem viele Familien große Probleme haben, ist das Übernehmen der elterlichen Verantwortung für sich selbst, ihre PartnerInnen und insbesondere für den Nachwuchs. „In der Herkunftsfamilie lernen Kinder Einstellungen, Verhaltensweisen und Kompetenzen, die für ihr späteres Leben von maßgeblicher Bedeutung sind.“ (Maihofer / Böhnisch / Wolf (Hg.) 2001, S. 34) Kommen Eltern dieser Verantwortung nicht nach, werden es ihre Kinder in vielen Bereichen des Lebens schwerer haben als andere – das beginnt bereits bei der Ausbildung und setzt sich im Berufs- und Beziehungsleben fort. Eltern, die für ihre Kinder keine positiven Vorbilder sind, sondern sich damit zufriedengeben, diese großzuziehen, sie also mit Nahrung und den nötigen bzw. unnötigen jedoch angesagtesten Konsumgütern zu versorgen, werden schuldig an vielem, was das Leben für den Nachwuchs eigentlich bereithält wie z.B. Weltoffenheit, Lernbereitschaft, Kommunikationsfähigkeit, soziales Denken, Umweltbezogenheit, nachhaltiges und bewusstes Denken, Reflexion und Diskussion über das Leben, über die Menschen und über die Welt.

Bezogen auf Familien gilt in Mitteleuropa aktuell ein weiterer Wert, der bis jetzt allerdings nur theoretisch auf dem Papier existiert, also von vielen vor allem traditionalistisch geprägten Familien kaum gelebt wird. Es ist dies die Wichtigkeit der Beteiligung des Mannes am Haushalt bzw. die Notwendigkeit eines gemeinsamen Engagements beider Partner sowohl bei den häuslichen Tätigkeiten als auch bei der Kindererziehung. In den allermeisten Fällen ist dies nach wie vor zu einem überwiegenden Teil Aufgabe der Frauen. Es ist eine Tatsache, dass bei diversen Elternabenden oder Festen im Kindergarten- und Volksschulbereich fast ausschließlich Frauen anzutreffen sind, die besprechen, vorbereiten, sich Zeit nehmen, mit den Kindern lernen, spielen und die Dinge des Alltags organisieren. „Der Mann sorgt (in der Regel) für das finanzielle und materielle Wohlbefinden der Familie, die Frau ist für die Fürsorge und den emotionalen Bereich in der Familie hauptzuständig.“ (Richter 2016, S. 122) Für Frauen bedeutet diese Situation, wie sie in vielen Familien immer noch praktiziert wird, nicht nur eine häusliche Verantwortung und Zuständigkeit, sondern auch ein mangelndes berufliches Weiterkommen und damit Hand in Hand ein beruflicher, finanzieller und gesellschaftlicher Nachteil, der sich bis in das Pensionsalter hinein auswirkt. Wie hier die Kirche reagieren und die Politik handeln müsste wird später zu zeigen sein.

Der Wert, den die Familie insgesamt als ‚Keimzelle der Gesellschaft‘ darstellt, wird vor allem von Kirchen, aber auch von politischen Parteien häufig ins Treffen geführt. Was das jedoch genau bedeutet und wie sich die unterschiedlichsten Familienformen als Keimzellen bewähren und handeln sollen, ist äußerst komplex und kann kaum nachvollzogen werden. So plural die Familien sind, so plural müsste dann auch die Gesellschaft sein. Dies ist zwar Realität, aber ob dies schon im Sinne der Katholischen Kirche bzw. politischer Parteien ist, wird noch zu zeigen sein.

Tebartz-van Elst versucht im Sinne der Katholischen Kirche zu begründen, warum die Familie „die verlässlichste Keimzelle der Gesellschaft darstellt.“ (Tebartz-van Elst 2012, S. 77)

„Der Staat ist grundsätzlich auf Werte und Haltungen angewiesen, die er nicht selbst hervorbringen und gewährleisten kann. Durch kein Gesetz kann man festschreiben oder sogar einfordern, was als besondere Grundhaltung in Ehe und Familie beständig zum Aufschein kommt. Ihre grundlegenden Prinzipien sind: Entschiedenheit für den Partner und für die Kinder, Unkündbarkeit, Verlässlichkeit, Solidarität und Rücksichtnahme. Zur Familie gehört notwendig die Haltung und Bereitschaft, zugunsten der Entwicklungsmöglichkeiten anderer Familienmitglieder eigene Wünsche zurückstellen zu können, Besitz zu teilen und solidarisch zu denken und zu handeln. [...] Ehe und Familie eröffnen neue Lebensbereiche, Gefühle und Erfahrungen. Sie erschließen damit andere, tiefere Schichten der Persönlichkeit.“ (Tebartz-van Elst 2012, S. 77f.)

In der christlichen Dimension geht die Bedeutung von Ehe und Familie deutlich über das Private hinaus und erreicht eine gesellschaftsverändernde Wirkung. In diese Richtung gehen dann auch die Forderungen seitens der Katholischen Kirche an die Politik, an die Gesellschaft und an die einzelnen Menschen. Es wird subsidiär Unterstützung vor allem für die Kinder gefordert, denn „[w]er Bildung und Entwicklung fördert, investiert in die Zukunft unserer Gesellschaft. Familie ist nicht selbstverständlich, aber unersetzlich.“ (Tebartz-van Elst 2012, S. 102) Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass mit Familie ausschließlich die traditionelle Familienform einer Vater-Mutter-Kinder-Konstellation gemeint ist. Pluralität wird zwar gesehen, jedoch nicht anerkannt oder gar gutgeheißen, sondern gilt immer aus Sicht der Katholischen Kirche als defizitär, als nicht gottgewollt, unnatürlich, nicht sinnvoll.

Die Kirche beklagt den „Zusammenbruch ganzer Lebensentwürfe, die auf die Maximierung von Gewinn ausgerichtet waren.“ (Tebartz-van Elst 2012, S. 196) Der Ruf nach Verlässlichkeit und objektiv gültigen Werten wird lauter. Aber „Werte unterliegen der Definition des Menschen, sie sind verhandelbar. [...] Die Würde ist nicht an Bedingungen geknüpft, sondern gilt unbeding. Sie schützt davor, dass der Mensch Mittel zum Zweck wird.“ (Tebartz-van Elst 2012, S. 180) Dasselbe gilt nicht nur für die Menschenwürde und die damit verbundenen Men-

schenrechte, sondern für ethisches Handeln insgesamt. „Ethisches Handeln ist Handeln unter universaler Perspektive, ohne sich dabei von Sympathien oder Antipathien oder vom Ansehen der jeweiligen Person leiten zu lassen.“ (Ernst 2019, im Druck) Unabhängig von bestimmten Glaubensrichtungen oder Ideologien, von politischen Einstellungen und gesellschaftlicher Meinung, von Mehrheiten oder Popularitäten sind Werte „unter Rückgriff auf Vernunft und Erfahrung zu begründen.“ (Ernst 2019, im Druck)

Im nächsten Abschnitt soll der Familienbegriff der Volkspartei Niederösterreich, der Neos NÖ sowie der Katholischen Kirche in der Diözese St. Pölten näher untersucht werden. Dabei wird auf die jeweilige Homepage zurückgegriffen, aber es werden auch die Informationsmaterialien der zuständigen Fachstellen und Gremien beleuchtet und zitiert. Warum bei der Katholischen Kirche explizit auf die Diözese St. Pölten eingegangen werden soll hat den Grund, weil trotz aller weltumfassenden allgemeinen Vorgaben durch die Glaubenskongregation doch jede Diözese eine gewisse Eigenständigkeit und einen gewissen Ermessensspielraum in ihrer Auslegung hat, je nachdem welcher Bischof die Diözese möglicherweise jahrzehntelang prägt und welche Personen vor Ort im Familienbereich tätig sind. Politisch gesehen werden deswegen gerade die Volkspartei und die Neos untersucht, weil diese möglicherweise Unterschiede in ihrem Familienbild aufweisen und weil die eine Partei, nämlich die Volkspartei, in Niederösterreich aktuell absolute Regierungspartei ist und die andere politische Institution, die Neos, sich in der Oppositionsrolle befindet. Zunächst soll der Familienbegriff der Volkspartei NÖ in den Blick genommen werden.

2.1. Familie im Programm der Volkspartei NÖ

Die aktuelle Vorsitzende der Volkspartei NÖ und gleichzeitig Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner formuliert ihr Ziel für das Bundesland bezogen auf das Thema Familie wie folgt: „Niederösterreich soll zum ‚Mutterland moderner Familienpolitik‘ werden. Jede Familie, die einen Kinderbetreuungsplatz braucht, soll auch einen bekommen.“ (Familienpaket im Programm der VPNOE, 9.3.2019)

Des Weiteren macht Wolfgang Mazal ebenfalls auf der Homepage der Volkspartei NÖ aufmerksam darauf, dass es keine allgemein gültigen Lösungen geben kann und wirbt für die Familienpolitik des Landes, wenn er schreibt: „Ein Patentrezept für moderne Familienpolitik gibt es nicht, jedes Land muss sich seinen passenden Weg selbst suchen. Mit dem Familienpaket-

blau-gelb ist Niederösterreich vorbildhaft unterwegs in die Zukunft.“ (Familienpaket im Programm der VPNOE, 9.3.2019)

Mit diesen ersten Statements sind zwar Grundlinien vorgegeben, diese sind allerdings eher vage bzw. allgemein gehalten. Über den Familienbegriff der Partei sagen sie noch gar nichts aus. Sie sind vielmehr erste Hinweise, welche Maßnahmen die politische Partei setzen möchte, wie die Stimmung in der Gesellschaft sein soll und welche Art von Politik dazu beitragen kann, dass sich Niederösterreich als Familienland weiterentwickelt.

Um den Familienbegriff und damit auch das Frauenbild der Partei näher zu definieren, sollen weitere Aspekte des Parteiprogramms in den Blick genommen werden. Zunächst wird vermerkt, dass Familie komplex zu denken ist, dass es viele verschiedene Arten und Formen, Lebensweisen und Realitäten gibt. Obwohl die Homepage durchaus die aktuelle Denkweise der Partei widerspiegelt, kommen in der Definition von Familie nicht alle heute gängigen und auch rechtlich möglichen Familienformen vor. Die Partei erwähnt und zählt sehr genau auf, was sie unter Familie versteht.

„Familie – ein Wort für 100 Lebensarten: Vater, Mutter, Kind. Stiefbruder, Lebenspartner, Pflegekind. Oma, Opa, Papa, Mama, Baby. Tagesmutter, Tante, Onkel. Großfamilie und Alleinerzieherin.“ (Familie im Mittelpunkt, 9.3.2019) Bei dieser Aufzählung fällt auf, dass Tagesmütter, auch wenn sie nicht mit den Kindern verwandt sind, wie selbstverständlich zur Familie gehören und in einem Atemzug mit Blutsverwandten genannt werden. Des Weiteren wird hier die weibliche Form der Alleinerzieherin erwähnt, womit der Fokus auf alleinerziehende Männer unbeleuchtet bleibt. Gänzlich verzichtet wird bewusst oder unbewusst auf das Feld der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften und Ehen, also auch auf homosexuelle Eltern und deren Nachwuchs. Von der traditionalistischen Vater-Mutter-Kind-Familie am Beginn bis zur Alleinerzieherin werden zwar einige aktuelle Beispiele von Familienformen aufgezählt, jedoch längst nicht alle erwähnt, die heute gesellschaftsrelevant sind bzw. zumindest rechtliche und soziale Realität sind.

Was nun die Frauenfrage betrifft, so denkt die Partei: „Frauen sollen alles wollen, können, dürfen.“ (Frauen in Niederösterreich, 9.3.2019) Egal, ob Frauen gerne arbeiten gehen und wenn ja in welchem Ausmaß, egal ob Frauen lieber kürzer oder länger für die Kindererziehung zuständig sein wollen, egal ob sie dies alleine tun wollen oder müssen oder ob der Partner sich hier verstärkt einbringen möchte, Frauen sollen alle Möglichkeiten haben und dabei von der Politik bestmöglich unterstützt werden. Wie diese Förderung konkret aussehen soll, wird später genauer zu zeigen sein.

Ein weiterer Aspekt in Zusammenhang mit dem Familienthema ist die Generationenfrage. Hier sollen junge StudentInnen gemeinsam mit älteren interessierten und aktiv engagierten NiederösterreicherInnen lernen; so kann die ältere Generation in die Mitte der Gesellschaft gerückt werden. „Eine neue Kultur des Alterns holt ältere Menschen in die Mitte unserer Gesellschaft. Durch Weiterbildung, aktives Engagement und Freiwilligenarbeit bleiben sie mittendrin im Leben.“ (Miteinander der Generationen, 9.3.2019) Hier wird vor allem auf die NÖ SeniorInnen UNI an der IMC FH Krems verwiesen, die dies alles möglich macht und genau dafür eingerichtet wurde.

Die NÖ Familienland GmbH, die sich in ihrer Funktion als überparteiliche Gesellschaft des Landes Niederösterreich als einzige Institution für Familienfragen im Bundesland versteht, verweist in ihrem Abschlussbericht der Denkwerkstatt des Jahres 2013 auf den Faktor Zeit, der in Familienthemen eine nicht unwesentliche Rolle spielt.

„Laut Familienbericht (vgl. BMWFJ 2009) gilt gemeinsame Zeit von Familienmitgliedern als eine der wichtigsten Ressourcen zur Herstellung von Familien. Mit Blick auf den Alltag wird das selbstgewählte Teilen von Zeiträumen als essenziell für die Herausbildung von Wohlbefinden, Kompetenzen und Sozialkapital angesehen. [...] Aufgrund des sozialen Wandels kann allerdings [...] die notwendige Ressource Zeit nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden.“ (Denkwerkstatt Familie. Abschlussbericht. S. 9, 9.3.2019)

Weil der Zeitfaktor eine wesentliche Rolle spielt und als unabdingbar für familiales Zusammenleben gilt, muss seitens der Politik ein verstärktes Augenmerk daraufgelegt und die Familien diesbezüglich unterstützt werden, dass sie mehr Möglichkeiten finden, Zeit miteinander sinnvoll zu verbringen. Kinderbetreuungseinrichtungen aller Art, schulische Nachmittagsbetreuung oder Unterstützung für Familien in außergewöhnlichen Lebensphasen sollen eingerichtet oder ausgebaut werden, um den Eltern mehr Möglichkeiten der Beaufsichtigung ihrer Kinder zu bieten und so selbst besser einer beruflichen Tätigkeit nachgehen zu können (vgl. Familie im Mittelpunkt, 9.3.2019).

Des Weiteren sollen Frauen nicht nur arbeiten, sondern dabei auch Karriere machen können. Die politische Arbeit steht genauso im Fokus wie Jobs im Bereich der Technik, wo immer noch sehr wenige Frauen anzutreffen sind. „Mit speziellen Seminarangeboten wollen wir Frauen Mut machen, sich politische Funktionen zuzutrauen und anzunehmen. Damit können sie der Stimme der Frauen in den Lebensbereichen Kinderbetreuung, Arbeit, Wirtschaft und Pension mehr Gewicht verleihen. [...] Mädchen und Frauen werden durch verschiedene Programme und Aktionen auch technischen Berufen näher gebracht.“ (Frauen in Niederösterreich, 9.3.2019) Außerdem ist „Frausein [...] kein besonderer Lebensumstand. Genau wie Männer

übernehmen Frauen Verantwortung in Familie, Beruf und Gesellschaft. Und so sind Kindergärten, flexible Arbeitszeitmodelle und Qualifikationsangebote keine Frauen – sondern schlichtweg Gesellschaftsförderungen.“ (Frauen in Niederösterreich, 9.3.2019) Diese Einstellung bzw. die Wichtigkeit der Familie, wie die Volkspartei NÖ sie versteht und definiert, hat ein Familienpaket blau-gelb hervorgebracht, in dem es vor allem um bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Dabei wird die Familie als ‚Keimzelle der Gesellschaft‘ definiert, was als verlässlicher Faktor in Zeiten vielfachen Wandels gesehen wird. Arbeitswelten, Technologien, Einstellungen ändern sich – was bleibt ist die Familie (vgl. Familienpaket im Programm der VPNOE, 9.3.2019). „Mit unserem Familienpaket blau-gelb helfen wir unseren Gemeinden bei der Finanzierung und auch Eltern die es brauchen, werden wir finanziell unterstützen.“ (Familienpaket im Programm der VPNOE, 9.3.2019) Dadurch soll es den Menschen selbst, den Regionen und letztlich dem Bundesland bessergehen - die wirtschaftliche Entwicklung soll so vorangetrieben werden. Auf die enge Verbindung von Familienleben und Wirtschaft, von Arbeitsalltag und Kinderbetreuung wird von der Volkspartei NÖ verstärkt der Fokus gerichtet. Die Familien in Niederösterreich werden beinahe rund um die Uhr mit Aktivitäten versorgt. Ob Tagesmütter, Nachmittagsbetreuung, Ferienprogramme oder einzelne Familienfeste, die sich das ganze Jahr über in Niederösterreich finden lassen, die Volkspartei NÖ sorgt mit ihren Familienunterorganisationen dafür, dass die Eltern mit ihrem Nachwuchs in regelmäßigen Abständen eine indoor wie outdoor Rundumbetreuung genießen können und dabei der Spaß vor allem für Kinder nicht zu kurz kommt.

Des Weiteren bietet das Land Niederösterreich und politisch unterstützt von der Volkspartei Angebote wie etwa den niederösterreichischen Familienpass und die nö card an, um die Familien finanziell zu fördern, wenn sie vor allem im eigenen Bundesland Ausflugsziele oder Gastronomiebetriebe besuchen. Freilich nicht ganz uneigennützig, denn gänzlich gratis sind diese Ausflugsmöglichkeiten nicht, sondern meist verbunden mit hohen Kosten, vor allem dann, wenn es sich um kinderreiche Familien handelt. Selbst wenn der Eintritt in ein Museum oder eine andere Attraktion kein Geld kostet, so muss diese doch erst einmal erreicht werden, außerdem wird meist in einem Gasthaus vor Ort konsumiert und möglicherweise zusätzliche Souvenirs gekauft. Alles in allem ein lukratives Geschäft für den Wirtschafts- und Tourismusstandort Niederösterreich.

Auch die Ferienbetreuungen klingen zunächst verlockend, nämlich als günstige Beaufsichtigungsorte, wenn die Familie keine ausreichenden Möglichkeiten hat, das ferienbedingte Beaufsichtigungsproblem innerfamiliär oder mit Nachbarn bzw. Freunden zu organisieren. Aber auch diese Freizeitangebote müssen bezahlt werden und wenn dies für drei oder vier Kinder

geleistet werden muss, ist das mitunter für viele nicht erschwinglich. Weitere Vergünstigungen sind zum Beispiel Kooperationen mit einzelnen Firmen, um einige Prozente Preisnachlass zu bekommen oder die Förderung von Einzelaktionen wie zum Beispiel Gratisschikurse, Gratischitage oder andere vor allem sportliche Aktivitäten und Feste.

Der Volkspartei NÖ und mit ihr Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner geht es darum, dass Eltern „[w]ählen können, was [sie] selbst für richtig halten. Nicht machen müssen, was der Staat ihnen glaubt vorschreiben zu müssen.“ Diese Aussagen von Mikl-Leitner aus dem Jahr 2017 stehen in der Tradition des ehemaligen Landeshauptmanns Erwin Pröll, der bereits 2007/08 gemeint hat, dass die Volkspartei NÖ „Partner der Familien, nicht Vormund der Eltern“ sein muss. Seit dieser Zeit nämlich, seit dem Parteitag von 2008 hat sich der Familienbegriff der Partei radikal gewandelt bzw. neu ausgerichtet. Man könnte auch sagen, die Volkspartei ist mit ihrem Familienbegriff in der Moderne angekommen und hat damit auf gesellschaftliche Veränderungen reagiert. Doch bei aller Rücksicht auf aktuelle und neu entwickelte Familienformen, bleibt die traditionelle Familie das bevorzugte Modell der Volkspartei. „Für uns bleibt die ‚klassische Familie‘ die ideale Lebensform. Dennoch erkennen wir die Veränderungen in den letzten Jahren und unterstützen ebenso neue Familienformen.“ (VP NÖ 2008, S. 17) Staatlicherseits und auch vom Bundesland Niederösterreich aus werden die unterschiedlichsten Familienformen gesehen und zumindest dem Gesetz nach neutral unterstützt. Man möchte den Menschen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben und welche Familienformen für ein gelingendes persönliches Zusammenleben und für die Gesellschaft insgesamt am wertvollsten und sinnvollsten wären. Vielmehr sollen die gewählten Lebensformen unterstützt und als wichtiger Schwerpunkt der Volkspartei NÖ soll vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. (politischer) Karriere gelebt werden können. Die Kombination von Kindern und Karriere muss möglich sein – dafür wird besonders seit 2008 vieles getan und forciert. Ein Muttergehalt oder Elterngeld wurde und wird von der Volkspartei NÖ nicht diskutiert, kommt also nicht in Frage. Dieses würde Eltern unterstützen, die ihre Kinder in den ersten Jahren ausschließlich zuhause erziehen möchten – sich dazu also selbst Zeit nehmen würden, so es finanziell möglich wäre. Im Jahr 2008 wurde das Thema „Muttergehalt“ zwar kurz von den Parteigremien angesprochen, damals sah man jedoch keine Notwendigkeit und so wurde es abgelehnt. Man entschied sich für einen anderen Weg nämlich für den bereits angesprochenen Weg der Förderung von außerhäuslicher Betreuung (vgl. Aussagen von Günther Haslauer, Pressesprecher und Leiter der Kommunikation der VP NÖ, während eines Gesprächs am 23.4.2019). Seit dem Jahr 2008 wurde dieses Thema auch gerade deshalb nicht mehr angesprochen, weil es von keiner Organisation, von keiner Gruppe, keinem Verein und auch von keiner

Kirche an die Volkspartei NÖ als Wunsch oder gar Forderung herangetragen wurde.

Des Weiteren ist es seit 2008 Parteilinie, dass nicht nur „eine Politik für Frauen, sondern vor allem [auch] eine Politik von Frauen“ gemacht wird. (VP NÖ 2008, S. 18) Denn man will „weder auf ihre Erfahrung noch auf ihre hohen beruflichen und sozialen Qualifikationen verzichten.“ (VP NÖ 2008, S. 18) Dass diese Einstellung natürlich konkrete Auswirkungen auf das Familienleben hat und dass sogar die gewünschte Anzahl der Kinder davon möglicherweise abhängig ist, kann als Konsequenz gesehen werden. Wie die Volkspartei NÖ mit dieser veränderten und zum Teil auch erwünschten Situation umgeht und welche Unterstützungen und Fördermaßnahmen sie zu geben versucht, wird später näher zu diskutieren sein.

Wenn die Volkspartei NÖ die Situation und das Umfeld von älteren Menschen in den Blick nimmt, so möchte sie „der älteren Generation hohe Lebensqualität und aktive Miteinbeziehung in [die] Gesellschaft sichern.“ (VP NÖ 2008, S. 19) In früheren Zeiten wurde großer Wert auf Mehrgenerationenhaushalte gelegt, damit die Menschen im Alter und bei Pflegebedürftigkeit von den jungen Angehörigen versorgt werden können. Auch das hat sich gewandelt und wird von der Volkspartei NÖ in Richtung Pflege durch fremde Personen bzw. durch den Ausbau außerhäuslicher Betreuung finanziell gefördert. Es wird von der Partei auch in diesem Bereich zunächst wahrgenommen, in welche zukünftige Richtung die Gesellschaft denkt und lebt und dieser Weg wird folglich unterstützt bzw. weiterverfolgt. Äußern zum Beispiel ältere Menschen verstärkt den Wunsch, daheim gepflegt zu werden, so soll eher die mobile Krankenpflege ausgebaut werden - wollen Menschen ihren Lebensabend in betreuten Wohnhäusern oder Ähnlichem verbringen, wird in diese Richtung überlegt und gebaut. In diesem Bereich gilt ebenso wie im Bereich der Kleinkinderziehung, dass rein familiäre Modelle kaum unterstützt werden oder zumindest nicht in dem Ausmaß, dass es sich die jüngere Generation finanziell bzw. auch zeitlich leisten könnte, ihre alten Angehörigen zuhause zu pflegen und dafür den Beruf auf Eis zu legen. Ebenso werden zu diesem Thema später noch die konkreten Schritte der Volkspartei NÖ diskutiert, die sie setzt und mit denen sie zumindest möglichst viele Menschen unterstützen möchte.

Der Volkspartei NÖ ist es des Weiteren ein Anliegen, „Menschen mit besonderen Bedürfnissen voll in [den] Alltag zu integrieren.“ (VP NÖ 2008, S. 20) Die Partei sieht hier einen hohen zeitlichen, emotionalen und finanziellen Mehraufwand für die betroffenen Familien und ver-

sucht durch gezielte Projekte zu unterstützen. Auch hier liegt der Schwerpunkt eher in außerhäuslicher Betreuung bzw. eigenen behindertengerechten Einrichtungen als in einer vollen Integration zum Beispiel in das herkömmliche Regelschulsystem. Ebenso sind Menschen mit besonderen Bedürfnissen in der Arbeitswelt noch nicht wirklich angekommen, selbst dann nicht, wenn es für die Betroffenen möglich wäre, einer geregelten Arbeit, wenn auch unter Einschränkungen, nachzugehen. Hier wird später noch zu zeigen sein, welche konkreten Maßnahmen das Land NÖ und somit die Volkspartei hier setzt.

Ein weiterer Punkt, der sowohl direkt als auch indirekt auf das Familienleben einwirkt und somit entscheidend bestimmt ist das sportliche Engagement der Kinder und Jugendlichen, aber auch von den Eltern als deren Vorbilder. Nicht nur aus gesundheitlichen Aspekten, sondern auch aus Gründen des sozialen Miteinanders hat es sich die Volkspartei NÖ zur Aufgabe gemacht, sportliche Aktivitäten ihrer Landsleute zu fördern und bezeichnet sich sogar als „Sportland Niederösterreich“. (VP NÖ 2008, S. 26) Dieses durch Sport erreichte subjektive Wohlfühlgefühl soll durch Unterstützung von Breiten-, Nachwuchs- und Spitzensport gefördert werden. Was dies genau bedeutet, wird ebenso später zu diskutieren sein.

Ein letzter Schwerpunkt, der hier im Rahmen des Familienbegriffs betrachtet werden soll, ist das Thema „Bildung“. „Hervorragende Ausbildung und permanente Weiterbildung sind Schlüsselfaktoren: nicht nur für die Berufskarriere jedes Einzelnen, sondern auch für die dynamische Entwicklung [des] Landes.“ (VP NÖ 2008, S. 28) Die Volkspartei bezeichnet in diesem Zusammenhang das Land Niederösterreich gern als Vorzeigemodell, wo der Ausbau und die gezielte Förderung unterschiedlichster Schulen zentrale Anliegen sind. Dies betrifft nicht nur Volks-, Mittel- und höhere Schulen, sondern auch Fachhochschulen, Universitäten, Leistungssportzentren sowie Musikschulen aller Art. Auf Aus- und Weiterbildung sowie auf Forschung und Entwicklung soll auch in Zukunft seitens des Bundeslandes ein wichtiger Schwerpunkt gelegt werden.

Nach diesem ersten Überblick über einige Schwerpunkte zum Thema „Familie“, die von der Volkspartei NÖ seit dem Jahr 2008 gezielt gesetzt werden und den Entwicklungen, die seit dieser Zeit zu beobachten sind, soll nun in einem nächsten Punkt eine gänzlich andere Partei aus dem Bundesland Niederösterreich in den Blick genommen werden. Die Partei der Neos ist eine sehr junge Partei und von ihrer Intention her kaum mit der Volkspartei vergleichbar.

Auch aufgrund ihrer Größe stehen dieser politischen Partei weniger finanzielle Mittel zur Verfügung und ihre Mitsprachemöglichkeiten im Landtag sind begrenzt. Ebenso haben die Neos in Niederösterreich kaum eigene Gremien und Möglichkeiten, um sich mit Themen auf breiter Ebene auseinanderzusetzen und so wird im folgenden Abschnitt beim Familienbegriff in erster Linie aus dem Parteiprogramm der Bundespartei von 2016 zitiert, weil sich die einzelnen Landesorganisationen an die Vorgaben des Bundes halten. Die Neos in Niederösterreich greifen also auf die Ideen, Vorschläge und Werthaltungen ihrer Bundespartei zurück, wenn sie im Landtag ihre Anliegen vorbringen.

2.2. Familie im Programm der Neos NÖ

Die Partei der Neos ist sowohl auf Bundesebene als auch im Land Niederösterreich eine kleine Oppositionspartei, die versucht Kontrollorgan im Landtag zu sein, Themen einzubringen und aktuelle Anfragen an die regierende Volkspartei NÖ zu stellen. Sie wird öffentlich kaum wahrgenommen, da in den niederösterreichischen Medien die ÖVP überrepräsentiert ist. Die Volkspartei und mit ihr die Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner hat eine derartige mediale Vormachtstellung, dass Klein- oder Oppositionsparteien kaum eine Chance vorfinden, wahrgenommen zu werden. Schon gar nicht, wenn sie die Regierungspartei kritisieren, hinterfragen oder deren Thesen öffentlich misstrauen. Die Neos zum Beispiel schreiben beinahe täglich Artikel oder Kommentare an diverse Medien des Landes, jedoch meist ohne Erfolg, denn sie werden häufig abgelehnt aus Gründen des Platzmangels oder des vermeintlich geringen Interesses der Menschen in Niederösterreich. Im Gegensatz zur Partei der Neos ist die Volkspartei NÖ täglich in den Medien präsent – vor allem die Landeshauptfrau Mikl-Leitner, aber auch diverse Landesräte der ÖVP. Einzig in Vorwahlzeiten müssen die Medien von allen Parteien berichten; dann sind die Neos NÖ in der Öffentlichkeit wahrzunehmen – mitunter wird deren Meinung auch nach besonderen politischen Vorkommnissen oder Skandalen eingeholt. Hier soll zunächst das Parteiprogramm der Neos beleuchtet werden um zu sehen, was die Ziele, Werthaltungen und Vorschläge dieser Partei ganz allgemein und im Speziellen zum Thema ‚Familie‘ sind.

Die ‚Neos NÖ‘ sind eine vergleichsweise junge Partei (Gründung 2012) und haben sich zur Aufgabe gesetzt, unabhängig von Landesfürsten, diversen Kammern oder Klientelpolitik und gegen Verschwendung und Korruption von Altparteien eine wahrnehmbare Stimme und Alternative in jedem Bundesland zu sein.

„Wir sind eine liberale Bürger_innenbewegung und sehen im Menschen den zu freiem und verantwortungsbewusstem Handeln befähigten Gestalter seiner eigenen Lebensverhältnisse. Daraus leiten wir für uns die Aufgabe ab, persönliches und gesellschaftliches Verantwortungsbewusstsein zu leben, zu wecken und dauerhaft zu fördern. [...] Wir wollen die Chancen zu Autonomie und Selbstentfaltung für den Einzelnen und für alle gesellschaftlichen Gruppen sicherstellen. Das Recht auf Bildung sehen wir dabei als wesentlichen Schlüssel zur individuellen Entfaltung. Wir wenden uns gegen jede Form von autoritären und dogmatischen Wahrheitsansprüchen und wir wollen die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen sicherstellen. Die persönliche Freiheit des Menschen darf nicht durch den Egoismus anderer oder durch staatliche oder bürokratische Bevormundung eingeschränkt werden. Wir wenden uns daher gegen jede ungerechtfertigte Einschränkung der Freiheit, gegen jede Missachtung der Menschenwürde sowie gegen jedwede Diskriminierung auf Grund von persönlichen Merkmalen wie Geschlecht, Weltanschauung, Religion, ethnischer Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung.“ (Parteiprogramm Neos 2016, S. 6)

Gleichheits-, Gerechtigkeits- und Freiheitsgrundsatz sind dieser Partei ein wesentliches Anliegen. Auf Basis der Menschenrechte und in Beachtung der Menschenwürde sollen alle BürgerInnen eines Landes gleichbehandelt werden, faire und gerechte Chancen erhalten und durch Bildung ihre Situation selbst verbessern können. Des Weiteren darf es keinerlei Vorurteile geben, ein respektvoller Umgang miteinander ist wesentlich und alle Fehlformen, welche regierende Altparteien etablierten, sollen aufgedeckt, angesprochen und bekämpft werden. Hierbei wird es nötig sein, sowohl im Landtag als auch in den Medien präsent zu sein und auch in diesem Bereich das Vorgehen der Volkspartei NÖ entschieden abzulehnen und dagegen anzugehen. Das ist mindestens eines der entscheidenden Ziele der Neos in Niederösterreich. Bezüglich der Familie, ihrer Lebbarkeit und ihrer vielfältigen Formen haben die Neos eine Vision, die sie im Parteiprogramm festgeschrieben haben.

„Familienförderung ist einfach, effizient, treffsicher und transparent. Die Geburtenrate ist deutlich gestiegen, mehr Menschen verwirklichen ihren Kinderwunsch. Die Gesellschaft ist kinderfreundlicher geworden, Familien haben mehr Zeit füreinander, Mütter wie Väter übernehmen Verantwortung in Kinderbetreuung und -erziehung. Väterkarenz ist zur Selbstverständlichkeit geworden, wodurch Mütter deutlich entlastet sind und die Akzeptanz für Auszeiten in der Wirtschaft gestiegen ist. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird gelebt und nicht mehr als permanente Überforderung erlebt. Durch faire und treffsichere Transfers sowie ein ausreichendes Netz an qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsplätzen mit an die Lebens- und Arbeitsrealitäten angepassten Öffnungszeiten und eine folglich erhöhte Erwerbspartizipation sind Alleinerziehende und Kinder weniger armuts- bzw. ausgrenzunggefährdet als heute. Familie ist bunt. Kern der Familie ist die wechselseitige Verantwortung einer Generation gegenüber einer anderen. Diskriminierungen für andere Familienformen als die klassische Kernfamilie sind abgebaut. Durch einen massiven Ausbau der Kinderbetreuung sowie eine deutliche Qualitätssteigerung gibt es eine echte Wahlfreiheit. Worte wie „Rabenmutter“ oder „Heimchen am Herd“ sind aus dem Sprachgebrauch verschwunden.“ (Parteiprogramm Neos 2016, S. 104)

Familien, die eine finanzielle Unterstützung benötigen, sei es für mehr Chancengerechtigkeit in der Ausbildung ihrer Kinder oder im Zeitmanagement, um Beruf und Familie vereinbaren zu können, sollen keine unnötigen bürokratischen Hindernisse erfahren. Sie müssen mehr Anreize bekommen, sich für Kinder zu entscheiden, sowohl durch gesellschaftliche Akzeptanz als auch durch finanzielle Unterstützung oder familienfreundliche Maßnahmen in Arbeitswelt und Politik. Es geht den Neos weniger um schnell geschaffene flächendeckende Kinderaufbewahrungsorte, vielmehr verlangen sie gut ausgebildete PädagogInnen im Kleinkindbereich, die natürlich mehr Geld kosten als kaum oder nur mangelhaft ausgebildete FreizeitpädagogInnen. Wenn schon Geld für diverse Nachmittagsangebote bezahlt werden muss und wenn die Eltern sich entscheiden, ihren Nachwuchs PädagogInnen anzuvertrauen, so sollten diese keine ParteisymphisantInnen oder schlecht ausgebildete und unterbezahlte Frauen und Männer sein, sondern die geeignetsten, die es gibt und die zudem eine bestmögliche Ausbildung erhalten haben.

Des Weiteren sollen die Öffnungszeiten dieser Kinderbetreuungsstätten flexibel und bedarfsgerecht sein – also sowohl leistbar für Gemeinden als auch erreichbar für die Familien. Chancengerechtigkeit bedeutet in diesem Zusammenhang, dass ärmere Familien mehr finanzielle Mittel von Landes- oder Bundesförderungen zur Verfügung haben, um eine gute Schulausbildung und Betreuung für ihre Kinder zu gewährleisten, als solche Eltern, die es sich selbst leisten können, ihrem Nachwuchs verschiedene Ausbildungsformen sowie ausreichende Freizeitgestaltung und Kulturvermittlung zu ermöglichen.

Außerdem ist es für die Neos eine Selbstverständlichkeit, dass Familie in all ihren Formen und Ausprägungen gedacht werden muss. Die traditionelle Kernfamilie von Vater-Mutter-Kind erscheint in diesem Zusammenhang viel zu eng – gleichwertig stehen bei der Partei alle möglichen, denkbaren und rechtlich anerkannten Familienformen nebeneinander. Die Neos orten in der Bevölkerung eine nach wie vor vorhandene Diskriminierung und Benachteiligung von bestimmten Familienformen und vor allem von deren Kindern. In der Öffentlichkeit und hier besonders im ländlichen Raum ist nach wie vor ein sehr traditionalistisches Bild von Familie im Vordergrund – diese Vorstellung soll aufgebrochen werden. Ebenso sollte die immer noch weit verbreitete Vorstellung von der Frau in der Erziehung und im Haushalt bald der Vergangenheit angehören. Hier sollen nicht nur finanzielle Anreize geschaffen, sondern auch ein gesellschaftliches Umdenken forciert werden, dass Männer mindestens ebenso für die Erziehung des Nachwuchses und für häusliche Tätigkeiten verantwortlich sind wie ihre Frauen. Allerdings genügt das Wissen in diesem Bereich nicht und auch keine theoretische Bereitschaft. Es muss

ein praktisches und automatisches Miteinander von beiden Elternteilen sein, sowohl was die angestrebte berufliche Karriere als auch die Familienarbeit betrifft. Die Neos sind der Meinung, dass alle an einem Strang ziehen müssen, um das zu erreichen, nämlich sowohl die Familien, die Politik, die Ausbildungsstätten als auch das berufliche Umfeld. „Wir werden dafür sorgen, dass Partnerschaften auf Augenhöhe geführt werden können. Damit Familie und Beruf besser zu vereinbaren sind, schaffen wir einen Rechtsanspruch auf einen hochwertigen Kinderbetreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr. Faire Chancen in allen Lebensbereichen müssen endlich auch allen Frauen offenstehen.“ (Neos. Unser Programm, 12.3.2019)

Des Weiteren ist es wichtig, dass die Familien eine echte Wahlfreiheit haben und die Eltern frei entscheiden können, ob sie weiterarbeiten gehen möchten oder ob ein Elternteil sich stattdessen lieber einige Jahre lang ausschließlich der Familienarbeit und damit verbunden der Kindererziehung widmen möchte. Wer das als sinnvoll erachtet, sollte nicht automatisch dazu verdammt sein, in die Armut abzugleiten. Hier wiederum ist nach Parteilinie der Neos die Politik gefordert, finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, um es Elternteilen zu ermöglichen, voll und ganz für die Familie zumindest eine Zeitlang da zu sein.

Einige Punkte zur konkreten Umsetzung der praktischen Familienpolitik der Neos sollen zeigen, wie die Partei ihre Visionen von Familie verwirklichen möchte und was sie im Einzelnen zu den Familienthemen denkt.

„Familienförderung einfach, transparent und fair:

- Zusammenfassung aller familienbezogenen geldwerten Leistungen (Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag, Mehrkinderzuschlag und Alleinerzieherabsetzbetrag) zu neuer Familienleistung. Familienbeihilfe ‚neu‘ [...]. Für jedes Kind soll es eine einheitliche Geldleistung pro Monat in Höhe von 200 Euro für unter 15-Jährige und 220 Euro ab 15 Jahren geben.
 - Für Alleinerziehende (plus 50 Euro) und für Eltern von Kindern mit Behinderung (plus 140 Euro) soll es weiterhin eine höhere Familienbeihilfe geben.
 - Die Höhe der Leistung ist für alle Kinder gleich, unabhängig von der Geschwisteranzahl.
- Durch Umschichtung Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen und Qualitätssteigerungen bei der Kinderbetreuung im Ausmaß von 100 Mio. Euro/Jahr. [...]
- Pensionssplitting: Menschen in einer Partnerschaft, die aufgrund von Kindererziehung keiner pensionsbeitragspflichtigen Tätigkeit nachgehen, erhalten 35-50%, bei Teilzeit 25% der Pensionskontogutschrift des jeweils anderen Partners gesetzlich gesichert auf ihr eigenes Pensionskonto gutgeschrieben.“ (Parteiprogramm Neos 2016, S. 105)

Durch diese und ähnliche Maßnahmen sollen die Familien aufgewertet, kinderreiche Familien finanziell unterstützt und Frauen die Möglichkeit gegeben werden, sich gänzlich für die Familienarbeit zu entscheiden. Gleichzeitig ist es notwendig zu wissen, woher das dafür benötigte Geld kommen soll und woher eventuell weitere finanzielle Mittel fließen könnten. Ein allgemeines gesellschaftliches Umdenken und eine Aufwertung der Familien in der Öffentlichkeit kann durch ständige mediale Präsenz der negativen Folgen von zu wenigen Kindern für Österreich erreicht werden – ebenso ist dies der Fall, wenn positive Auswirkungen von Kindern, Familien und Erziehungswerten regelmäßig medial präsentiert werden und sinnvolle Begründungen gefunden werden, warum Familien mehr unterstützt werden sollten, damit etwaige Einzelpersonen nicht neidvoll auf familiäre Unterstützungsleistungen blicken und sich selbst dabei benachteiligt fühlen.

Für die Partei der Neos ist der Familienbegriff also ein sehr weit gedachter, alle denkbaren Familienformen gehören dazu und müssen nicht nur theoretisch bzw. vor dem Gesetz, sondern auch im Alltag der Menschen gleichbehandelt und wertgeschätzt werden. Des Weiteren ist der Geburtenrückgang zu stoppen, weil er sich nicht nur negativ auf die einzelnen BürgerInnen, auf die Familien und auf die Arbeitswelt auswirkt, sondern für die österreichische Gesellschaft insgesamt nicht von Vorteil ist und viele Zukunftsprobleme mit sich bringt. Aus diesen Gründen ist es dringend notwendig, für eine größere Anzahl an Kindern zu sorgen - dies soll seitens der Politik und natürlich auch seitens der Gesellschaft unterstützt werden.

Durch eine positive Darstellung des Familienlebens, der verschiedensten Familienformen und der Zukunft des Landes sollen Menschen dazu ermutigt werden, gerne und selbstverständlich Familien gründen zu wollen und dann auch zum Wohl der Kinder viel Zeit miteinander zu verbringen, den Nachwuchs zu fördern und dessen Ausbildung zu unterstützen wann und wo immer dies möglich ist. Dabei soll es selbstverständlich sein, dass die Familienarbeit nicht nur eine genuin und bislang fast ausschließlich weibliche Aufgabe ist, sondern beide Geschlechter bzw. beide Elternteile hier Verantwortung tragen müssen. Dies ist nach Meinung der Neos immer noch viel zu wenig im Denken der Menschen angekommen und in der gesellschaftlichen Praxis verankert. Außerdem soll ein weiteres wichtiges Augenmerk daraufgelegt werden, dass Frauen Beruf und Familie besser miteinander vereinbaren können – und wenn sie dies wollen, müssen Eltern auch die finanzielle Möglichkeit haben, eine gewisse Zeit gänzlich für die Kinder da zu sein. Für all die genannten Rahmenbedingungen muss die Politik sorgen und diese bestmöglich verwirklichen. Nur so sind mutige, innovative und der Freiheit jedes und jeder Einzelnen verpflichteten Entscheidungen möglich.

Im nächsten Kapitel soll der Familienbegriff der Katholischen Kirche und hier möglicherweise spezielle Ausprägungen in der Diözese St. Pölten näher untersucht werden. Anschließend werden Familienbegriffe und Werte dieser drei Institutionen verglichen und ihre Entstehung und Entwicklung beleuchtet.

2.3. Familie in der Katholischen Kirche der Diözese St. Pölten

Die Katholische Kirche und der Staat pflegen in Österreich einen wohlwollenden Umgang miteinander. Der Staat unterstützt die religiöse Ausbildung durch ReligionslehrerInnen ebenso wie die Katholischen Privatschulen, er garantiert katholische Feiertage und mischt sich nicht in interne Kirchenangelegenheiten oder in die Personalpolitik einzelner Diözesen ein. Die Katholische Kirche wiederum hält sich mit Kommentaren zur Tagespolitik zurück, appelliert jedoch allgemein gesellschaftspolitisch und stellt somit an sich den Anspruch, das christlich-ethische Gewissen von Gesellschaft und Politik zu sein.

Eigentlich sollen Kirche und Staat getrennte Wege gehen und sich dem jeweils anderen gegenüber neutral verhalten. Doch in der Praxis sieht dies anders aus. „Europäische Kommission und Rat pflegen den Dialog. Die Kommission hat bei ethischen Fragestellungen, bei Arbeits- und Sozialbestimmungen Vertreter der Kirchen als Experten herangezogen, eine Ethikkommission in der Durchführung des Rahmenprogrammes für Forschung und Technologie eingesetzt und u.a. Theologen und Theologinnen in diese Komitees berufen.“ (Kneucker 2013, S. 101) Auch in österreichischen Bundesländern ist diese Nähe von Katholischer Kirche und Staat in unterschiedlichsten Formen und Bereichen spürbar und sichtbar. Die offiziellen Vertreter beider Institutionen suchen einander, unterstützen einander nicht nur finanziell, sondern auch ideell, indem sie ähnliche Werthaltungen vertreten und diese mitunter medienwirksam der Öffentlichkeit bei verschiedenen Aktivitäten präsentieren. Der Familienbegriff der Katholischen Kirche steht neben anderen gesellschaftlich verbreiteten Familienbegriffen und hat doch wegen der besonderen Stellung der Katholischen Kirche im offiziellen Österreich ein besonderes Gewicht und eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für das öffentliche Leben und die öffentliche Meinung im Land, erst recht dann, wenn dieser Familienbegriff von maßgeblichen PolitikerInnen unterstützt und gegen neue und andere Formen und Werte verteidigt wird.

Der Familienbegriff der Katholischen Kirche ist maßgeblich aus der Sicht von Lehramt, Spiritualität, Bibel, Tradition und Glaubensweitergabe zu denken. „Die Kirche betrachtet die Fa-

milie als wichtigste Keimzelle des Glaubens. Einerseits werden in ihr Riten und Gebräuche der kirchlichen Tradition vermittelt, andererseits aber auch grundlegende Werte des menschlichen Zusammenlebens, von denen die gesamte Gesellschaft profitiert.“ (Tebartz-van Elst 2012, S. 82) Auf christliche Werte oder solche, die von der Katholischen Kirche adaptiert und als christlich definiert wurden, wird sowohl im Eherecht als auch in Bezug auf die Familien mit all ihren Formen, Möglichkeiten und Aufgaben hingewiesen. Für die Katholische Kirche gilt als Idealform von Familie die traditionelle Vater-Mutter-Kinder-Konstellation. Alle anderen Formen des familialen Zusammenlebens gelten somit als defizitär und bleiben entweder hinter der anzustrebenden Idealvorstellung weit zurück oder werden gänzlich abgelehnt wie zum Beispiel die Ehe von gleichgeschlechtlichen PartnerInnen und damit verbunden die Pflege oder Adoption von Kindern durch homosexuelle Eltern.

Bezogen auf das traditionelle Familienmodell soll in diesem Rahmen auch der Nachwuchs besonderen Schutz erfahren. „In der Familie erleben Kinder als Erstes und unmittelbar Gemeinschaft. Sie erfahren Rücksichtnahme, Förderung, Teilhabe und Teilgabe und machen Erfahrungen, die für das ganze spätere Leben bedeutend sind. Die Förderung und Stärkung von Familien bedeutet eine Investition in das Gelingen gesellschaftlichen Zusammenlebens.“ (Tebartz-van Elst 2012, S. 102) In diesem gesellschaftlichen Zusammenleben fordert die Katholische Kirche religiöse Riten, Werte und Symbole, die in der Öffentlichkeit gelebt und diskutiert werden sollen. „In der eigenen Kultur verankerte religiöse Traditionen bieten sich als Markierungszeichen und Stütze der eigenen Identität an.“ (Gabriel 2013, S. 221) Das gilt nicht nur bezogen auf die Familien des Landes, sondern auf alle Menschen, die dem katholischen Glauben angehören. Auch verlangt die Kirche eine Glaubenserziehung im Sinn eines Religionsunterrichtes an Schulen, der in Richtung Missionierung gehen soll, wenn er die Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt. Viele kennen den christlichen Glauben kaum noch, ihnen sind religiöse Riten fremd oder diese werden häufig sinnentleert mitgefeiert und somit weder verstanden noch nachvollzogen, religiöses Wissen wird von den Eltern wenig bis überhaupt nicht mehr vermittelt.

Selbst der Religionsunterricht gerät angesichts der steigenden SchülerInnenabmeldezahlen in Gefahr, die Funktion der Glaubensweitergabe oder wenigstens einer gewissen religiösen Wissensvermittlung bzw. einer Auseinandersetzung mit ethischen Lebensthemen zu verlieren.

Papst Franziskus versucht in seinem nachsynodalen apostolischen Schreiben ‚Amoris laetitia‘ (2016) die Zeichen der Zeit wahrzunehmen, indem er auf die gelebte Praxis in den Familien weltweit schaut. Dabei sieht er die Vorteile und das Glück von gelingendem Familienleben, er

sieht aber auch die Nöte, Ängste, Sorgen und das Scheitern so vieler. Und er erkennt, dass das kirchliche Lehramt in vielen Gebieten der Welt und in verschiedenen Situationen des Lebens, vor allem in Situationen des Scheiterns – kaum hilfreich und aufbauend für die Menschen ist. „Selbstverständlich ist in der Kirche eine Einheit der Lehre und der Praxis notwendig; das ist aber kein Hindernis dafür, dass verschiedene Interpretationen einiger Aspekte der Lehre oder einiger Schlussfolgerungen, die aus ihr gezogen werden, weiterbestehen...“ (Kopp 2016, S. 2) Es ist also durchaus möglich, trotz allem Festhalten an der kirchlichen Lehre für ein bestimmtes Land eine geeignetere Lösung zu suchen und diese Herausforderung aktiv anzunehmen. Dies gilt im Bereich der Sexualmoral ebenso wie in Fragen des Eherechts oder des Familienbildes insgesamt. Hier ist es notwendig, auf die kulturelle und gesellschaftliche, aber auch auf die politische Umgebung zu sehen und diese in die eigene Glaubenslehre zu integrieren.

„Die Kirche tut sich schwer damit, dass im Zuge der Modernisierung der Kulturen alle Elemente des traditionellen Ehebildes in Bewegung geraten sind: die Zusammensetzung, die Dauer, die Rolle der Fortpflanzung. Durch diese moderne Entwicklung [...] haben sich kirchliche und kulturelle Ehebilder immer mehr auseinanderentwickelt.“ (Zulehner 2016, S. 31) Als traditionell katholische Eheform gilt die Verbindung von Mann und Frau, alle anderen heute gängigen Möglichkeiten werden als Partnerschaften zur Kenntnis genommen und in der konkreten pastoralen Praxis mitunter auch gesegnet. Als eheanalog wie in der Evangelischen Kirche werden zum Beispiel gleichgeschlechtliche Partnerschaften nicht bezeichnet. Dies wird mit dem Schutz der Ehe begründet und mit deren biblischer Herkunft.

Gerade bei Themen wie die Ehe von Homosexuellen, die kirchliche Sexualmoral oder Geschiedene, die wieder heiraten möchten, versucht Papst Franziskus zwischen pastoral denkenden Klerikern und fundamentalistischen Hardlinern zu vermitteln. „Mit Engelszungen versucht der Papst jene in der Kirche zu gewinnen, welche das Gesetz, die Lehre, die Moral, die Wahrheit über den Menschen stellen. Dabei wertet er diese Güter, die der Kirche anvertraut sind, nicht ab. Aber ob sie sich tatsächlich als Güter erweisen, hängt für ihn damit zusammen, ob sie den Menschen klein machen oder aufrichten, ihn verurteilen oder befreien.“ (Zulehner 2016, S. 100) So versucht Papst Franziskus den Spagat zwischen zwei unterschiedlichen Positionen in der Katholischen Kirche zu schaffen, ohne eine der beiden Seiten komplett zu negieren. In der Frage der eheanalogen gleichgeschlechtlichen Partnerschaften scheint die Distanz zur Evangelischen Kirche ein wichtiges Anliegen der Katholischen Kirche zu sein, wenn sie ebendieser unterstellt, „von einer Normativität des Faktischen aus[zugehen], auch wenn

[dabei von dieser] versucht wird, dafür theologisch-scheinende Begründungen zu liefern.“ (Fromm 2011, S. 58) Die Katholische Kirche weicht in ihren Positionen nicht von der traditionellen Vater-Mutter-Kind-Familie als Keimzelle der Gesellschaft ab und begründet dies ebenso biblisch-theologisch.

Des Weiteren sieht die Kirche und mit ihr der Papst diverse Probleme im familialen Zusammenleben und auch im Blick der Gesellschaft auf Familie. Franziskus bezeichnet dies als Gewalt, welche Familien in vielfältiger Form angetan wird. Er denkt in diesem Zusammenhang an häusliche Gewalt vorwiegend gegen Frauen genauso wie an die vielen Familien, die in Kriegsgebieten leben müssen, auseinandergerissen werden, auf der Flucht sind oder von der Gesellschaft benachteiligt werden, vor allem dann, wenn Familien kinderreich sind und über weniger finanzielle Möglichkeiten verfügen als etwa andere. „Herrscht in den Familien Gewalt und mangelt es an Kommunikation, werden solche Familien leicht zu einem Nährboden für neue Formen sozialer Aggressivität auch bei ihren Kindern.“ (Zulehner 2016, S. 53) Die Katholische Kirche sieht die negativen Folgen für die Gesellschaft und appelliert an das Wertebewusstsein der Menschen. Sie möchte aber auch einen ständigen Dialog auf Augenhöhe mit der pluralen Gesellschaft und der Politik führen – nur so kann sie glaubwürdig sein.

„Die Diskussion und Prüfung der Argumente unterschiedlicher Positionen dient gerade der Gewissensbildung und wirkt fundamentalistischen Bewegungen entgegen. Gleichzeitig schränkt dies nicht die Berechtigung der Kirche ein, bestimmte lehramtliche Positionen zu vertreten und einzufordern. Dementsprechend hat die Kirche auch das Recht, sich gegen Tendenzen zu wehren, die behaupten, Religionsgemeinschaften hätten sich in der pluralen Gesellschaft aus politischen Fragen herauszuhalten.“ (Kostka 2013, S. 455f.)

„Die Kirche hat aufgrund der historischen Entwicklung, aber auch vor dem Hintergrund ihres eigenen theologischen Selbstverständnisses kein direktes politisches Mandat.“ (Kostka 2013, S. 460) Sie erhebt für sich jedoch den Anspruch in der Öffentlichkeit präsent zu sein und von der Politik gehört bzw. respektiert zu werden - im Bundesland Niederösterreich mit der absolut regierenden und der Katholischen Kirche gewogenen Volkspartei ist dies auch der Fall. Hier wird die Katholische Kirche bevorzugt behandelt gegenüber allen anderen religiösen Institutionen, was sich nicht nur im positiven medialen Eindruck der Kirche widerspiegelt, sondern auch in finanzieller und ideeller Zuwendung seitens des Landes. Die Volkspartei NÖ unterstützt die christlichen Werte bewusst und aktiv vor allem in Abgrenzung zu und aus Angst vor neuen Einflüssen, Religionen und Kulturen, die mit möglichen Migrationsströmen nach Niederösterreich fließen könnten und die heimatlichen und traditionellen Werte und Bräuche verwaschen oder relativieren.

Nicht nur der Dialog mit politischen VertreterInnen ist der Kirche ein Anliegen, sondern mit Papst Franziskus wird ein starker Fokus auf die innerkirchliche Kommunikation gelegt. „Synodalität ist für Franziskus zugleich eine zentrale Methode und ein identitätsstiftendes Charakteristikum von Kirche.“ (Goertz / Witting 2016, S. 84)

Der Papst legt immer wieder bei den unterschiedlichsten Themen Wert darauf, dass sich die gesamte Weltkirche versammelt und so einander kennenlernt, miteinander redet und voneinander weiß. Dies bedeutet konkret, dass sich die Bischöfe weltweit vermehrt treffen oder bei Onlinebefragungen alle Gläubigen mitreden können. „Aus dem Bild einer synodalen Kirche folgt dann auch, dass die Pluralität der Kirche akzeptiert wird. Dazu gehört, dass innerkirchliche Differenzen sichtbar werden und als solche ausgehalten werden müssen.“ (Goertz / Witting 2016, S. 86) Dies fällt den Gläubigen, die in pastoralen Fragen mutig in die Zukunft schreiten wollen ebenso schwer wie den BewahrerInnen der traditionalistischen katholischen Lehre. Warum TraditionalistInnen in heutigen aufgeklärten Zeiten nicht aussterben, sondern eher mehr werden, kann deswegen nachvollzogen werden, weil „[d]en Verunsicherungen der Moderne [...] eine Denk- und Lebensform abhelfen [soll], die das Beängstigende bannt, indem es Räume der Eindeutigkeit kreiert, in denen Wahrheit mit einer Autorität verkündet wird, der das kritische Geschäft der Reflexion nichts anhaben können soll.“ (Goertz / Hein / Klöcker 2013, S. 12) Dies wird heute unter anderem mit der 1968 erschienenen päpstlichen Enzyklika ‚*Humanae vitae*‘ begründet, in der „sowohl die naturrechtliche Begründung der Sexualmoral als auch der Vorrang der lehramtlich vorgelegten Normen vor der Gewissensentscheidung der Eheleute [zementiert wird].“ (Goertz / Hein / Klöcker 2013, S. 40)

Die Katholische Kirche bezieht klar Position bezüglich ihrer Einstellung zu Ehe, Familie, Kinderwunsch, Scheidungen und Sexualmoral – daran können weder Aufklärung noch Gleichheitsprinzip, weder Menschenrechte noch aktueller Kontext rütteln. Dass es in der konkreten Pfarrpastoral von diversen Priestern nicht ganz so streng praktiziert wird ändert nichts an der offiziellen Lehre der Katholischen Kirche. Barmherzig ausgelegte Pastoralpraktiken untergraben vielmehr die Autorität und Glaubwürdigkeit der Kirche, wie häufig von FundamentalistInnen angeprangert wird. „Die Auseinandersetzung um den Fundamentalismus in den eigenen Reihen ist Teil des innerkatholischen Ringens um die Selbstverortung des christlichen Glaubens in der modernen Kultur.“ (Goertz / Hein / Klöcker 2013, S. 65) Das gilt in besonderer Weise in der Katholischen Kirche der Diözese St. Pölten für den Bereich der Familie. Hier klaffen Theorie bzw. Lehramt und Praxis häufig weit auseinander. Wie sieht das Leitbild bzw. wie sehen die Ziele der diözesanen Fachstelle Beziehung–Ehe–Familie aus und wie wird

Familie im Kontext von Pfarre und Diözese gesehen, unterstützt und gefördert? Dies soll entlang der diözesanen Homepage aber auch unter Einbindung etwa der Schönstatt-Familien-Bewegung in den Blick genommen werden.

„Die Fachstelle Beziehung-Ehe-Familie ist eine Organisation der Pastoralen Dienste der Diözese St. Pölten innerhalb des Bereichs Familie. Die Mitarbeitenden planen und organisieren Veranstaltungen der Erwachsenen- und Familienbildung.“ (Fachstelle Beziehung-Ehe-Familie der Diözese St. Pölten, 16.3.2019) Diese Fachstelle ist sowohl Ideenlieferant in Form von Behelfen, Festen, Organisation, Vorbereitungsunterlagen als auch Anlaufstelle für die im Bereich Familie engagierten Ehrenamtlichen der Pfarren. Sie vertritt das traditionelle katholische Familienbild, setzt also dahingehend Angebote, führt für diese Zielgruppe Veranstaltungen durch und richtet ihre inhaltlichen Vorgaben danach aus. „Wichtig sind die Stärkung dauerhafter, entwicklungsöffener und gewaltfreier Beziehungen zwischen Partnerinnen, Partnern und Kindern, sowie die Begleitung in Krisen. Leitwerte sind Freiheit, Verantwortung, Toleranz und Gleichwertigkeit aller Menschen sowie Achtung vor dem Leben, der Würde des Menschen und der Schöpfung.“ (Leitbild der Fachstelle Beziehung-Ehe-Familie, 16.3.2019) Das Ehe- und Familienbild ist auf Dauer, auf Nachkommenschaft und auf Liebe bzw. Treue hin geordnet und die Katholische Kirche der Diözese stellt an sich selbst den Anspruch, Begleiterin in Krisensituationen sein zu können – dies freilich mit dem Anspruch, dass durch die Beachtung christlicher Werte und Lebensweisen etwaige Scheidungen verhindert werden sollen. Auch werden Schwangerschaftsabbrüche kategorisch abgelehnt, da sie dem Recht auf Leben entgegenstehen und die natürliche Empfängnisregelung als optimale Form von Verhütung propagiert, obwohl Werte wie Freiheit, Verantwortung und Toleranz festgeschrieben sind. Bei Handlungen und Denkweisen, welche gegen die Lehren der Katholischen Kirche gerichtet sind, sind jedoch weder Freiheit noch Verantwortung oder Toleranz feststellbar. Dies wird vor allem für die Geschiedenen, die wieder heiraten möchten, spürbar. Die offizielle Katholische Kirche untersagt nicht nur eine neuerliche kirchliche Heirat, sondern auch die Teilnahme an der Kommunion im Rahmen von Eucharistiefeiern – die pastorale Praxis sieht allerdings in vielen Regionen anders aus. Priester schauen oft bewusst weg bzw. halten sich nicht an offizielle kirchliche Vorgaben, weil sie genau wissen, dass es kaum kirchenrechtliche Konsequenzen ihres Tuns geben wird.

Die Fachstelle Beziehung-Ehe-Familie richtet sich an Brautleute, Ehepaare, Familien, Großeltern und Alleinerziehende, aber auch Priester sowie in der Pastoral haupt- und ehrenamtliche MitarbeiterInnen sollen unterstützt werden. Folgende Bereiche werden von der Fachstelle ab-

gedeckt: Ehevorbereitung, natürliche Empfängnisregelung, Elternbildung, Eltern-Kind-Gruppen, Jahresfestkreis, Tauf- und Erstkommunionsvorbereitung.

„Lehrende gehen auf Lernende in einer Haltung der Begegnung auf Augenhöhe zu und haben eine große Offenheit und Dialogbereitschaft zu den verschiedensten Weltanschauungen.“ (Leitbild der Fachstelle Beziehung-Ehe-Familie, 16.3.2019) Die wichtigsten inhaltlichen Unterstützungsleistungen sind Partnerschaftstrainings, Familienbegleitung, Pfarrbegleitung, Serviceleistungen, Aus- und Weiterbildungsangebote (vgl. Leitbild der Fachstelle Beziehung-Ehe-Familie, 16.3.2019). Dabei liegt ein besonders starker Fokus auf die religiöse Erziehung der Kinder und auf Glaubensbildung für die Erwachsenen.

Auch finanziell sollen Familien in Notsituationen von der Diözese St. Pölten durch den Familienfonds unterstützt werden. „[Dieser] gewährt zinsfreie Darlehen bis zu einer Höhe von € 3.900,- [...] zur Beschaffung von Wohnraum für die eigene Familie, zur Beschaffung von notwendigem Hausrat [und] in besonderen Notstandsfällen. Der Darlehensnehmer muss römisch-katholisch sein und seinen ordentlichen Wohnsitz innerhalb der Diözese St. Pölten haben.“ (Familienfonds der Diözese St. Pölten, 16.3.2019) Dadurch soll ein Beitrag zu weniger Kinderarmut bzw. eine Unterstützung für Eheleute oder auch Großeltern geleistet werden.

Die Angebote der Diözese sollen Rahmenangebote innerhalb des kirchlichen Lehramtes sein, als Hilfe für die Familien und für Pfarren gedacht. Was die einzelnen Eheleute, Familien und Pfarren daraus machen, liegt in ihrer freien Entscheidung und Verantwortung, in ihrem individuellen Engagement und ihrem jeweiligen Interesse.

Nach dieser ersten Annäherung an den Familienbegriff und an die Familienformen der Katholischen Kirche der Diözese St. Pölten, der Neos sowie der Volkspartei NÖ soll nun des Weiteren eine Herleitung sowie Begründung des jeweiligen Zugangs untersucht werden. Außerdem werden die daraus ableitbaren Werte besonders in den Blick genommen, um später die Auswirkungen auf einzelne Familien und auf die Gesellschaft zeigen zu können.

3. Herleitung und Begründungsmuster der Familienwerte

Allgemein und in aller Kürze geschichtlich skizziert ist anzumerken, dass der Wertebegriff im 18. Jahrhundert in der Wirtschaft, im 19. Jahrhundert in der Philosophie, dann später auch in den Kultur- und Sozialwissenschaften verbreitet war und im 20. Jahrhundert schließlich in den öffentlichen Sprachgebrauch Eingang gefunden hat. Werte haben sich immer in einem bestimmten gesellschaftlichen, religiösen und kulturellen Kontext entwickelt. „Bemühungen, ein

bestimmtes Wertesystem obligatorisch zu machen, [haben] doch eher Gegenbewegungen aus[gelöst], als daß [!] sie widerstandslos ihr Ziel erreichten.“ (Joas 1997, S. 18) Vor allem in den letzten Jahrhunderten haben sich Institutionen begleitet von Aufklärung und Freiheitsdenken deutlich schwerer getan, den Menschen ihre ureigensten Werte zu vermitteln bzw. aufzuzwingen. Was in früheren Zeiten noch funktionierte, nämlich eine breite Bevölkerungsschicht mit homogenen Wertesystemen zu versorgen, welche von den Menschen nahezu unkritisch adaptiert und gelebt wurden, ist heute undenkbar. Nicht nur ein radikaler Wertewandel hat stattgefunden, sondern auch eine immer stärker werdende Tendenz zu Gewissensentscheidungen, individueller Verantwortung und ganz allgemein verstärkter Auseinandersetzung mit Wertesystemen in der Öffentlichkeit. Außerdem existieren aktuell verschiedene Institutionen mit unterschiedlichen Wertesystemen nebeneinander – pluraler werdende Familienformen prägen in verstärktem Ausmaß die Gesellschaft.

„[...E]in [...] konstitutiver Wandel der Wertorientierung tritt gewiß [!] nicht einfach zufällig auf. Oft lassen sich für seine Entstehung oder zumindest für seine Verbreitung sozial-strukturelle Bedingungen angeben, die die Suche nach einer Umdeutung der Prinzipien erst anregten, welche eine geltende Statushierarchie rechtfertigten.“ (Joas 1997, S. 17) Aber nicht nur der Wertewandel geht einher mit grundlegenden gesellschaftlichen, kulturellen und mitunter auch religiösen Veränderungen, sondern auch ein Normenwandel steht damit in Verbindung. „[Zwar] ist Normenwandel [bisweilen] nur eine andere Umsetzung gleichgebliebener Grundwerte“ (Merks 2013, S. 106), allerdings werden moralische Veränderungen und ein Wertewandel direkt bei konkretem Normenwandel durchaus sichtbar. In veränderten Gesellschaften ändern sich auch deren Institutionen bzw. sie müssen sich ändern. Damit ist nicht bloße Anpassung an den Zeitgeist gemeint, jedoch kann ein Neu- und Umdenken der Werte der betreffenden Institution ihr Überleben und ihre Glaubwürdigkeit sichern. Am Beispiel der Katholischen Kirche kann erkannt werden, dass Institutionen mitunter sogar konsequent gegen Trends und Mainstream wirken.

Bei den untersuchten politischen Parteien, der Volkspartei NÖ und den Neos, kann eher vom Gegenteil ausgegangen werden. Hier werden gesellschaftliche Trends und gegebenenfalls veränderte Gesetzeslagen rezipiert, unterstützt oder zumindest, wie in einem Rechtsstaat üblich, eingehalten, wenn auch widerwillig, wie zum Beispiel an der seit 2019 standesamtlich möglichen Heirat von Gleichgeschlechtlichen ersichtlich ist. Die Volkspartei NÖ akzeptiert notgedrungen das Gesetz und muss es gegen ihre eigenen Parteiwertevorstellungen umsetzen, während es für die Partei der Neos im Sinne einer Gleichbehandlung aller längst überfällig ist und

sie sogar aktiv an deren Umsetzung beteiligt war. Die Katholische Kirche musste in den letzten Jahrzehnten verstärkt erkennen, dass ihre Lehre mitunter diametral gegen gesellschaftliche Werte steht und von daher auch an normgebender Bedeutung verliert. Ihre Appelle verhallen häufig ungehört, die Glaubenswahrheiten werden jedoch von fundamentalistischen Minderheitengruppen konsequent gelebt. In modernen aufgeklärten Zeiten kann nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Menschen ihre Lebenskonzepte, Familienformen oder die damit verbundenen Wertvorstellungen von oben, von einer Institution oder Hierarchie, diktieren lassen ohne den Anspruch eines gesellschaftlichen Diskurses zu stellen. „[Denn o]hne die Offenheit für neue Erfahrungen und deren Reflexion blieben die von anderen übernommenen Überzeugungen und normativen Orientierungen letztlich unmündig angeeignet, wären nicht authentisch und dem eigenen Lebenskonzept bloß äußerlich hinzugefügt.“ (Hilpert 2013, S. 135) Um glaubwürdig zu sein und relevant zu bleiben muss sich die Kirche dem Wertediskurs in einer pluralen Gesellschaft auf reflexive und nachvollziehbare Art und Weise stellen. „Gleichzeitig braucht sie politisch engagierte Katholiken, die auch untereinander einen pluralen Diskurs zulassen.“ (Kostka 2013, S. 460) Jegliche Form von Indoktrinierung muss abgelegt werden und hat in der heutigen Gesellschaft keinen Platz. „Nicht aus Zwang, sondern aus der freiwilligen Bereitschaft entsteht echte Wertorientierung. Religion muss deshalb diese Dimension der Freiheit offen halten und ermöglichen.“ (Meyer-Ahlen 2010, S. 112) Wie oben beschrieben, nennt die Fachstelle Beziehung-Ehe-Familie der Diözese St. Pölten in ihren Leitlinien und Zielen Freiheit und Toleranz als wichtige Werte, jedoch bei gleichzeitigem Beharren auf die traditionalistische kirchliche Lehre in den Fragen von Sexualmoral bzw. den Familienformen. Hier soll nur kurz angedeutet werden, was später noch ausführlicher zu diskutieren sein wird, dass „Fundamentalismus [...] für ethisches Lernen hinderlich [ist]. Es darf nicht um die moralische Indoktrination gehen, sondern um den Ruf in eine Verantwortlichkeit für das eigene Handeln. Religion muss durch diese Dimension der Verantwortlichkeit gekennzeichnet sein.“ (Meyer-Ahlen 2010, S. 113)

Des Weiteren ist der Aspekt zu beachten, dass sich bestimmte Werte und Verhaltensweisen bei näherer Betrachtung und ausführlicher Reflexion für die Gesellschaft eines speziellen Kontextes bewährt haben. Sie geben den Menschen Orientierung, mitunter sogar Lebenssinn, sind wie Leitplanken auf dem individuellen Weg durch das Leben und bieten Halt sowie Hilfe in Entscheidungs- und Notsituationen. Bewährte und für richtig befundene Familienwerte lassen sich nur schwer aufbrechen, vor allem traditionalistisch geprägte Institutionen tun sich hier schwer. Allerdings hat „[d]er Gedanke der Veränderlichkeit moralischer Maßstäbe unter neuen

Umständen [...] an Raum gewonnen, ebenso die Idee, dass Unterschiede in der moralischen Beurteilung durchaus legitim sein können.“ (Merks 2016, S. 178) Die katholische Moraltheologie schreitet und denkt hier mutig voran, indem sie versucht, den Spagat des Lehramtes der Katholischen Kirche mit den Anforderungen einer modernen aufgeklärten Gesellschaft zu schließen.

„Die neuere Moraltheologie kennt verschiedene Überlegungen, mit denen sie das Phänomen des modernen Individualismus und Pluralismus auf eine unverkrampfte Weise angehen kann. Da ist zunächst der Unterschied, den man macht zwischen Werten und Normen, zwischen Werteveränderung und Normenveränderung. Für viele Moraltheologen steht es fest, dass man den moralischen Zustand einer Gesellschaft nicht einfach messen kann an der Gültigkeit traditioneller Normen. Normen selbst beruhen wieder auf Wertüberzeugungen. [...] Für ein modernes Moralverständnis können Normen nur binden, wenn sie vernünftig einsehbar sind. Ein bloßer Gesetzesgehorsam oder ein Folgen dessen, was ‚üblich‘ oder was Gewohnheit ist, kann nicht den Namen Moral tragen.“ (Merks 2016, S. 194)

Dies gilt im Kontext von Familie nicht nur für die Katholische Kirche, sondern auch, wie später näher auszuführen ist, für politische Parteien. Die eigenen Wertvorstellungen, egal in welche ideologische Richtung diese tendieren, müssen diskutiert und letztlich begründet werden, um zumindest von den eigenen Mitgliedern übernommen und gelebt zu werden. „Für das Wertbewusstsein der Gesellschaft und für die Orientierungsfähigkeit der in ihr heranwachsenden jungen Menschen ist es von erheblicher Bedeutung, dass jedermann weiß, auf welche Art sozialer Beziehungen auch angesichts der Kontrasterfahrungen von Alter und Krankheit, Unglück und Not Verlass ist.“ (Schockenhoff 2002, S. 26) Hier kommt die unersetzbare Bedeutung von Familie ins Spiel, in all ihren Ausprägungen und Formen. Und um genau diese soziale Funktion zu gewährleisten braucht es innerhalb des Familiensystems bestimmte Werte, die das unterstützen und hervorbringen, darin sind sich die hier untersuchten Institutionen im Prinzip einig – allein die Konkretisierung, Begründung und Entstehung macht teils enorme Unterschiede erkennbar. Dies soll in den nächsten Abschnitten aufgezeigt werden, in denen die Begründungsmuster bezogen auf Familienwerte der Volkspartei, Neos und Katholischen Kirche ganz konkret in den Blick genommen werden.

Einleitend ist zu bemerken, dass gesellschaftlich und auch politisch gesehen von Familien einiges quasi als Mindestleistung erwartet wird. „Als spezialisierte Leistung werden vom Familiensystem die Produktion und Stabilisierung der personalen Umwelten für alle übrigen Sozialsysteme erwartet, und diese Leistungen wurden ihr mehr oder weniger exklusiv zugeschrieben.“ (Nave-Herz 2012, S. 36) Hier gilt Subsidiarität als oberstes Prinzip, sowohl bei politischen

als auch bei kirchlichen Institutionen. Werte werden zwar jeweils vorgegeben und begründet, allerdings sind zunächst die Einzelnen und auch die Familien gefordert, diese zu verwirklichen. Nur, wenn dies aus unterschiedlichsten Gründen nicht möglich ist, soll der Staat einspringen bzw. eine Kirche unterstützend tätig sein. „Ein wohlfahrtsstaatliches Arrangement, das familistisch geprägt ist, stabilisiert bestimmte private Lebens- und Familienformen, die als gut geeignet betrachtet werden, Wohlfahrt zu produzieren.“ (Oelkers 2012, S. 142) Politisch geprägte Werte müssen sich an der Gesellschaft und am politischen Handeln messen lassen, selbiges gilt für religiös geprägte Werte, die ihrerseits am kirchlichen Handeln und an der Gemeinschaft der Gläubigen auszurichten sind.

Des Weiteren wird in den nächsten Abschnitten zu zeigen sein, ob „Politik [...] immer häufiger einem Pragmatismus ohne Prinzipien [folgt]. Das wird hinter einer vermeintlichen Toleranz versteckt, die in Wahrheit von Beliebigkeit zeugt.“ (Gabriel 2015, S. 141) Diese Haltung ist es also, die einerseits in der Politik kritisiert und andererseits in der Kirche vermieden wird. Welche Auswirkungen solche Einstellungen und Denkmuster auf die Gesellschaft und auf die Glaubwürdigkeit der Institutionen haben, soll zu einem späteren Zeitpunkt betrachtet werden. Außerdem macht die Katholische Kirche auf den Umstand aufmerksam, dass zwischen Wert und Würde unterschieden werden muss – vor allem die Moralthologie hat einen wesentlichen Anteil an der genaueren Unterscheidung dieser Begrifflichkeiten. „Normen und Werte sind Setzungen, menschliche Definitionen. Sie dürfen nicht mit der Würde des Menschen verwechselt werden, was oft unbedacht passiert, wenn vom Wert oder Unwert des Lebens gesprochen wird.“ (Tebartz-van Elst 2012, S. 180) Die Würde des Menschen ist unveränderlich und überhaupt nicht kontextabhängig – Werte und Normen hingegen ändern sich und sind beliebig vom Menschen entworfen. Dass sich diese unbedingte Würde jedes Menschen auf die Familienformen nachhaltig auswirkt, wird ebenfalls noch zu zeigen sein. Die Gefahr wird von der Katholischen Kirche erkannt, dass politische Institutionen sich von der Wirtschaft vereinnahmen lassen und so nicht mehr neutral sowie sozial agieren. Deswegen sieht die Kirche hier ihre unverzichtbare Aufgabe im Dienste der Menschen. „Wo wirtschaftliche Globalisierung soziale Marginalisierung mit sich bringt, braucht es Anwaltschaft für die Armen und Solidarität mit den Schwachen.“ (Tebartz-van Elst 2012, S. 156) Weil gerade auch viele Familien davon betroffen sein können und dies vor allem die Zukunft der Kinder erschwert, sieht die Kirche hier einen besonderen Auftrag. Jedoch ist es nicht allein Aufgabe der Kirchen, für Werte in der Gesellschaft zu sorgen und diese gegebenenfalls zu verteidigen, so sie in Gefahr geraten. Auch alle anderen Institutionen sind gefordert.

„Das Sichtbarmachen eines ethischen Minimalkonsenses und die Erneuerung der moralischen Ressourcen bleibt daher eine Aufgabe, die der Gesellschaft als Ganzer und den einzelnen moralischen Gemeinschaften aufgegeben ist. Sie obliegt der gemeinsamen Verantwortung aller die freie Gesellschaft tragenden Kräfte und Institutionen, also den christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften, den Verbänden, Gewerkschaften und Berufsgruppen, den Schulen und Universitäten, den Medien und politischen Parteien. In zweiter Linie sind allerdings auch die demokratischen Institutionen und das staatliche Recht gefordert, einen eigenen Beitrag zur gesellschaftlichen Werteorientierung zu leisten.“ (Schockenhoff 2018, S. 13)

Es müssen eben auch die politischen Parteien einen Beitrag zum Diskurs der Werte leisten und das nicht nur in parteiinternen Gremien, sondern öffentlichkeitswirksam und im Austausch mit anderen Institutionen, allen voran mit VertreterInnen der Kirchen. Dies gebietet die Religionsfreiheit, die nicht nur von staatlicher Seite zu gewährleisten, sondern ebenso von kirchlicher Seite aktiv zu leben und im Bedarfsfall einzufordern ist.

„Das Ja zur öffentlichen Präsenz der Glaubenden und der Kirche in ihren offiziellen Repräsentationsformen wird wesentlich durch die verfassungsrechtlichen Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates in der Anerkennung der Menschenrechte gewährleistet, unter denen nicht allein die negative, sondern vor allem die positive Religionsfreiheit ein wichtiges Indiz für die Lage der Menschenrechte in einer konkreten Gesellschaft ist und bleibt.“ (Turnovszky 2013, S. 57)

Die Katholische Kirche muss den Auftrag zur Opposition in Wertefragen wahrnehmen – Opposition vor allem gegenüber politischen Parteien, die kaum im Sinne der Familien handeln, wie es das kirchliche Lehramt vorgibt, Klientelpolitik soll in diesem Zusammenhang entschieden abgelehnt werden. Gleichzeitig muss ein lebendiger Austausch stattfinden, um bei Werten nicht nur schnelllebige Trends und Meinungen abzubilden, sondern eine nachhaltige und lebende Basis für das Zusammensein verschiedenster Familienformen in der und für die Gesellschaft zu schaffen.

„Christen wollen von ihrem Glauben her stets auch Gesellschaft prägen und stellen sich deswegen dem ‚Kampf um Aufmerksamkeit‘, dem alle Akteure in der Gesellschaft unterliegen.“ (Wegner 2013, S. 124) In den folgenden Abschnitten soll näher auf die unterschiedlichen Begründungsmuster der Familienwerte eingegangen werden. Wie begründen die Volkspartei NÖ und wie die Neos NÖ ihre Werthaltungen bezüglich der von ihnen bevorzugten oder akzeptierten Familienformen und welche Herleitungen und Argumente liefert die Katholische Kirche zu diesem Thema? Es soll beleuchtet werden, auf welche Arten die jeweilige Institution ihr Wertesystem argumentiert und in die Öffentlichkeit trägt. Außerdem sollen Sinn und Auswirkungen von bestimmten Wertvorstellungen in den Blick genommen werden, um auf eine mögliche veränderte Praxis der Institutionen oder der Gesellschaft hinzuweisen.

3.1. Volkspartei NÖ

Die Volkspartei ist seit vielen Jahrzehnten Mehrheitspartei, also eine traditionelle Großpartei im Land Niederösterreich. Ihre Strukturen sind gefestigt, etabliert und wirken in viele Bereiche des gesellschaftlichen, privaten und medialen Lebens der Menschen hinein. In der Vergangenheit war diese Partei geprägt von einem engen Zusammenspiel mit der Katholischen Kirche des Landes - diese Verflechtungen wirken bis heute in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens. Gerade in Bezug auf Einstellungen und Werte ist dies feststellbar und wird später noch näher zu zeigen sein. Auch wenn sich die aktuelle Volkspartei NÖ gegenüber der modernen Gesellschaft verstärkt zu öffnen versucht und sich dabei mitunter gegen sogenannte christlich geprägte und in der Vergangenheit von der Partei selbst unterstützten Werten positioniert, wird von Seiten der Kirchen kaum protestiert, ermahnt oder zu einem Umdenken angeregt.

Die Volkspartei NÖ versteht sich selbst als Partei für das Volk – und zwar gleichermaßen für alle BewohnerInnen des Bundeslandes Niederösterreich (vgl. Aussagen von Günther Haslauer, Pressesprecher und Leiter der Kommunikation der VP NÖ, während eines Gesprächs am 23.4.2019). Sie möchte in Erfahrung bringen, was die Menschen denken und wollen, wie sie leben und handeln, um anschließend diese gesellschaftliche Realität aufzugreifen und bestmöglich zu unterstützen. Als Volks-Partei möchte sie für alle NiederösterreicherInnen da sein, egal welcher Religion, sozialen Schicht oder Partei sie angehören. Die niederösterreichischen Landsleute sollen von der Volkspartei gleichbehandelt, gleich mit Chancen und Förderungen bedacht und gleich wahrgenommen werden. Haslauer nennt dies eine wichtige Voraussetzung und Grundlage seiner Partei und sieht es als selbstverständlich an, dass eine Volkspartei so denken und handeln muss.

Gerhard Karner, 2003 - 2015 Landesgeschäftsführer und Landtagsabgeordneter, hat über die Volkspartei NÖ, der auch er selbst angehört, gemeint: „Politik ohne Werte ist wertlos. Die Werte, auf die wir bauen, sind zeitlos.“ (VP NÖ 2008, S. 42) Die Partei handelt nach genau definierten Grundsätzen und Werten, die sie quasi als Richtschnur bei konkreten Entscheidungen immer wieder in den Blick nimmt und ihr Denken danach ausrichtet. Dadurch versucht sie, wirtschaftlichen Erfolg und soziales Miteinander nachhaltig zu erreichen (vgl. VP NÖ 2008, S. 42). Welche Werte dies zum Beispiel im Jahr 2008 waren und welche dies heute sind, wird des Weiteren näher in den Blick genommen und bezüglich ihrer Auswirkungen bzw. Verallgemeinerbarkeit diskutiert.

Als grundlegende Fundamente werden im Jahr 2008 folgende Werte genannt: Menschenwürde, die Freiheit des Einzelnen, Toleranz, Nächstenliebe, Solidarität, Eigenverantwortung,

Nachhaltigkeit, Demokratie, Subsidiarität, Föderalismus und das Leistungsprinzip (vgl. VP NÖ 2008, S. 43). Des Weiteren sollen in Niederösterreich Tradition und Heimatverbundenheit bzw. der Zusammenhalt hochgehalten werden. Die Globalisierung wird als Herausforderung vor allem für die Wirtschaft gesehen und effiziente Sicherheitspolitik gilt als Antwort auf europäische Entwicklungen. Die Volkspartei NÖ versteht sich als christlich soziale Partei und richtet danach ihr Denken, ihre Werthaltungen und ihr Handeln aus. Zusätzlich zu den eher allgemein gehaltenen Werten, auf die sich die Partei 2008 verständigt hat und welche sie wie Leuchttürme am Horizont immer wieder ansteuern möchte, um die Richtung nicht aus den Augen zu verlieren, hat sie zwölf Grundsätze formuliert, die zu Leitmotiven der Volkspartei NÖ werden sollen:

- „Kinder- und familiengerechte Rahmenbedingungen in allen Lebensbereichen
- Sicherheit bieten, dass Menschen auch im Alter gut betreut und wohlbehalten leben können
- Zeitgemäße Aus- und Weiterbildung sowie Orientierungsangebote für junge Menschen
- Förderung der Verständigung und des guten Miteinanders der Generationen
- Durchsetzung der Chancengleichheit für Frauen in allen Lebensbereichen
- Gelebte Integration von Menschen mit besonderen Bedürfnissen
- Sicherstellung, dass technologische Entwicklungen nie gegen Werte der Menschenwürde, sondern stets in deren Dienst gestellt werden
- Erhaltung der Sicherheit für das Land und seine Bürger durch aktive Sicherheitspolitik
- Sicherstellung, dass angesichts der rasanten Entwicklungen in der Informationsgesellschaft alle Bürgerinnen und Bürger jeder Altersgruppe weiterhin Chancen auf Kommunikation und Information haben
- Ermutigung zu persönlich gelebter Solidarität im Umgang miteinander, in der Nachbarschaft, im sozialen Umfeld
- Förderung von Eigeninitiative in Aus- und Weiterbildung, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur
- Ermutigung zu persönlicher Übernahme von Verantwortung im Ehrenamt, bei Freiwilligendiensten und in der Politik“ (VP NÖ 2008, S. 43)

Die meisten dieser Grundsätze betreffen das Leben von Familien im weitesten Sinn. Von den Kindern und Jugendlichen über Menschen mit besonderen Bedürfnissen bis hin zu alten und pflegebedürftigen Angehörigen. Von Ausbildung und Arbeitsplatz bis hin zu persönlichem Sicherheits- und Heimatgefühl soll alles unterstützt, gefördert und begleitet werden, was den Menschen der jeweiligen Zeit gerade ein Anliegen ist. Die Omnipräsenz der Volkspartei NÖ zum Wohl der niederösterreichischen Landsleute ist ein Phänomen, das medial unterstützt ihre Wirkung zeigt. Ein Landeshauptmann, der weiß, was sein Volk braucht, um glücklich zu sein. Damals Erwin Pröll – heute Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner – stets auf Seiten der

Menschen im Land unterwegs.

Vereint mit der (offiziellen Katholischen) Kirche und basierend auf christlichen Grundlagen sollen die Menschen erkennen, dass oben genannte Werte gut für sie sind, Bestand haben und die Zukunft der Gesellschaft sichern. Man unterstützt sich gegenseitig, schätzt einander und braucht die Hilfe des jeweils anderen immer wieder - vor allem in finanziellen, ideologischen und medialen Angelegenheiten ist es für beide Seiten gut, einander zu kennen, miteinander aufzutreten, bei bestimmten Projekten zusammen zu arbeiten und Harmonie auszustrahlen. Diese Verwobenheit existiert zu einem großen Teil bis heute, was mitunter dazu führt, dass die Gleichbehandlung der Religionen und Kirchen ebenso auf der Strecke bleibt wie die besondere Sorge um religiöse Minderheiten in der Gesellschaft. Demokratie wurde bereits 2008 als Wert erkannt, aber auch hier kann gesehen werden, dass die Volkspartei NÖ als Mehrheitspartei zwar mehr bzw. alles entscheiden kann, jedoch ist ein eklatanter Unterschied zur Katholischen Kirche auszumachen, welche bis heute ausschließlich hierarchisch strukturiert ist und dementsprechend agiert. So kann es geschehen, dass sich zum Beispiel der Familienbegriff in der Volkspartei NÖ ändern kann bei veränderten Umständen, neuen gesellschaftlichen Herausforderungen oder nach Bedarf. Was noch vor wenigen Jahren undenkbar schien, wird heute beinahe selbstverständlich gelebt bzw. als wichtig erkannt. Tradition ja, aber auch wirtschaftliche Erfolge, soziales Miteinander sowie Leistungsdenken kommen im modernen politischen Denken in den Blick.

Diese aktuellen Überzeugungen und Diskussionen führen die Volkspartei NÖ direkt zum Grundlagenpapier für die Öffentlichkeitsarbeit, das 2018 herausgegeben wurde und seither zur internen Kommunikation verwendet wird. Bevor sich die Partei hier konkret den Werten zuwendet, definiert sie ihr Selbstverständnis und zeigt so, für wen sie da sein möchte und warum sie eine Volks- und keine Klientelpartei sein muss. „Volksparteien sind für alle da, stellen ein wählbares Angebot für alle, achten auf gesellschaftlichen Ausgleich und größtmöglichen Wohlstand für alle.“ (VP NÖ 2018, S 71) Die Volkspartei NÖ möchte eine politische Partei für alle Menschen sein, für Frauen und Männer, Junge und Alte, Religiöse und Atheisten, Arme und Reiche, Familien und Singles, ArbeiterInnen, Angestellte, Landwirte, UnternehmerInnen und natürlich für alle nur möglichen Lebens- und Denkformen, die in der modernen Gesellschaft existieren. Alle BürgerInnen des Bundeslandes Niederösterreich sollen in der Volkspartei eine wählbare politische Institution mit klaren Werten und festen Regeln vorfinden. Die Partei möchte sich für die Menschen im Land so breit als möglich aufstellen, damit möglichst alle sich mit deren Grundsätzen identifizieren können.

In ihrem aktuellen Grundlagenpapier hat sich die Volkspartei NÖ in der Wertefrage auf vier

zentrale Positionen verständigt. Wo zehn Jahre früher noch viele verschiedene Grundsätze verfolgt wurden, hat man im Jahr 2018 wenige wichtige Ziele als Werte erkannt und diese auch im aktuellen Parteiprogramm als Richtschnur herangezogen. Eine christliche Prägung ist nach wie vor erkennbar und soll eben auch für die Zukunft richtungweisend sein. Die Volkspartei NÖ bezeichnet sich selbst als „Wertepartei“, die gemeinsame Werte schlichtweg teilen möchte (vgl. VP NÖ 2018, S 70). Die politische Institution soll selbst keine Werte vorschreiben oder den Menschen diktieren, wie sie am besten zu leben haben. Allerdings hat die Partei nach eigener Definition eine wertkonservative Einstellung und möchte diese auch bewahren. Sie sieht sich jedoch selbst nicht als rückständig an, sondern vielmehr sollen Grundsätze wie Tradition, Heimatverbundenheit, Zusammenhalt oder Christentum keinesfalls aufgegeben werden. Diese Einstellung zeigt sich auch im aktuellen Verhalten der Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner bzw. diverser Landesräte und Landesrätinnen. Brauchtumsveranstaltungen, Feiern, Eröffnungen oder christlich geprägte Feste werden gerne besucht und genutzt, um sowohl Kontakt zu den Menschen, aber auch zu diversen Institutionen und den Kirchenvertretern zu pflegen.

Ein erster wichtiger Wert, den die Volkspartei NÖ verfolgt, ist die Subsidiarität. Dieses gesellschaftliche Prinzip besagt, dass Aufgaben, die zum Beispiel von Familien wahrgenommen werden können, nicht vom Staat stellvertretend übernommen werden sollen. Die Politik soll nur dann eingreifen bzw. unterstützen, wo entweder Probleme und Unstimmigkeiten auftreten oder Familien alleine überfordert sein könnten bzw. nicht das nötige Knowhow haben und die notwendigen Zusammenhänge nicht erkennen. Wird Subsidiarität von den Familien gelebt, so erfordert dies Eigeninitiative, Eigenverantwortung und Wahrnehmung von Sinnzusammenhängen. Wo Zentralismus und Nationalismus vorherrschen und gedeihen können, kann es weder Subsidiarität noch Föderalismus geben (vgl. VP NÖ 2018, S 70).

Als nächstes Ziel nennt die Volkspartei NÖ die Nachhaltigkeit, wobei die folgenden Generationen in den Blick kommen. Nachhaltigkeit wird als Grundsatz vor allem in der Umwelt- wie auch in der Wirtschaftspolitik forciert. So soll die Wirtschaft nicht auf Kosten der Umwelt gestärkt werden und auch nicht auf Kosten einer sozialen Gerechtigkeit, sondern vielmehr soll es um die Menschen und deren Lebensqualität genauso gehen wie um Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz. Familien sollen auch in Zukunft eine lebenswerte Umwelt vorfinden, leistbares Wohnen muss ebenso gefördert werden wie die künftige bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Was dies näher hin bedeutet, soll an anderer Stelle konkretisiert werden.

Ein weiterer entscheidender Grundsatz ist die Gerechtigkeit. Hier rückt der Rechtsstaat mit seinen Gesetzen sowie Exekutivorganen für die BürgerInnen als absolut notwendige Institution in den Vordergrund und stellt so die Rechte aller sicher. „Jeder Mensch hat absolute Würde, jeder Mensch hat dieselben Rechte und Freiheiten. Auch wenn jeder anders ist, unterschiedliche Hilfe und Förderung benötigt, vor dem Gesetz sind [...] alle gleich zu behandeln. Entscheidend für die Gerechtigkeit ist Chancengleichheit. Jeder Mensch unabhängig von Ethnie, Geschlecht und sozialer Herkunft soll gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Aufstieg schaffen können.“ (VP NÖ 2018, S 70). Die Volkspartei NÖ möchte gerade hier, gerade bei Menschen mit den unterschiedlichsten Startvoraussetzungen ins Leben, ansetzen und ihre Förderungen so gezielt platzieren, dass möglichst alle, die Unterstützung benötigen, sowohl in den Genuss von Hilfsleistungen gelangen als auch durch diese nachhaltig bessere Chancen in den Bereichen Erziehung, Bildung und Arbeitswelt vorfinden.

Der letzte zentrale Wert, den die Partei verfolgt, kommt besonders aus der christlichen Tradition und wird in der Katholischen Kirche eher als Nächstenliebe - in biblischem Sinn verstanden - definiert. Die Volkspartei NÖ spricht von Solidarität als etwas, das im Menschen von Natur aus angelegt ist, wonach er strebt und was ihm sowohl als Einzelperson als auch als solidarische Gesellschaft an sich weiterbringt. Die politische Partei meint hier allerdings nicht eine verengte und kurzsichtige Denkweise von Solidarität, sondern diskutiert den Begriff in christlichem Sinn weit bzw. fordert die Menschen auf, zumindest bis zur niederösterreichischen Landesgrenze zu denken. Solidarisches Handeln nicht nur innerhalb der Familie oder unter Freunden, sondern als Nachbarn, Ehrenamtliche oder auch als BürgerInnen der großen niederösterreichischen Landesfamilie. Zusammenhalt in den Gemeinden und im Land wird großgeschrieben, Niederösterreich soll nicht nur bei (Natur)Katastrophen zusammenstehen, sondern auch den schwächsten und ärmsten Menschen in ihrer Mitte beistehen. „Solidarität ist zum Beispiel ein zentraler Aspekt des Menschenrechts auf Asyl. Aber gerade im Sinne derjenigen, die unsere Hilfe brauchen, ist der Missbrauch unserer Solidarität besonders energisch abzulehnen.“ (VP NÖ 2018, S 71). Dadurch soll verhindert werden, dass Menschen das soziale System ausnutzen und zum Beispiel finanzielle Mittel beanspruchen und diese auch bekommen, die woanders oder wem anderen möglicherweise fehlen könnten.

Die PolitikerInnen der Volkspartei NÖ betonen bei vielen Gelegenheiten, wie stolz sie auf das große Netz an Freiwilligen im Bundesland sind und wie sehr sie zum Beispiel die niederösterreichischen Blaulichtorganisationen unterstützen wollen.

Konkrete Maßnahmen, um dem Nachwuchsschwund bei Rettung oder Feuerwehr zu begegnen, werden später ausführlicher diskutiert.

In einem nächsten Schritt soll nun eine gänzlich andere Partei mit ihren Werthaltungen und Grundsätzen in den Blick kommen. Eine kleine und noch sehr junge Partei, die vorwiegend auf Bundesebene diskutiert und agiert, die aber auch in Niederösterreich als Oppositionspartei präsent ist und im Landtag regelmäßig versucht, ihre Gedanken, Ideen und ihren Protest einzubringen. Die Neos NÖ haben im Unterschied zur mächtigen Volkspartei kaum finanzielle Mittel zur Verfügung und agieren, ebenso im Unterschied zur Volkspartei, weniger bis gar nicht Hand in Hand mit katholischen Kirchenvertretern. Wie sich das auf deren Werthaltungen auswirkt und wie möglicherweise gerade dadurch der Familienbegriff geprägt wird, soll nun Gegenstand der Untersuchungen im folgenden Kapitel sein.

3.2. Neos NÖ

Die Partei der Neos hat noch keine lange Tradition – sie ist eine sehr junge politische Institution. Gegründet von 40 Personen im Februar 2012 waren die Neos zunächst eine kleine BürgerInnenbewegung, der sich bald immer mehr Menschen anschlossen. Das Motto und gleichzeitig Ziel der Partei war und ist eine Reaktion auf die Regierungsarbeit der Altparteien sowohl in Österreich als auch im Bundesland Niederösterreich - damit einhergehend ist eine große Unzufriedenheit mit der aktuellen politischen Arbeit feststellbar.

„Wir machen Österreich zu einem Land, in dem jeder Mensch die Chance hat, aus eigener Kraft voranzukommen und etwas zu schaffen. Wir haben genug von Machtmissbrauch, Parteienfilz und Stillstand in Österreich. Wir schauen dabei nicht länger zu, sondern stehen selbst als mündige Bürger_innen auf, um etwas zu verändern. Wir verpassen dem System eine radikale Kur, ermöglichen jedem Kind die beste Bildung, befreien den Unternehmergeist, sorgen für ein gutes Zusammenleben mit klaren Regeln und blicken über den Tellerrand auf unser gemeinsames Europa.“ (Wer sind NEOS?, 18.3.2019)

Die Unzufriedenheit und Enttäuschung der Neos mündet in ein politisches Engagement, das als Alternative zu den etablierten Parteien und als Neuaufbruch für Österreich gesehen wird. Neue Werte stehen plötzlich im Raum, nämlich Eigenverantwortung, Nachhaltigkeit und Freiheitsliebe (vgl. Parteiprogramm Neos 2016, S. 2). Diese Werte können als durchaus neu innerhalb der Parteienlandschaft gesehen werden, später werden diese von anderen politischen Parteien mehr und mehr rezipiert. Das Wertesystem der Neos ist kontextbezogen und hat sich eben genau zu diesem Zeitpunkt entwickeln können bzw. müssen.

Eigenverantwortung in Zusammenhang mit dem Familienbegriff beinhaltet bereits die Freiheitsdimension, die extra als Wert angeführt wird. Freiheit soll in den Blick genommen werden als positiver Wert, als Liebe zur Freiheit und als Verpflichtung, die damit verbundene Verantwortung wahrzunehmen. Ein Zwang zur Freiheit wird genauso abgelehnt wie ein Druck von außen, eine Pflicht im Sinne eines Mainstreams oder einer verpflichtenden Tradition. „Ehe und Elternschaft gelten nicht mehr als selbstverständliche Lebensperspektive, sondern avancieren zum Gegenstand freier Wahl und individueller Entscheidung.“ (Maihofer / Böhnisch / Wolf (Hg.) 2001, S. 17) Aus dem Freiheitsdenken und einer wahrgenommenen Eigenverantwortung erwächst nachhaltiges Handeln, das ebenfalls von dieser Partei angestrebt wird.

Politisches Handeln soll transparent sein, sowohl in ihren Strukturen als auch bei den Finanzen. Parteiausgaben und -einnahmen offenzulegen und alle nur möglichen Arten von Korruption zu bekämpfen ist den Neos ebenso ein Anliegen wie die Nachvollziehbarkeit und Begründbarkeit wichtiger Entscheidungen.

Wer in einer Familie verantwortlich handelt und die Freiheit aller respektiert, wird nachhaltig nicht nur für die eigene Umgebung, sondern auch für die Gesellschaft einen enorm wichtigen Beitrag leisten können. Dabei meint die Partei keine bestimmte Familienform, wo dies eventuell besser und nachhaltiger möglich wäre, sondern sieht alle gesetzlich erlaubten und gesellschaftlich gelebten Formen als gleichwertig und auch gleichwichtig. „Die Pluralisierung der Lebensformen ist auch nicht gleichbedeutend mit einem Verlust an Gemeinschaft und wachsender sozialer Isolation. Denn mit der Zunahme kleiner und nichtfamilialer Haushalte haben sich neue Formen der Gemeinschaftsbildung konstituiert, die mehr Unabhängigkeit und Freiheit bei der Wahl des Lebensstils versprechen.“ (Peuckert 2008, S. 30) Keine Familienform, und sei sie noch so traditionell oder verbreitet, soll mehr als andere gefördert und begleitet werden. Hier soll der Staat maximale Neutralität walten lassen.

Die Neos wenden sich mit dieser Überzeugung gegen die aktuell immer noch vorherrschende Familienpolitik regierender Altparteien. Bei diesen nämlich „basiert die heutige europäische Familienpolitik noch auf den grundlegenden Prinzipien der Sozialpolitik des 19. Jahrhunderts. [...] Familienpolitisch ist das mitteleuropäische System im Wesentlichen auf das Ernährermode[n]dell [...] abgestellt.“ (Richter 2016, S. 122) Für die Neos ein absolutes No-Go, weil den Frauen bzw. Müttern damit jegliche Entscheidungsfreiheit genommen wird sowohl bezogen auf ihre schulische bzw. berufliche Karriere als auch in punkto Kindererziehung. Wenn automatisch und gesellschaftlich gefordert die Frauen für Haushalt und Kinder zuständig sind, so ist dies diametral gegen das Freiheitsdenken der Partei. Freilich kann und darf es nicht verboten sein,

wenn eine Frau das gerne möchte, ausschließlich für die Familie da zu sein, sei es für eine begrenzte Zeit oder für länger. Auch dafür müssen sich Frauen entscheiden können, ohne gravierende finanzielle Nachteile zu verzeichnen. Aber es muss eben auch möglich sein als Frau arbeiten zu gehen und nicht nur das, Frauen müssen auch ohne schlechtes Gewissen ihrer Familie gegenüber Karriere machen können. „Erst in den letzten Jahren beginnt in Österreich ein deutliches Umdenken in der Familienpolitik. So stieg die Anzahl der Krippen ... [...] Ebenso haben sich die Werthaltungen zur Familie geändert. [...] Partnerschaftliche Beziehungen innerhalb der Familie werden weitgehend akzeptiert und angestrebt.“ (Richter 2016, S. 123) Dies ist dem verstärkten Selbstbewusstsein junger Frauen geschuldet, aber auch ökonomische sowie gesellschaftliche Anforderungen an die Familien werden in dem Fall als Gründe herangezogen.

Familienleben ist an sich schon nachhaltig, indem es auf Nachkommenschaft hin geordnet ist. Aber nicht nur die Geburt, Pflege oder Adoption von Kindern wird von den Neos als nachhaltig empfunden, sondern auch deren Erziehung, Bildung und Unterstützung. Genau hier kommt den Familien eine entscheidende Funktion zu, denn „[v]or allem im Blick auf die existenziellen Grunderfahrungen, die sowohl die Kinder als auch die Eltern in dieser Phase des Zusammenlebens machen, sind in unserer Gesellschaft keine alternativen Lebensformen in Sicht, die die Familie als Ort sozialen Lernens und existenzieller Sinnerfahrung auf Dauer ersetzen könnten.“ (Schockenhoff 2018, S. 11) Deshalb ist die Familie sowohl für ihre Mitglieder als auch für die Gesellschaft unersetzbar. Die Partei der Neos tritt für eine gerechte Gesellschaft ein, in der alle Menschen in Freiheit entscheiden und selbstwirksam Verantwortung übernehmen können. „Gerecht ist eine Gesellschaft [...] dann, wenn in ihr jeder Mann und jede Frau seiner und ihrer Bestimmung gemäß leben kann. Hierzu muss es für alle gerechte Chancen geben, die sich auf die Möglichkeiten aller, er oder sie selbst sein zu können, beziehen.“ (Wegner 2013, S. 137) Chancengerechtigkeit bedeutet in diesem Fall, dass Menschen, die es brauchen, unterstützt werden im Gegensatz zu solchen, die von Beginn an bessere Startbedingungen ins Leben hatten. Dies kann bezogen auf die Schul- und Berufsausbildung sein, aber auch ganz allgemein finanzielle und materielle Unterstützung bedeuten.

Die Freiheit mündet also immer auch in eine Verantwortung der eigenen Person, der Familie und der Gesellschaft gegenüber. Daraus folgt, dass nicht jede und jeder machen kann, was sie oder er möchte, sich eben nicht auf Kosten anderer selbst verwirklichen kann, sondern gefor-

dert ist, eigene Werte und Normen für ein gelingendes Zusammenleben zu überlegen, zu definieren und danach zu handeln. „So sehr das heimatlose Individuum heute gerade in seiner Suche nach moralischem Halt und klarer ethischer Orientierung den Rahmen hilfreicher Überzeugungsgemeinschaften und ihrer eindeutigen ethisch-normativen Traditionen braucht, so sehr bedarf es doch der Achtung vor seinem eigenständigen und selbstverantworteten Weg des Aufbaus seiner Werte und ethischen Maximen.“ (Meyer-Ahlen 2010, S. 111) Es genügt demzufolge nicht vorgegebene Werte, von welchen Institutionen auch immer, unkritisch und unreflektiert zu übernehmen. Wertesysteme müssen hinterfragt, durchdacht und auf ihre Tauglichkeit für das eigene Leben und das der eigenen Familie hin überprüft werden. Für diese Freiheit und Eigenverantwortung macht sich die Partei der Neos stark und setzt sich des Weiteren dafür ein, dass Solidarität und Chancengerechtigkeit gelebt werden. Solidarität soll hier allerdings nicht traditionell eng, sondern modern weit gedacht werden.

„Mit dem Verlust der traditionellen Vorgaben und ihrem voreingebauten Muster von Solidarität und berechtigtem Eigeninteresse nehmen die individuellen Handlungsspielräume in Blick auf Solidarität und Eigeninteresse zu. Solidarität wird zu einer Angelegenheit der individuellen Entscheidung, zu einer Frage der Persönlichkeit und ihrer Haltungen. Zugleich wird auch offener und weniger vorgegeben, wem gegenüber Solidarität zu üben ist. Anstelle der Verwandtschaft kann etwa der Freundeskreis in den Solidarbeziehungen einen höheren Stellenwert gewinnen.“ (Laux 2002, S. 39)

Dabei soll zur Kenntnis genommen werden, dass viele Familien heute kaum regelmäßigen Kontakt miteinander haben. Abgesehen von Verwandten, die kaum besucht werden oder mit denen wenige gemeinsame Interessen geteilt werden, hat die Familie, obwohl in einem Haushalt lebend, immer weniger Zeit füreinander. Die Eltern arbeiten, die Kinder gehen zur Schule, beide gehen ihren Hobbys nach und diese sind meist unterschiedlich und selbst, wenn die Familie gemeinsam zu Hause ist, verbringen ihre Mitglieder die freie Zeit häufig in getrennten Zimmern vor unterschiedlichen Geräten und mit verschiedenen Alltagsaufgaben beschäftigt. Gemeinsame Mahlzeiten, gemeinsame Ausflüge und gemeinsame Gespräche sind am Familienzeitplan meist ganz unten angesiedelt. „Für die Familien bedeutet die verstärkte Ökonomisierung der Zeit einen Verlust an sozialen Kontakten – und damit langfristig eine Schwächung des familialen Zusammenhalts.“ (Steger 2002, S. 254) Gerade hier möchte die Partei der Neos gegensteuern mit diversen Hilfestellungen, die später näher auszuführen sind.

Die Familien und ihre Erscheinungsformen haben sich also kontextbezogen immer wieder verändert, ebenso die damit verbundenen Werte. Der Familienbegriff des 19. Jahrhunderts hat Konkurrenz bekommen und geht es nach der Partei der Neos, so ist diese vielfältige

Konkurrenz durchaus gleichwertig zu sehen. Jedoch zeichnet die Gesellschaft aktuell ein anderes Bild, denn „[t]rotz aller ihm inhärenten eklatanten Widersprüche und aller historischen Veränderungen seit seiner Herausbildung im Laufe des 19. Jahrhunderts, ist der bürgerliche Familienbegriff in wesentlichen Bedeutungen bis heute in den westlichen Industriegesellschaften dominant geblieben.“ (Kappeler 2018, S. 34) Im nächsten Abschnitt wird zu zeigen sein, dass die Katholische Kirche daran nicht unwesentlich beteiligt ist und dies bis heute fördert.

3.3. Katholische Kirche der Diözese St. Pölten

Um zu zeigen, warum die Katholische Kirche verschiedenste Positionen vertritt und warum neben dem kirchlichen Lehramt in der seelsorglichen Praxis auch andere Meinungen gelebt werden bzw. in der Gesellschaft Beachtung finden, soll nun auf diverse Entwicklungen seit dem 18. Jahrhundert eingegangen werden, die die heutige Situation begünstigt und gefördert haben. Nachdem bis vor ca. 200 Jahren die Katholische Kirche beinahe uneingeschränkte Autorität genoss, die sie durch jahrhundertelanger religiöser Mehrheit in der Bevölkerung und vielfach durch Zwang und Repression erwirkte, wurde, bedingt durch einen gesellschaftlichen Wandel und ein verändertes Menschenbild, die Kirche plötzlich in eine Verteidigungsrolle gedrängt. „Sie lehnte moderne Errungenschaften wie die Menschenrechte, die Demokratie, die Presse- und Religionsfreiheit ab [...] und versuchte, ihren in der Gesellschaft und im Staat verlorenen Einfluss durch das Unfehlbarkeitsdogma des Ersten Vatikanischen Konzils (1870) zu kompensieren.“ (Kruip 2018, S. 304)

Das gelang bis zu einem gewissen Grad vor allem im ländlichen Raum und bei ärmeren Bevölkerungsschichten. Im städtischen Umfeld und bei Menschen mit höherer Bildung bzw. Lebensstandard wurde es für die Katholische Kirche zusehends schwieriger, mit Dogmen und anderen Glaubensinhalten zu überzeugen, die nicht hinterfragt oder durch Vernunft begründet werden konnten. Wie später zu zeigen sein wird, war es gerade bei persönlichen Themen wie Familienformen oder Sexualmoral nicht einfach, traditionalistisches kirchliches Denken in die Zukunft zu tragen. Modernisierung wurde und wird vom fundamentalistischen Teil der Kirche als Anbiederung an die aufgeklärte Gesellschaft verstanden und vehement abgelehnt.

Die gesellschaftlichen Impulse, die von evangelischen wie katholischen Kirchenvertretern ausgingen, wurden als positiv wahrgenommen und waren für die Menschen des 19. Jahrhunderts durchaus als Erneuerung spürbar. „Im Zuge der Industrialisierung und der Auflösung der Ständegesellschaft kam es im 19. Jahrhundert vermehrt zur Migration von landlosen Bauern in die Städte, zur Arbeitslosigkeit unter Handwerkern und zu bislang unbekanntem Formen

von Massenelend, welche bald als ‚Arbeiterfrage‘ oder ‚Soziale Frage‘ bezeichnet wurden.“ (Kruip 2018, S. 305) Durch konkrete praktische Hilfeleistungen und Beseitigung von so manchen Ungerechtigkeiten gewann die Kirche an Glaubwürdigkeit – zumindest in diesem Bereich. In sozialetischen Fragen wurde die Katholische Kirche ernst genommen und die Appelle für mehr Menschlichkeit und Solidarität wurden gehört. Weil viele Kleriker, vor allem die Arbeiterpriester dieser Zeit, in engem Kontakt mit den Arbeiterfamilien und deren Lebensverhältnissen standen, wussten sie Bescheid über die Nöte und Sorgen der Menschen und konnten handeln, indem sie mehr Rechte, mehr Bildung und eine menschenwürdige Arbeitszeitregelung forderten. Vor allem Jugendliche profitierten vom Einsatz der Kirche für mehr Gerechtigkeit, Solidarität und fairen Lohn für die ArbeiterInnen. So schaffte es die Katholische Kirche an Ansehen vor allem bei der ärmeren Bevölkerungsschicht und im ArbeiterInnenmilieu zu gewinnen, was vorher kaum der Fall war.

Allerdings wurden „[d]ie Öffnungen, die für die Sozialethik so wichtig waren, [...] auf die Moralthologie kaum angewandt, und das Lehramt blieb in moraltheologischen Fragen sehr viel restriktiver als bei den sozialetischen Themen.“ (Kruip 2018, S. 310) Dies zeigt im Wesentlichen bis heute Auswirkungen vor allem, was die Glaubwürdigkeit und Erwartungshaltung bezüglich Kompetenzen der Katholischen Kirche betrifft.

Vor dem Zweiten Vatikanischen Konzil lebte und lehrte die Kirche im Grunde neben der oder auch für die Welt. Eine welche auch immer praktizierte Form der Kommunikation mit der Welt fand de facto nicht statt. Die Katholische Kirche wähnt sich im Besitz der Wahrheit und verkündet diese den Menschen. Die Gesellschaft wiederum hört auf diese Wahrheit und lebt den Glauben in den Familien und Verbänden. „Im Konzil nimmt die Kirche erstens eine neue Haltung zur Welt ein, daraus erwächst zweitens eine neue Methode sozialetischer Urteilsbildung, die dann auch drittens Auswirkungen haben muss auf innerkirchliche Vorgehensweisen zur Positionsbestimmung.“ (Kruip 2018, S. 309) Einer immer aufgeklärteren Gesellschaft können Dogmen nicht unkritisch und automatisch präsentiert werden. Vernunftbegabten Menschen können Glaubenswahrheiten nicht vorgelegt oder übergestülpt werden mit der Hoffnung, diese würden unhinterfragt angenommen. Wichtig ist in der heutigen Gesellschaft, von der Freiheitsdimension der Einzelnen her zu denken und sowohl individuelles Gewissen als auch Vernunft ernst zu nehmen.

Die Forderung nach individueller Entscheidungsfreiheit wurde immer mehr zu einer Heraus-

forderung bis hin zu einer Überforderung für die Katholische Kirche. Gerade in Bezug auf Ehe und Familie tut sich die Kirche immer noch schwer, menschliches Denken und Handeln als gegeben anzusehen und gesellschaftlich längst angekommene Praktiken der Sexualmoral nicht bloß abzulehnen, sondern sich mit diesen ernsthaft auseinanderzusetzen. Die von katholischen MoralthnologInnen vertretene autonome Moral gilt vielfach als Lösungsansatz in der Auseinandersetzung mit der Moderne. Allerdings sehen das nicht alle offiziellen Kirchenvertreter so. Vor allem konservative und traditionalistische Gläubige, allen voran der polnische Papst Johannes Paul II. (1978-2005), hatten und haben damit ein Problem und können allein dem Gedanken an mögliche Freiheitsentscheidungen, die sich auch gegen Glaubenslehren richten könnten, nichts abgewinnen.

„Wer die offiziellen Positionen zur Masturbation, vorehelichem Geschlechtsverkehr, Ehescheidung, künstlicher Empfängnisverhütung oder Homosexualität öffentlich in Frage stellte, musste mit Lehrbeanstandungsverfahren oder Nihil-obstat-Verweigerungen rechnen. Dies erzeugte ein Klima der Angst auf Kosten der Freiheit der theologischen Wissenschaft.“ (Kruip 2018, S. 315f.) Dieses Klima der Angst ist nicht förderlich für einen redlichen Diskurs, wie später in Bezug auf Habermas und seine Diskursethik zu zeigen sein wird.

Heute beschäftigt sich die katholische Moralthologie auch verstärkt mit Fragen der Medizinethik, hier vor allem Anfang und Ende des menschlichen Lebens betreffend. MoralthologInnen sind beratend tätig und appellieren immer wieder öffentlich an das Gewissen und an die Vernunft von PolitikerInnen, wenn sie erkennen, dass gesellschaftliche Praktiken, Gesetze oder die Forschung auf einem nichtchristlichen Weg unterwegs sind. Auf einem Weg, der sich gegen ein nachhaltiges Glück der Menschen, aber auch gegen den christlichen Glauben an sich, wendet. „Die Moralthologie als Wissenschaft hat die Aufgabe, im Blick auf die Politik Begründungen, Argumentationen und letztendlich auch die politische Entscheidungskultur auf ihre ethische Tragfähigkeit hin zu hinterfragen.“ (Kostka 2013, S. 459) Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus ist klar, dass ethische Kriterien entwickelt und Werte verhandelt werden müssen. Die Katholische Kirche der Diözese St. Pölten ebenso wie die Kirche weltweit darf sich nicht auf Glaubensfragen reduzieren und sich damit aus der Welt und Gesellschaft zurückziehen.

Um die Kommunikation mit der modernen Welt voranzutreiben und um eigene Positionen zu bekräftigen, nimmt der „Katechismus der Katholischen Kirche“ (1997) zum Familienbegriff und zur Bedeutung, die Familie für die Gesellschaft hat, Stellung. In seiner Online-Ausgabe, die der Vatikan veröffentlicht hat, steht in diesem Zusammenhang folgendes:

„2207 Die Familie ist die Urzelle des gesellschaftlichen Lebens. Sie ist die natürliche Gemeinschaft, in der Mann und Frau zur Hingabe der Liebe und zur Weitergabe des Lebens berufen sind. Die Autorität, die Beständigkeit und das Gemeinschaftsleben innerhalb der Familie bilden die Grundlage von Freiheit, Sicherheit und Brüderlichkeit innerhalb der Gesellschaft. Die Familie ist die Gemeinschaft, in der man von Kind auf lernen kann, die sittlichen Werte zu achten, Gott zu ehren und die Freiheit richtig zu gebrauchen. Das Familienleben ist eine Einübung in das gesellschaftliche Leben.

2208 Die Familie soll so leben, daß [!] ihre Mitglieder lernen, sich um Junge und Alte, um Kranke, Behinderte und Arme zu kümmern und sich ihrer anzunehmen. Es gibt zahlreiche Familien, die zeitweilig nicht imstande sind, diese Hilfe zu leisten. Dann ist es Sache anderer Personen oder Familien, subsidiär auch Sache der Gesellschaft, für die Bedürfnisse dieser Menschen zu sorgen. [...]

2209 Die Familie ist durch geeignete soziale Maßnahmen zu unterstützen und zu schützen. Wenn die Familien nicht imstande sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, haben andere Körperschaften der Gesellschaft die Pflicht, der Institution der Familie beizustehen und sie zu unterstützen. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip sollen die größeren Gemeinschaften davon Abstand nehmen, sich die Rechte der Familie anzumaßen oder in ihr Leben einzugreifen.

2210 Weil die Familie für das Leben und das Wohlergehen der Gesellschaft so bedeutend ist [Vgl. GS 47,1], hat diese eine besondere Verpflichtung, Ehe und Familie zu unterstützen und zu stärken. Die Staatsgewalt hat es als ihre besondere Pflicht anzusehen, ‚die wahre Eigenart von Ehe und Familie anzuerkennen, zu hüten und zu fördern, die öffentliche Sittlichkeit zu schützen und den häuslichen Wohlstand zu begünstigen‘ (GS 52,2).

2211 Die politische Gemeinschaft hat die Pflicht, die Familie in Ehren zu halten, ihr beizustehen und ihr vor allem zu gewährleisten:

- die Freiheit, eine Familie zu gründen, Kinder zu haben und sie gemäß den eigenen moralischen und religiösen Überzeugungen zu erziehen;
- den Schutz des Fortbestehens des Ehebandes und der Institution der Familie;
- [...]
- die Freiheit, Familienverbände zu bilden und so bei den staatlichen Institutionen vertreten zu sein [Vgl. FC 46].“ (Katechismus der Katholischen Kirche 1997, 19.3.2019)

Die Familie als Keimzelle der Gesellschaft, als eheliche Verbindung von Mann und Frau offen für Kinder und als Ort, wo Zusammenhalt und Solidarität, Liebe und Erziehung konkret gelebt werden, gilt bis heute als katholisches Ideal, als Vorbild und Ziel für alle Gläubigen. Gesellschaftlich wirkt dieses traditionelle Bild von Familie bis in aktuelle Debatten und Lebensweisen hinein. „Dem Mythos der ‚heilen Familie‘ entkommt das 21. Jahrhundert [zwar] allmählich – aber heftige Trennungsschmerzen begleiten den Prozess. So begegnet er uns weiterhin in zahlreichen alltäglichen sprachlichen und außersprachlichen Diskursen.“ (Michalski 2015, S. 255f.) Das ist nur allzu verständlich und nachvollziehbar, denn jahrhundertlang hat Generationen von Menschen dieses Bild von Familie geprägt. Die Gesellschaft, die Öffentlichkeit und die

Institutionen kannten nichts Anderes bzw. lehnten alternative Familienformen grundsätzlich ab, da sie als schädlich für die menschliche Entwicklung und als gegen die Natur definiert wurden.

Die Zeiten einer allgegenwärtigen und alles durchdringenden Volkskirche sind bereits seit geraumer Zeit vorbei. Eine Katholische Kirche, die glaubwürdig agiert, selbstbewusst auftritt und den Menschen etwas zu sagen hat, das von der Gesellschaft angenommen wird, weil es wichtig, kompetent, sinnvoll und richtig erscheint, gehört längst der Vergangenheit an.

Gebeutelt von vorgestrigem Denken und von verschiedensten Skandalen, die besonders auch die Diözese St. Pölten erschütterten, versucht die Kirche mit eher hilflosen sowie notdürftigen Aktionen bei ihren Gläubigen anzukommen. Das sind größtenteils kurzfristige und kaum ansprechende Versuche, die meist wenig dazu beitragen, mehr Glaubwürdigkeit zu erlangen und vor allem junge Menschen besser und nachhaltiger anzusprechen. Häufig wird vielmehr das Gegenteil erreicht: Menschen wenden sich von der Kirche ab, nehmen deren moralisches und appellierendes Aufbegehren nicht ernst oder treten überhaupt aus der Glaubensgemeinschaft aus. Spirituelle Vorbilder werden weniger, Priester nehmen ihre Aufgaben oft nur unzureichend wahr und deren Lebensformen werden häufig kritisiert und hinterfragt. Junge Menschen können sich kaum noch den Beruf des Priesters für sich selbst vorstellen. Dieses Phänomen ist nicht erst seit kurzem zu beobachten, weshalb bei anstehenden Pfarrbesetzungen vermehrt ausländische Kleriker aus Ländern wie Polen, Indien oder dem afrikanischen Kontinent in die Diözese St. Pölten geholt werden oder aber auf Mitglieder des Neokatechumenats zurückgegriffen wird, um freigewordene Pfarreien zumindest notdürftig noch mit geweihten Männern versorgen zu können. Diese Vorgehensweise bewirkt allerdings eher das Gegenteil, vor allem dann, wenn sprachliche Barrieren und kulturelle sowie ideologische Unterschiede sichtbar und spürbar werden. Priester aus anderen Kulturen und fremden Erziehungs- und Ausbildungswelten bringen auch neue Werte mit, gerade und vor allem in Bezug auf familiäre Strukturen.

„Wertebewusstsein, Wertorientierung und Werteverhalten brauchen eine Wertevermittlung, die Inhalte in Personen verkörpern.“ (Tebartz-van Elst 2012, S. 153) Werden diese Personen jedoch zum Beispiel in Form von Priestern, hauptamtlichen Laienangestellten, ReligionslehrerInnen, gläubigen Eltern oder Großeltern immer weniger bzw. sind diese für Kinder und Jugendliche kaum greifbar bzw. ungeeignete Vorbilder, so können christlich-kirchliche Werte nicht in die Zukunft getragen werden.

In der Diözese St. Pölten ist allerdings ein Phänomen zu beobachten, dass es der Katholischen Kirche erleichtern könnte, ihre Anliegen in die Mitte der Gesellschaft zu bringen und das, obwohl die Zeiten der Volkskirche tatsächlich vorbei sind und praktizierende Gläubige eher eine Randerscheinung denn eine selbstbewusste Mehrheit bilden. Die Katholische Kirche ist in diesem Bundesland nämlich sehr eng mit der Volkspartei NÖ verbunden. Wie noch genauer darzustellen ist, werden ähnliche Werte vertreten, ähnliche Forderungen laut und gegenseitige Unterstützung sowohl in finanziellen als auch in ideellen Fragen ist allorts feststellbar. PolitikerInnen und Kleriker beider Institutionen verstehen sich gut, sind vielfach sogar freundschaftlich miteinander verbunden und wissen, dass sie voneinander nicht nur in finanzieller Hinsicht profitieren.

Politik, die eigentlich allen Religionen gegenüber neutral sein sollte, agiert in Niederösterreich sehr zugunsten einer bestimmten Religionsgemeinschaft und argumentiert dies mit Tradition, gemeinsamem Wertebewusstsein und Betonung von Familienformen, die sowohl der Volkspartei als auch der Katholischen Kirche schützenswert erscheinen. So wird seitens der Kirche immer wieder gefordert, die traditionellen Familien mehr zu unterstützen, zu fördern und dadurch zu stärken.

„Um den natürlichen Willen der Menschen zur Lebens- und Familiengemeinschaft zu stärken, bedarf es über den rechtlichen Schutz hinaus aber auch neuer und langfristig angelegter sozialpolitischer Maßnahmen. [...] Staat und Gesellschaft sind diesen, die Bindungsfähigkeit der Menschen und ihren sozialen Zusammenhalt schwächenden Tendenzen keineswegs hilflos ausgeliefert. Es kommt nur darauf an, die geeigneten Instrumentarien entschlossen und chancenbewusst zu nutzen. Dazu gehören u.a. die Einrichtung eines Familiengeldes, die gleichberechtigte Anerkennung der Familienarbeit neben der Berufsarbeit, Maßnahmen zu ihrer besseren Vereinbarkeit durch die Förderung von Teilzeitarbeit, die Einführung eines sogenannten Kinderfaktors für die Bemessung der Rente und die weitere steuerliche Entlastung von Familien.“ (Schockenhoff 2018, S. 16)

Konsequente Forderungen seitens der Katholischen Kirche können leichter und effizienter erhoben werden, wenn sie einen gewissen Abstand zu den Parteien hat und nicht gleichsam wie eine Zwillingsschwester in Erscheinung tritt. Nur eine Kirche, die sich von der politischen Umklammerung gelöst hat, kann autonom und verantwortungsbewusst agieren und ihre eigenen Interessen und Ideen vertreten und diskutieren ohne zu einem gesellschaftlichen oder politischen Spielball zu werden. Eine Kirche, die zu nahe an politischen EntscheidungsträgerInnen dran ist, läuft Gefahr, von den Menschen nicht ernst genommen oder zur Handlangerin

von politischen Interessen zu werden. „In einer langen und vielfältigen Geschichte in Österreich hat die Kirche gelernt, dass die Nähe zu den Mächtigen des Staates nicht Kirchenfreiheit garantiert.“ (Turnovszky 2013, S. 60) Dies gilt gerade und umso mehr für die Diözese St. Pölten, wo es seit Jahrzehnten Praxis ist, um das Wohlwollen der regierenden PolitikerInnen zu buhlen.

In einem Klima der Vertrautheit, freundschaftlichen Verbundenheit und gegenseitigen Angewiesenheit ist es für die Katholische Kirche nicht einfach, kritisch ihre Stimme zu erheben, wenn dies aufgrund von fragwürdigen politischen Entscheidungen dringend nötig wäre. Obwohl die Kirche im Privatleben der Menschen immer weniger Rolle spielt und entscheidend an Bedeutung verliert, werden Werte, Ziele und Meinungen dieser Institution in der Öffentlichkeit wahrgenommen und polarisieren meist. Entweder wird der kirchliche Appell positiv gesehen, vor allem von älteren, gläubigen und traditionell verwurzelten Menschen oder aber eher kritisch beäugt, belächelt, als unglaubwürdig abgelehnt und sogar bekämpft. So wichtig und wertvoll die Meinung von TheologInnen für politische Entscheidungen sein mag, so bedeutungslos kommt die kirchliche Lehrmeinung bei vielen Menschen an.

Hier hat vor allem die Caritas, die zwar von der Landespolitik unterstützt wird, jedoch eine kirchliche Einrichtung ist, einen wichtigen Stellenwert in der Gesellschaft und wird von den allermeisten Landsleuten als positiv und bedeutsam für das Land wahrgenommen. Nicht nur wegen ihrer Behinderteneinrichtungen, Pflege- und Hospizarbeit sowie Hilfsprojekten für die ärmste Bevölkerungsschicht im Land, sondern auch wegen ihrer Kompetenz und ihrer großen Zahl an ehrenamtlichen MitarbeiterInnen bzw. ihrer dichten Vernetzungsstruktur im Bundesland wird diese Organisation als äußerst wertvoll erfahren und ist für viele Betroffene nicht mehr wegzudenken. Allerdings hat es die Politik geschafft, vor allem im Asyl- und Flüchtlingsbereich die Caritas nicht nur wegen ihres Engagements zu kritisieren, sondern überhaupt in Frage zu stellen – federführend war und ist hier vor allem die FPÖ Niederösterreich mit ihrem derzeitigen Asyllandesrat Gottfried Waldhäusl. Dieser geht klar auf Konfrontationskurs mit der Caritas - aber auch alle anderen NGOs, die sich für Menschen einsetzen und im Flüchtlingsbereich tätig sind, werden von ihm mit Ablehnung, Kritik und öffentlicher Verachtung konfrontiert. Kirchenvertreter der Diözese St. Pölten wehren sich kaum gegen Diffamierungen und Kritik, gegen Menschenrechtsverletzungen im Land und fragwürdige politische Entscheidungen. Laienorganisationen werden hier eher aktiv, finden allerdings auch weniger Gehör.

„Das ‚Friedensprojekt Europa‘, der Schutz der Menschenrechte, insbesondere der Ausbau der sozialen Grundrechte, die Politik für Integration und gegen Ausgrenzungen, die Politik gegen Armut und Hun-

ger, zur Bewahrung der Schöpfung, die Bildungspolitik und die Hilfsmaßnahmen für Entwicklungszusammenarbeit und Asylsuchende, eine rationale und anständige Politik in der Migrationsfrage – das alles sind unbestreitbar religiöse und kirchliche Themen.“ (Kneucker 2013, S. 99)

Des Weiteren sieht sich die Katholische Kirche als Mahnerin gegen die Auswüchse des Kapitalismus bzw. gegen die Vorstellung eines grenzenlosen Wirtschaftswachstums mit all ihren vor allem negativen Konsequenzen für Erziehung, Ehen und Familien im Land. Als appellierende Instanz tut sich die Katholische Kirche der Diözese St. Pölten schwer, und das nicht nur wegen ihrer Nähe zur Volkspartei NÖ. Aufgrund diverser Vorkommnisse in der Weltkirche, aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen, aufgrund des Rückgangs an Kirchlichkeit bzw. auch pfarrlicher Verbundenheit und aufgrund diözesaner Ereignisse der letzten Jahrzehnte wurden Misstrauen und Ablehnung verstärkt wahrgenommen und das Zutrauen in eine Erneuerung bzw. gesellschaftspolitische Gestaltung nahm vor allem bei jungen, weiblichen und gebildeten Menschen stark ab.

Allerdings ist auch in der Diözese St. Pölten das Gegenteil zu beobachten. Eine verstärkte Tendenz einzelner Männer, Frauen, Jugendlicher und mitunter ganzer Familien hin zu fundamentalistischen Einstellungen und zu sehr konservativem und traditionalistischem Denken. Die Gründe dafür können entweder in der Individualität der einzelnen gesucht werden als auch in gesellschaftsbedingten Phänomenen, die sich wiederum auf die Psychologie der Menschen auswirken und so deren Einstellung und den Glauben prägen können.

„Eine moderne Kultur zeichnet sich demnach zunächst einmal durch Pluralität und Dezentralität aus. Soziologisch gesehen haben wir es mit den Folgen einer differenzierten Gesellschaft zu tun, in der auch die Religion zu einem Teilbereich neben anderen wird. Die uns gesellschaftlich aufgenötigte Individualität in einer pluralen und differenzierten Gesellschaft lässt sich im Sinne individueller Freiheitsmöglichkeiten deuten. Die gestiegenen Anforderungen an eine konsistente eigene Identität werden hingegen individuell ganz unterschiedlich verarbeitet. Unsere Verunsicherungen produzieren Sehnsüchte nach Anerkennung und Beheimatung, die fundamentalistisch ausgebeutet werden.“ (Goertz / Hein / Klöcker 2013, S. 65)

Es passiert immer wieder, dass einzelnen fundamentalistisch geprägten Menschen der Glaube in den katholischen Pfarren oder in Pfarrverbänden zu verwaschen erscheint, dass Sakramentenvorbereitung zu wenig deutlich, nachhaltig und tiefgehend geschieht und dass Gottesdienste sich mit Action und Theater zu sehr an die Wünsche moderner Menschen anbieten möchten, um diese zum Mitfeiern zu motivieren.

Aus diesen Gründen hat sich in der Diözese St. Pölten parallel zur eigentlichen diözesanen Struktur und Organisation unter verschiedenen Bischöfen in den letzten Jahrzehnten eine andere, neue und intensivere Form der Familienpastoral entwickelt, die zwar nur von einer Minderheit in Anspruch genommen wird, allerdings sind diese Ehepaare und Familien sehr überzeugt von ihrem Tun, gut vernetzt und fundamentalistisch in ihrer Erziehung und ihrem Leben ausgerichtet. Die Schönstatt-Bewegung ist nicht nur eine überzeugte, traditionalistische und gut organisierte Gruppe im Land, die zum Beispiel Ehevorbereitungskurse in Intensivform für speziell interessierte Paare anbietet, ihre VertreterInnen und SympathisantInnen sind zusätzlich in den herkömmlichen diözesanen Strukturen zum Beispiel im Bereich Beziehung-Ehe-Familie engagiert und bringen dort ihre Ideen und ihr konservatives Gedankengut ein. Dies wurde jahrzehntelang von den zuständigen Bischöfen nicht nur toleriert, sondern aktiv in Form von Anstellungen und speziellen Veranstaltungen gefördert und unterstützt.

„Die Schönstattbewegung hat ihren Namen vom Ursprungsort Schönstatt, der in der Nähe von Koblenz am Rhein liegt und dessen Zentrum die Gnadenkapelle der Muttergottes ist. Dort hat Pater J. Kentenich am 18. Okt. 1914 zusammen mit einigen Gymnasiasten ein Bündnis mit Maria geschlossen, das Liebesbündnis.“ (Schönstatt-Familien Diözese St. Pölten Infofolder, 4.5.2019) Ausgehend von dieser weltweiten Gründung begannen auch in der Diözese St. Pölten einige Familien im Raum Obritzberg / Stift Göttweig, sich zusammenzuschließen und im Gebet und in einer christlichen Lebensweise im Geist von Schönstatt miteinander verbunden zu sein. Ein zweites Zentrum in Niederösterreich befindet sich auf dem Kahlenberg in der Nähe von Wien. Die Schönstatt-Bewegung ist eine der größten Erneuerungsbewegungen der Katholischen Kirche weltweit und für so manche Ehepaare und Familien eine Alternative zur weit verbreiteten gesellschaftlichen Lebensweise, die mehr oder weniger christlich geprägt und durchdrungen ist. Bei der Lebensweise nach Schönstatt stehen die katholische Sexualmoral und ein tief religiöses und spirituelles Familienleben ebenso wie eine religiöse Kindererziehung und die Vernetzung mit anderen Familien, die ähnlich denken, glauben und leben, im Vordergrund.

Im Jahr 1975 waren bereits mehrere Familien in der Gegend um Obritzberg aktiv. Sie wurden bald mehr und organisierten sich zu regelmäßigen Schönstatttreffen. In diesem Jahr wurde dann auch ein Gedenkstein – der sogenannte Marienstein – gesegnet, der bis heute Treffpunkt von Feiern und Gebeten ist. Seit damals unternahmen diverse Familien immer wieder Wallfahrten nach Schönstatt, sie organisierten eigene Zeltlager für Burschen und Mädchen, hielten meist auf nahegelegenen Almhütten Tagungen zu Familienthemen ab, gründeten weitere Familienrunden, beteten gemeinsam immer wieder den Rosenkranz, organisierten

Bündnisfeiern und Familienfeste, zu denen sie regelmäßig auch Bischöfe einladen, sie hielten Powerfamilienwochenenden ab und sind bis heute aktiv in der Ehevorbereitung tätig sowie in der Öffentlichkeit bei Messen, Ständen und Veranstaltungen präsent. Außerdem feiern sie mit den für sie zuständigen Geistlichen Gottesdienste und sind seit 1994 als diözesane Institution selbständig mit einem eigenen Leitungsteam, das alle 3 Jahre wechselt, organisiert (vgl. Schönstatt-Familien Diözese St. Pölten Entstehung, 4.5.2019).

Das ist die eine Seite der Katholischen Kirche in der Diözese St. Pölten. Eine Seite, die traditionell katholische Werte gerade in Bezug auf Familie vertritt und nur in fundamentalistischer Einstellung den Weg in die Zukunft beschreiten möchte. Als einzig richtige Form gilt die gläubige und christlich geprägte Vater-Mutter-Kind-Familie, deren Schwund in der Gesellschaft beklagt wird und die damit verbundenen negativen Auswirkungen sowohl für Kinder als auch für die Eltern angeprangert werden.

Auf der anderen Seite sieht die pastorale Praxis in der Diözese vor allem dort gänzlich anders aus, wo die zuständigen Priester dies zulassen oder sogar aktiv fördern. In solchen Pfarren werden alle Familienformen in das Pfarrgemeindegelben integriert, die Kommunion wird auch Geschiedenen und wieder Verheirateten nicht verweigert, die Familienpastoral wird sehr niederschwellig angesetzt und bei der Zulassung zu den Sakramenten steht Barmherzigkeit vor aller Gesetzestreue. Je nachdem, zu welcher Pfarre sich die Menschen zugehörig fühlen oder welche Priesterpersönlichkeit sie bevorzugen, können sie mit diesen beiden gänzlich unterschiedlichen Vorstellungen von Familie konfrontiert sein – beide Vorstellungen sind innerhalb der Katholischen Kirche zu finden, ja sogar innerhalb der Katholischen Kirche der Diözese St. Pölten. Je nachdem, welcher Bischof gerade im Amt ist, wird entweder die eine oder aber die andere Seite eher forciert. In den letzten Jahrzehnten unter Bischof Kurt Krenn und anschließend unter Klaus Küng war es eher die fundamentalistische Ausprägung, die in der Diözese St. Pölten Verbreitung fand und unterstützt wurde. Trotz aller Tradition und obwohl konservativen Werten der Vorzug gegeben wurde, ließen sich die Befürworter und Verteidiger von Barmherzigkeit, moderner Pastoral und Vernunft nicht mundtot machen und sind bis heute auf Seiten der Mehrheit, auf Seiten der aufgeklärten Gesellschaft unterwegs. „Reflexivität und Autonomie bewahren den christlichen Glauben vor der fundamentalistischen Versuchung. [...] Es gibt keinen Glauben, der sich nicht seiner Zeit anpassen und sie zugleich kritisieren würde.“ (Goertz / Hein / Klöcker 2013, S. 68) Und gerade diese Anpassungstendenzen sind es, die von FundamentalistInnen häufig kritisiert werden, weil hier die Gefahr gesehen wird, dass die Kernelemente des Glaubens verwaschen werden bzw. die

kirchliche Lehre gänzlich in einer säkularen Gesellschaft aufgeht. So wird von verschiedenen Seiten, auf unterschiedlichen kirchlichen Hierarchieebenen und besonders vom aktuellen Papst Franziskus versucht, die diversen VertreterInnen der einzelnen Positionen zu versammeln und zu einem Austausch zu bewegen, um als geeinte Katholische Kirche aufzutreten und so mehr Gewicht in der Gesellschaft und auch in der Politik zu gewinnen. Denn „[d]ie Dissonanzen zwischen offizieller Lehre und pastoralem Handeln, zwischen kirchlicher Verkündigung und konkreter Lebenswelt, fügen der kirchlichen Glaubwürdigkeit Schaden zu.“ (Goertz / Witting 2016, S. 36) Dieser Schaden ist kaum wieder gut zu machen, schon gar nicht durch rigoreses Beharren auf die kirchlichen Lehrinhalte, die von den Menschen, insbesondere von den Familien zu befolgen sind. In dieser Situation, in der sich auch die Diözese St. Pölten befindet, soll eher ein Hinweis auf die christliche Lebensweise einiger vorbildhafter Familien helfen, die im Kleinen und oft verborgen vor der Öffentlichkeit ihren Glauben leben und ihn so für die folgenden Generationen bewahren und weitergeben. „[D]ie Wiederentdeckung der Hauskirche [geht] mit einem tieferen Verständnis der Evangelisierung einher, denn eine Glaubensverkündigung, die wesentlich durch die Familie erfolgt, muss in erster Linie in der Verwirklichung der *communio*, d.h. der Personengemeinschaft, und nicht in der Weitergabe von Lehrinhalten oder in irgend einem Inkulturationsprozess bestehen.“ (Ouellet 2013, S. 8) Diese Gemeinschaft ist es aber auch, die Zeit und Engagement verlangt und eben deswegen so wichtig ist, weil sie auf Nachhaltigkeit setzt und das Glück der Einzelnen zum Ziel hat.

Außerdem erkennt die Katholische Kirche insgesamt die Tradition als enormen Wert an, im Besonderen die traditionelle Lebensform von Ehe und Familie. Diese ist alternativlos und alle anderen gesellschaftlichen Formen sind abzulehnen, weil sie auf Dauer nicht zum Ziel und Sinn dieser Institution führen. „Die relative Stabilität der Institutionen Ehe und Familie erklärt sich sicherlich auch aus der Beharrungskraft von Traditionen, vor allem aber aus der Entsprechung von Ehe und Familie mit biologischen Bedingungen und grundlegenden Sehnsüchten und Bedürfnissen der Menschen in Liebe und Elternschaft.“ (Laux 2002, S. 34)

Es ist also keine Erfindung der Kirche, kein Beschluss von Gott oder ein Gebot Jesu, sondern von Natur aus im Menschen verankert – der Mensch kann und soll auch gar nicht anders, als eine Familie gründen wollen, für Nachwuchs sorgen, diesen nach christlichen Geboten erziehen und sich dann ebenso um die Pflege der alten Verwandten kümmern. Und doch gelingt dies vielen Menschen nicht, denn ihre Sehnsucht nach lebenslangem Eheglück und gelingendem Familienleben bleibt oft in der Praxis unerfüllt. Dafür sind häufig viele Faktoren ausschlaggebend, und die offizielle Katholische Kirche mag dazu stehen, wie sie möchte, Fakt ist,

dass plurale Familienformen und zeitlich begrenzte Beziehungen ob mit oder ohne Kinder eine Realität der modernen, westlichen Gesellschaft sind und deswegen auch von Entscheidungen der Kirche nur schwer wegzudenken bzw. zu ignorieren sind. Die Ehe hat sich modernisiert, die Familie gewandelt, die Kindererziehung ist mit gänzlich neuen Herausforderungen konfrontiert und es bleibt die Frage bzw. Ungewissheit für die Katholische Kirche der Diözese St. Pölten, ob Ablehnung, Kritik und nostalgische Rückbesinnung als Antworten und Reaktionen auf die gesellschaftlichen Umstände tauglich sein können.

Im folgenden Abschnitt sollen konkrete Auswirkungen der drei besprochenen Institutionen, der Volkspartei NÖ, der Neos NÖ und der Katholischen Kirche der Diözese St. Pölten, in den Blick kommen. Welche praktischen Auswirkungen haben Werte und ein bestimmtes Verständnis von Familienformen für die Entscheidungen und das konkrete Handeln der Organisationen? Welche Schwerpunkte werden gesetzt und welche Konsequenzen haben diese wiederum auf die heutige und zukünftige Gesellschaft bzw. auf die Glaubwürdigkeit der Institution an sich?

4. Auswirkungen auf die Praxis und Umsetzung der Werte

„Nur ein Land, das sich zur Familie bekennt, ist ein Zukunftsland. Das bedeutet, Familien, die sich zu Kindern bekennen nicht zu bestrafen, sondern zu ermutigen und die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen.“ (Pröll 1995, S. 5) Dieses grundsätzliche Bekenntnis zur Familie und zu den Familienwerten als wichtigste Grundsätze in einem Bundesland ist allen drei besprochenen Institutionen gemeinsam. Es ist sozusagen der kleinste gemeinsame Nenner, der als Fundament dasteht, jedoch in verschiedenen Facetten und mit unterschiedlichen Schwerpunkten ausgefaltet wird. Je nachdem, in welche Richtung eine Organisation denkt, welche Geschichte sie hat und welche Menschen im Blickfeld stehen, werden die grundsätzlich gar nicht unähnlichen Werthaltungen auf verschiedene Art und Weise umgesetzt und konkretisiert. Diese unterschiedlichen Auswirkungen auf Praxis, Entscheidungen und Zielen der Institutionen sollen in den folgenden Unterkapiteln näher dargelegt werden.

Es liegt in der Natur der Sache, dass „[e]ine objektive und allgemein verbindliche Definition des Begriffes ‚Familie‘ [...] nicht möglich [ist]. Die Definition dieses Begriffes ist von der Wissenschaftsdisziplin und der Weltanschauung abhängig, aus der man sich dieser Fragestellung nähert, weil diese beiden Faktoren das Verständnis und damit die Wertigkeit von Familie mitbestimmen.“ (Schipfer 1996, S. 3) Aus diesem Grund liegt es nahe, dass sich trotz ähnlicher

Grund- bzw. Ausgangswerte die unterschiedlichen Institutionen in ihrer Konkretisierung jeweils differenziert weiterentwickeln und in der Praxis zum Teil gänzlich verschiedene Schwerpunkte setzen. „In dem, was beispielsweise die jeweilige Fachdisziplin, die Politik, der öffentliche Diskurs und auch die professionellen Fachkräfte über Familie äußern, welche Zuschreibungen sie machen, welches Bild sie von Familie konstruieren und auch transportieren, sind sowohl explizit als auch implizit die unterschiedlichsten Wissensstrukturen, Wertvorstellungen und Normmuster enthalten.“ (Peter 2012, S. 29) Diese müssen zwar nicht total kontrovers sein, jedoch wird dies mitunter bei der Bevölkerung so ankommen.

Außerdem wird es einen Unterschied ausmachen, welche Größe und damit welchen Einfluss eine Institution de facto im Land hat. Die Auswirkungen sind auch davon bestimmt, wie groß das mediale Echo ist bzw. wie vernetzt die betreffende Organisation bis in die letzten Winkel der Regionen des Bundeslandes sein kann. Auch wird die Reichweite von angestrebten Werten, Zielen und deren Umsetzung umso größer sein, je mehr die einzelnen Institutionen es schaffen, zusammenzuarbeiten bzw. in der Öffentlichkeit gemeinsam aufzutreten. Ebenso hängt die Glaubwürdigkeit davon ab, ob miteinander konstruktiv für die Menschen im Land gearbeitet wird oder ob Streit, Machtinteressen und Ideologien im Vordergrund stehen.

Des Weiteren wird die praktische Umsetzung der Werte davon abhängen, inwieweit die Organisationen es schaffen, den Spagat zu schließen zwischen der familialen Privatsphäre, die subsidiär gedacht auch privat bleiben soll und einer öffentlichen Einmischung, Unterstützung, Begleitung und Aufrechterhaltung von Werten, die einer bestimmten Institution für eine bestimmte Bevölkerung wichtig sind. Mischen sich Staat oder Kirchen zu viel in das Privatleben der Menschen ein, so laufen sie Gefahr, eine Abwehrhaltung und den Rückzug der Menschen zu provozieren. Halten sie sich vor allem bei drängenden Fragen und Problemen zu sehr heraus, dann können die Menschen leicht das Gefühl bekommen, dass sich die Politik und die Kirche nicht für die Bevölkerung interessiert bzw. sie nicht für die Familien da sein wollen oder können. Gleichzeitig muss eine enge Bindung zwischen den Institutionen und dem Volk gegeben sein, damit Politik und Kirche überhaupt wissen oder erahnen, wo Schwierigkeiten sind und wann gegebenenfalls eingegriffen bzw. unterstützt werden muss. Außerdem können Familien nicht zu ihrem Glück gezwungen, kann Kompetenz nicht zwangsverabreicht und eine positive Einstellung Kindern gegenüber nicht verordnet werden. Selbst wenn eine Organisation davon überzeugt ist, dass ihre Wertvorstellungen und ihre Ziele für alle Menschen am besten wären, so muss dies zunächst glaubhaft vermittelt werden, um überhaupt einen Nachdenkprozess initiieren zu können. Bei den Familienwerten geht es häufig um nachhaltige

Werte, die die Zukunft der Gesellschaft insgesamt betreffen und verändern können. Bei Parteien allerdings geht es häufig um Kurzlebigkeit, erreichte Wahlsiege, Beliebtheit bzw. rasche Begeisterung der Bevölkerung. Die Katholische Kirche hat hier langfristige Ziele vor Augen und es dementsprechend schwerer, die Massen für ihre Ideen zu gewinnen.

Nichtsdestotrotz verfolgen sowohl die Volkspartei NÖ, als auch die Neos NÖ sowie die Katholische Kirche der Diözese St. Pölten konsequent ihre Grundsätze und versuchen damit bei den Menschen zu punkten. Wie diese Umsetzung der Werte konkret passiert, wird in den folgenden Abschnitten dargelegt werden.

4.1. Volkspartei NÖ

Das Familienbild der Volkspartei NÖ hat sich im Lauf der letzten Jahrzehnte gewandelt. Doch trotz aller Öffnung von traditioneller Familienform hin zur Akzeptanz verschiedenster aktueller gesellschaftlicher Möglichkeiten, das Zusammenleben zu gestalten, ist es nach wie vor wichtigster Wert und Grundsatz der Partei, dass die Menschen nicht unsolidarisch, egoistisch und ausschließlich karrierebesessen als Singles durch das Leben gehen sollen, sondern ihr Glück und das der anderen in Familienzusammenschlüssen und offen für Nachwuchs suchen. „Es gehört zu den wesentlichen Einsichten der klassischen Staatstheorie, dass die Menschen dem Staatsvolk nicht als atomisierte Einzelwesen angehören, sondern in den eigenverantwortlichen, selbständigen Gemeinschaften von Ehe und Familie leben, die der Staat in besonderer Weise fördern und festigen soll.“ (Schockenhoff 2002, S. 26) Nach dieser Maxime versucht die Volkspartei NÖ ihre Politik auszurichten und Unterstützungen bzw. Förderungen denen anzubieten, die sie brauchen. „Staatliche Familienpolitik kann lediglich die Rahmenbedingungen beeinflussen, unter denen Menschen ihre Entscheidungen für oder gegen Kinder treffen.“ (Peuckert 2008, S. 353) Die Volkspartei im Bundesland Niederösterreich ist zwar eine mächtige Regierungsorganisation und kann mehrheitlich entscheiden, allerdings können revolutionäre und gesellschaftsrelevante Veränderungen das Familienleben betreffend nur insoweit erfolgen, wie finanzielle Mittel es ermöglichen und ob bzw. wie die betroffenen Menschen bereit sind, ihr Leben zu überdenken und Prioritäten im Sinne eines nachhaltigen und glücklich machenden Familienlebens zu setzen.

Die nachfolgenden Beispiele und konkreten Initiativen sollen als Anregung und Einladung für die Menschen im Land verstanden werden. Ob diese wahrgenommen werden, bleibt den einzelnen Familien überlassen. In welche Richtung die Angebote gehen, ergibt sich aus der oben genannten Wertehaltung und dem Familienbegriff der Volkspartei NÖ, die von dieser politi-

schen Institution in den letzten Jahrzehnten entwickelt und forciert worden sind. Dass Familienpolitik schon länger ein Anliegen der Volkspartei NÖ ist, zeigt bereits eine Aussage von Liese Prokop aus dem Jahr 1995. „Die Familie war und ist bis heute die grundlegende soziale Einheit in unserer Gesellschaft. Gemessen an dieser Bedeutung war und ist die Familienpolitik in Niederösterreich schon immer ein zentrales politisches Anliegen.“ (Prokop 1995, S. 9) Früher freilich, wie bereits erwähnt, eher auf klassische Familienformen und Familienthemen bezogen – heute offener, breiter gedacht und mit neuen Schwerpunkten.

In Bezug auf die elterliche Kindererziehung bzw. auf die Kinderbetreuung verwies die Volkspartei NÖ bereits im Jahr 2008 auf diverse Möglichkeiten, die im Bundesland zur damaligen Zeit vorhanden waren. Diese richten sich vor allem an Eltern, die arbeiten gehen wollen und während dieser Zeit Beaufsichtigungen für ihre Kinder benötigen.

- „Gratiskindergarten am Vormittag – einzigartig in Österreich
- Öffnung der Kindergärten für 2,5-Jährige
- Bedarfsorientierte Familienförderung
- Geförderte Nachmittagsbetreuung
- Europaweit führend bei Tagesmüttern
- Aktionsteam Kinderbetreuung
- NÖ Familienpass
- Unterstützung der Ferienbetreuung
- NÖ Kinderbox
- Schulstarthilfe für Taferlklassler
- Unterstützung bei Mehrlingsgeburten
- NÖ Familienhotline
- Flexible Arbeitszeitmodelle im NÖ Landesdienst
- Oma/Opa-Börse
- Mobile Mamis
- NÖ Kinderstuben
- NÖ Familienmessen
- NÖ Elternschulen
- NÖ Spielplatzförderung
- NÖ Partnerschaftstraining
- Hortförderung
- Familiengerechte Wohnbauförderung“ (VP NÖ 2008, S. 17)

Die meisten dieser Maßnahmen sind heute noch aktuell bzw. werden ausgebaut oder weiterhin gefördert - stets mit dem Fokus auf eine bestmögliche Unterstützung von Eltern, die arbeiten

gehen wollen oder müssen. Die Maßnahmen zur baldigen Umsetzung, auf die man sich 2008 geeinigt hatte, werden bis heute als notwendige Dinge zum Teil bereits umgesetzt oder wenigstens gedanklich weiter vorangetrieben.

- „Weiterer Ausbau von flexiblen Kinderbetreuungseinrichtungen
- Rasche flächendeckende Umsetzung der Öffnung von Kindergärten für 2,5-Jährige
- Initiativen für familienfreundliche Arbeitszeiten bei Unternehmen
- Förderungen familienfreundlicher Betriebe
- Sozialrechtliche Absicherung der Tagesmütter und Mobilen Mamis
- Ausbau der Familienberatungsstellen
- Forderung nach steuerlicher Absetzbarkeit der Kinderbetreuung
- Unterstützung von kinderreichen Familien und Alleinerziehenden
- Intensivierung der bedarfsorientierten Familienförderung
- Errichtung weiterer regionaler Familien-Kompetenzzentren
- Gesellschaftliche Aufwertung jener Mütter und Väter, die sich ausschließlich der Familienarbeit widmen.“ (VP NÖ 2008, S.17)

Gerade der letzte Punkt wurde und wird nicht weiterverfolgt, solange kaum Bedarf geortet wird und solange keine anderen Institutionen, z.B. die Kirchen, dies als gesellschaftliches oder als ihr eigenes Anliegen vorbringen bzw. in diese Richtung eine innerparteiliche Diskussion anregen oder sogar fordern (vgl. Aussagen von Günther Haslauer, Pressesprecher und Leiter der Kommunikation der VP NÖ, während eines Gesprächs am 23.4.2019).

Der inhaltliche Schwerpunkt der Volkspartei NÖ geht in Richtung Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier sollen vor allem Frauen bessere Chancen und Möglichkeiten bekommen. Flexible Arbeitszeiten, finanzielle Unterstützungen und eine ausreichende Anzahl qualitätsvoller Kinderbetreuungsplätze sind schwerpunktmäßig im Vordergrund. Die Familienform spielt eine untergeordnete Rolle, ebenso wie der Wunsch nach einer Kindererziehung durch die Familie in den ersten drei oder vier Jahren. Auch die partnerschaftliche Gestaltung von Haushalt und Kindererziehung steckt bestenfalls in den Kinderschuhen – auf Lippenbekenntnisse und der Äußerung von Wünschen bzw. dem Hinweis auf Wichtigkeiten sind hier kaum konkrete Anreize zur Umsetzung und zu einem gesamtgesellschaftlichen Umdenken gegeben worden. Von der Partei wurden bereits 2008 diverse Aktionen hervorgehoben, welche die Frauen und deren Rechte stärken und sich positiv auf ein modernes Familienbild auswirken sollen.

- „NÖ Frauentelefon mit kostenloser und vertraulicher Beratung
- Initiative gegen Gebärmutterhalskrebs für junge Frauen

- Liese-Prokop-Frauenpreis
- 9 Frauenberatungsstellen in ganz NÖ
- 6 NÖ Frauenhäuser
- NÖ Koordinierungsstelle Gendernow
- Initiative ‚women network‘ für Frauen in der Wirtschaft
- NÖ Gleichbehandlungsbeauftragte
- Jährlicher ‚Girl`s day‘
- Initiativen für Mädchen zur technischen Berufswahl
- NÖ Frauengesundheitstreffen
- NÖ Frauenlauf“ (VP NÖ 2008, S.18)

Dadurch soll die Gleichbehandlung von Frauen ebenso nachhaltig und dauerhaft vorangetrieben wie auch mit Einzelaktionen auf diverse Missstände hingewiesen und deren Veränderung beschleunigt werden. Außerdem ist es Absicht der Volkspartei NÖ, die Wirtschaft im Land, vor allem in den Regionen zu stärken und somit Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist vor allem aktuell Ziel der Politik im Bundesland Niederösterreich. Die Familienformen an sich spielen hier eine eher untergeordnete Rolle und eine bestimmte Form wird in diesem Zusammenhang nicht bevorzugt. Stärkung der Wirtschaft, Schaffung von Arbeitsplätzen, Regionalität, Heimatbewusstsein und Stärkung des Gemeinschaftsgefühls setzen kein bestimmtes Familienbild voraus, dennoch liegt der Fokus der Volkspartei NÖ immer noch klar auf traditionellen Familienformen, weil deren Beitrag zur Gesellschaft und zur Entwicklung des Landes Niederösterreich wird als positiv und schützenswert erkannt.

Dennoch werden die Veränderungen, die mit der modernen Zeit und in einer aufgeklärten Gesellschaft Einzug gehalten haben, von den politischen VerantwortungsträgerInnen wahrgenommen und es wird versucht, hier die Rahmenbedingungen für Unterstützungen anzupassen bzw. neu zu definieren. Dabei soll auf die gesellschaftliche Realität Rücksicht genommen und diese nicht ignoriert oder abgelehnt werden.

„In der Generationenbeziehung hat sich das Prinzip der Elternverantwortung in der Neuzeit intensiviert. Eltern [...] haben die Voraussetzungen für eine optimale Entwicklung ihrer Kinder zu sichern. Aufwand und Einsatz der Eltern für Erziehung und Ausbildung nehmen immens zu. Darüber hinaus führt die stark steigende Komplexität der modernen Gesellschaft zu erheblich komplizierteren Rahmenbedingungen für die Erziehungsprozesse. Eltern sind heute in ungleich intensiverer Weise und für einen erheblich längeren Zeitraum innerlich und äußerlich verpflichtet, für ihre Kinder da zu sein, auf sie einzugehen und sie – in materieller und immaterieller – Weise zu unterstützen.“ (Laux 2002, S. 41)

Diese Elternverantwortung wurde bereits im Jahr 1995 von Liese Prokop gesehen und als

Programm auf die Fahnen der Volkspartei NÖ geheftet – ebenso die Forderung der Partei nach einer intensiveren Unterstützung sowohl von Frauen als auch von Kindern. „Wir wollen [...] das Kinderbetreuungsangebot vor allem mit einem Schwerpunkt auf die Tagesmutteraktion so ausbauen, daß [!] wir möglichst vielen Frauen die freie Wahl zwischen Berufstätigkeit und Kinderbetreuung ermöglichen und erleichtern.“ (Prokop 1995, S. 10) Dieser Schwerpunkt steht auch heute im Fokus der Volkspartei NÖ und wird versucht mit oben beschriebenen Aktionen bzw. Einrichtungen zu fördern und weiter voranzutreiben.

In Bezug auf die ältere Generation soll durch gezielte Maßnahmen mehr Lebensqualität sowie ein aktives mitten-in-der-Gesellschaft-Stehen alter Menschen erreicht werden. Konkret bedeutet das in Niederösterreich die Etablierung und Unterstützung von Dingen, die alte Menschen im Alltag brauchen können.

- „[Eine] aktiv-plus-Karte
- Aktiv-plus Servicestellen und Homepage
- Uni-aktiv-plus seit Frühjahr 2007
- Urlaubsaktion für Seniorinnen und Senioren
- Wettbewerb ‚NÖs seniorenfreundlichste Gemeinde‘
- Finanzielle Unterstützung von Seniorenorganisationen
- Besuchsdienst ‚Da.sein‘
- NÖ Pflegemodell
- Betreutes Wohnen, z.B. Schaffung von Seniorenwohnungen“ (VP NÖ 2008, S.19)

Speziell in den Bereichen Bildung, Freizeit, Tourismus oder Pflege soll verstärkt auf die Bedürfnisse von alten Menschen eingegangen werden, wodurch die ältere Generation mehr als bisher wertgeschätzt werden soll und so in die Mitte der Gesellschaft rückt. Die Familien sollen Hilfestellungen bekommen, wenn es um die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger geht.

Dasselbe gilt für das Zusammenleben mit Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Auch hier sollen die Familien nicht alleine gelassen werden – die Volkspartei NÖ unterstützt in Zukunft wie folgt:

- „Weiterer Ausbau von Wohn- und Tagesstättenplätzen
- Unterstützung der Integration von Menschen mit besonderen Bedürfnissen am Arbeitsmarkt
- Umsetzung der Richtlinie ‚Wohnen für geistig und mehrfach behinderte Menschen‘
- Fortsetzung der Zuschüsse für Ersatzpflege

- Weiterführung der fachlichen und finanziellen Unterstützung für pflegende Angehörige
- Verstärkte Förderung des barrierefreien Bauens [...]
- Ausbau der Frühförderung für Behinderte oder von Behinderung bedrohter Kinder [...]
- Verbesserung der Betreuung und medizinischen Versorgung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen“ (VP NÖ 2008, S.20)

Durch diese und andere Maßnahmen sollen Menschen mit besonderen Bedürfnissen leichter in den Familienalltag integriert werden. Nicht nur in Ausbildung und in den Arbeitsmarkt sollen verstärkt Fördermittel fließen, sondern auch gemeinsame Sport- und Freizeitangebote sollen ermöglicht werden. So können nicht nur die einzelnen betroffenen Familien entlastet werden, sondern die Menschen mit besonderen Bedürfnissen gelangen in den Fokus der Öffentlichkeit und erhalten sinnvolle Bildung, situationsgerechte Arbeit und passende Freizeitangebote.

Wie die Neos NÖ ihre Werthaltungen und ihre Familienformen umsetzen bzw. welche konkreten Aktionen diese Partei forciert, wird im folgenden Abschnitt Thema sein. Im Unterschied zur Volkspartei NÖ sind die Neos NÖ wie bereits erwähnt eine kleine Oppositionspartei, was nicht nur eingeschränkte finanzielle Möglichkeiten bietet, sondern wodurch sie auch bei politischen Entscheidungen sowie bei öffentlicher Medienwirksamkeit andere Rahmenbedingungen vorfinden.

4.2. Neos NÖ

Für die Partei der Neos nimmt das Thema ‚Familie‘ in all seinen Formen und Variationen einen hohen Stellenwert ein. Die niederösterreichische Oppositionspartei hat hier keinerlei Präferenzen, was die Art der Familie betrifft. Sie möchte allen Familien zu einer freiheitlichen Lebensform verhelfen und diese dabei unterstützen, mutig mit Kindern und gleichberechtigt, was die Kindererziehung betrifft, in die Zukunft zu denken. Dazu gehören sowohl die Zeit, die Familien gemeinsam verbringen sollen, wie auch die Kinderbetreuung bzw. die Bildung der nächsten Generation. Diese Schwerpunkte sind den Neos sowohl im Bund als auch auf Landesebene ein Anliegen.

„Familien brauchen neben finanzieller Unterstützung vor allem flexible Möglichkeiten, miteinander Zeit zu verbringen. Jedes Kind ist anders und jede Familiensituation ist anders, daher soll mehr Flexibilität dazu führen, dass die Familienzeit dann in Anspruch genommen wird, wenn man sie braucht.“ (Parteiprogramm Neos 2016, S. 107) Was es für die Neos NÖ genau bedeutet, mehr und vor allem flexiblere Zeit mit der Familie verbringen und sich das auch

halbwegs leisten zu können, beschreibt die Partei mit einigen konkreten Vorschlägen in ihrem Parteiprogramm.

- „Familienzeit statt Karenz im maximalen Ausmaß von 20 Monaten für jede_n Erwerbstätige_n.
- Flexiblere Familienzeit durch Möglichkeit einer Teilung der Inanspruchnahme bis zum siebten Geburtstag des Kindes [...]
- Finanzielle Absicherung der Familienzeit durch Familiengeld (statt Kinderbetreuungsgeld) [...]
- Reform der Elternteilzeit hin zu Recht auf Reduktion der Arbeitszeit auf maximal 40% bis zum siebten Geburtstag des Kindes auch in kleineren Betrieben.“ (Parteiprogramm Neos 2016, S. 107)

Damit soll dem Wunsch der Eltern nach Flexibilität, Freiheit und Gerechtigkeit entsprochen werden. Des Weiteren fordert die Partei, dass die finanzielle Absicherung der Familien neu überdacht und ausgebaut wird. In Kombination mit einer angepassten Arbeitszeitregelung soll eine gerechtere Verteilung der Erziehungszeiten beider Elternteile, welchen Geschlechts diese auch sein mögen, erreicht werden.

Bei der Kinderbetreuung legen die Neos großen Wert auf Kompetenz – Qualität wird hier klar der Vorzug vor Quantität gegeben. Alle PädagogInnen, die im Kinder- und Jugendbereich tätig sind, sei es vormittags in Kindergärten und Schulen oder nachmittags in diversen Betreuungseinrichtungen, sollen bestmögliche Ausbildungen erhalten, kompetent und motiviert im Umgang mit Kindern sein und ihre Leistungen und Verantwortung sollen dementsprechend finanziell abgegolten werden. Es geht den Neos in Niederösterreich nicht in erster Linie darum, so schnell als möglich viele neue Betreuungsplätze für diverse Altersgruppen zu schaffen, sondern die Qualität in Bildung, Ausbildung und Betreuung zu gewährleisten.

Im Parteiprogramm werden Forderungen laut, die sich speziell auf Kinderbetreuung fokussieren.

- „Bundeskompentenz in Gesetzgebung für Kinderbetreuung zur Schaffung eines einheitlichen rechtlichen Rahmens
- Offensive für Ausbau und Qualitätssteigerung von Kinderbetreuung durch Umschichtung der Familienförderung [...] (kleinere Gruppen, mehr Personal)
- Rechtsanspruch auf qualitativvollen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag
- Förderung betrieblicher Kinderbetreuungsplätze
- Weiterentwicklung der Kindergärten zu ersten Bildungseinrichtungen / Vorschule [...]“ (Parteiprogramm Neos 2016, S. 106)

Das sind langfristige Ziele, die bei der Aus- und Weiterbildung von PädagogInnen ansetzen. Motivation, menschliche wie fachliche Eignung und Kreativität sind hier wichtiger als eine flächendeckende Versorgung mit Betreuungsplätzen oder schnelle Lösungen durch rasche Soforthilfen beim Ausbau von bereits vorhandenen Gebäuden und Kindergartengruppen.

Eigens erwähnt werden im Parteiprogramm der Neos die Rechte von Kindern, auf die besonders geachtet werden soll und die geschützt werden müssen. Es liegt also der Fokus nicht nur auf dem Wohl der Eltern und auf einer größtmöglichen finanziellen Unterstützung diverser Erziehungsberechtigter, sondern auch auf dem Glück, der Gesundheit und qualitativ hochwertigen Ausbildung von Kindern.

Was dies im Bereich Bildung bedeutet wird im Parteiprogramm der Neos ebenso dargelegt wie konkrete Maßnahmen zu deren Umsetzung.

- „Die Bildungspolitik von althergebrachten ideologischen Grabenkämpfen befreien und mit einer pragmatischen, Best Practice-orientierten Zugangsweise neu ausrichten.
- Gemeinsame Ziele mit allen Bildungseinrichtungen vereinbaren – die Wege zur Zielerreichung hingegen dürfen und sollen vielfältig, innovativ und individuell sein.
- Zwischen bundesweit vergleichbaren Standards (v. a. in Hauptfächern) und interessen- und talentorientierter Individualität (in anderen Fächern) ein ausgewogenes Verhältnis herstellen.
- Überfrachtung der Lehrpläne beseitigen. [...]
- Leiter_innen von Bildungseinrichtungen werden durch den jeweiligen Schulgemeinschaftsausschuss oder vergleichbare Gremien über öffentliche Hearings bestellt, frei von Parteibuchwirtschaft. [...]
- [D]ie Personalautonomie der Schulen und die Einbeziehung internationaler Erfahrungen und Vorbilder in die Ausgestaltung des Entlohnungsmodells.“ (Parteiprogramm Neos 2016, S. 30)

Durch diese Leitlinien soll der Einfluss so mancher Großpartei, den die Neos in Niederösterreich orten, keine Rolle mehr spielen. Gleichzeitig werden Kompetenz statt Parteizugehörigkeit und vertiefte Bildung anstelle von schnellen Maßnahmen zur Kinderbetreuung gefordert. Diese Vorgaben sollen durch finanzielle Anreize bei gleichzeitiger Forderung nach Autonomie, Transparenz und Mitbestimmung erleichtert werden. Diese Ziele und Wünsche der Neos ziehen sich vom Kindergarten über Volks-, Mittel- und höhere Schulen bis zu den Fachhochschulen, Universitäten sowie den Berufsschulen durch.

Im folgenden Abschnitt sollen konkrete Maßnahmen der Katholischen Kirche in der Diözese St. Pölten diskutiert werden. Ausgehend von einem traditionalistischen Familienbild und von

nicht wandelbaren Werten Ehe und Familie betreffend sollen aktuelle Aktivitäten bzw. Unterstützungen in den Blick genommen werden, wobei vorausgehend erwähnt werden muss, dass diese Denkweise sowie Praxis möglicherweise den sehr fundamentalistischen Bischöfen der letzten Jahrzehnte geschuldet ist. Traditionalistisch agierende Verantwortungsträger können die Ausrichtung einer Diözese stark prägen. Vor allem diverse Personalentscheidungen tragen hier verstärkt zum Einschlagen eines bestimmten Weges bei. Bischof Kurt Krenn und nach ihm Bischof Klaus Küng haben bis vor kurzem die Geschicke der Diözese St. Pölten gelenkt und deren Entscheidungen wirken sich zumindest mittelfristig auch in die Zukunft hinein aus. Wie dies genau zu denken ist und in welche Richtung die Familienpastoral offiziell tendiert bzw. ob man überhaupt nur von einer einzigen diözesanen Familienpastoral sprechen kann und nicht doch eher von zwei unterschiedlichen Ausrichtungen sprechen muss, sollen die konkreten Hinweise des nächsten Abschnittes zeigen.

4.3. Katholische Kirche der Diözese St. Pölten

Bevor auf die Maßnahmen näher eingegangen wird, die vom Referat für Familienpastoral in der Diözese St. Pölten angeboten werden, soll der offizielle christliche Familienbegriff, wie ihn die Katholische Kirche auf der ganzen Welt lehrt, genauer in den Blick genommen werden. Dies soll geschehen, um zu zeigen, welche Familienform die Kirche als einzig gültige betrachtet, wie sie die Erziehungsaufgabe bewertet und wie Ehe bzw. das Zusammenleben der Generationen gelingen soll. Anschließend sollen Beispiele aus der Praxis zeigen, wie das Familienreferat bzw. andere Organisationen wie etwa die Schönstatt-Bewegung die katholische Bevölkerung des Bundeslandes Niederösterreich dabei unterstützen möchte, Ehe, Familie und Kindererziehung im christlichen Sinn zu denken und zu leben. Des Weiteren wird es nötig sein, andere und mitunter alternative Formen und Praktiken darzustellen, die ebenfalls offiziell oder halboffiziell in der diözesanen Pastoral Eingang gefunden haben. Diese Maßnahmen und Aktivitäten haben sich zum Teil mit und zum Teil ohne Wissen des jeweiligen Bischofs entwickelt – dafür tragen einzelne Priester, die ihr Denken und Handeln so ausgerichtet haben bzw. immer noch ausrichten die Verantwortung und können bzw. müssen es mit ihrem Gewissen vereinbaren. Auf dieses Phänomen der Doppelgleisigkeit in der Pastoral soll später ausführlicher eingegangen werden.

Die Katholische Kirche besteht bis heute auf einer gewissen Alleinherrschaft des traditionellen Familienbildes. „Im christlichen Verständnis sind Ehe von Mann und Frau sowie Nachkommenschaft konstitutiv für die Familie.“ (Schipfer 1996, S. 3) Diese grundlegende Überzeugung

wird derzeit in der Evangelischen Kirche aufgebrochen – die Katholische Kirche hält nach wie vor daran fest. Die Evangelische Kirche ist insgesamt offener den gesellschaftlichen Fragen und aktuellen Problemen der Menschen gegenüber eingestellt, so sieht man beispielsweise in schwulen Superintendenten kein allzu großes Hindernis und wählt diese wie zum Beispiel im Bundesland Niederösterreich den derzeitigen Superintendent Lars Müller-Marienburg. Einzig zur gleichgeschlechtlichen Ehe konnte man sich in der Evangelischen Kirche (noch) nicht durchringen – eine knappe Mehrheit spricht sich noch immer dagegen aus.

Davon ist man in der Katholischen Kirche weit entfernt – man denkt nicht einmal daran bzw. darüber nach, denn das traditionalistische Familienbild soll und darf von KatholikInnen nicht in Frage gestellt werden. „In [!] kirchlichen Sozialdenken nimmt die Familie eine zentrale Stellung ein und durch die katholische Soziallehre wird ihr eine entscheidende Rolle in der Gesellschaft zugewiesen.“ (Schipfer 1996, S. 3) Dieser Ansatz verweist auf die Wichtigkeit von Familie und allen Themen, die damit zusammenhängen und festigt die bereits in der Volkspartei NÖ angetroffene Meinung, dass Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“ von nachhaltiger Bedeutung ist. Bei der Katholischen Kirche ist es nun eben die christliche Familie, die ihre Wirksamkeit nicht verfehlen soll und in gläubiger Art und Weise des Zusammenlebens nachfolgende Generationen prägt. „In der Familie soll durch das Gespräch zwischen den Generationen das Kind bzw. der Jugendliche fähig gemacht werden, sich mit der Umwelt ohne Auflehnung kritisch auseinanderzusetzen.“ (Schipfer 1996, S. 4) Freilich soll dies nicht nur durch Kommunikation geschehen, sondern wie später ausführlicher zu zeigen sein wird, auch durch gemeinsame Gebete, Feste und andere Aktivitäten.

In der Katholischen Kirche der Diözese St. Pölten kann ein gewisser Hang zum Fundamentalismus, der sich in den letzten Jahrzehnten zumindest offiziell herausgebildet bzw. verstärkt hat, nicht geleugnet werden. Aus Angst, aus Überzeugung oder aus Gehorsam versuchen manche Priester und mit ihnen manche Gläubige, die kirchliche Lehre sehr exakt und wortwörtlich zu befolgen, mitunter biblisch zu begründen oder sich auf offizielle Lehrschreiben von Päpsten zu berufen. „Sobald sich eine Religion [...] den Ansprüchen weltlicher Vernunft stellt und der Gesellschaft dienen will, kühlt sie sich ab.“ (Goertz / Hein / Klöcker 2013, S. 58) Um das zu vermeiden und um die katholische Lehre nicht zu verwässern sind FundamentalistInnen wenig kompromissbereit. Dies wäre auch unlogisch bzw. inkonsequent, denn sie leben nach der Überzeugung, dass ihre Lehrmeinung die einzig richtige, brauchbare und von Gott gewollte ist. Außerdem liegt sie in der Natur des Menschen begründet und möchte daher einzig das Glück der Familien fördern. Aber auch fundamentalistisch geprägte Menschen leben in-

nerhalb einer modernen Gesellschaft und sehen, dass ihre eigene Lehrmeinung teilweise gänzlich konträr zum gesellschaftlichen Denken über Familienformen, Eheleben und Kindererziehung ist. Deshalb versuchen FundamentalistInnen mitunter, unverbindliche Angebote für alle Menschen zu setzen und diese dann auch mit modernen Mitteln digitaler Kommunikation zu bewerben. Ihre Aktivitäten sollen nicht provozieren, sondern überzeugen, wie später genauer dazulegen sein wird. „Es gibt auch eine Art sanften Fundamentalismus, dessen gravierende Auswirkungen auf die Lebensmöglichkeiten der Menschen nicht immer unmittelbar ins Auge springen.“ (Goertz / Hein / Klöcker 2013, S. 58) Andererseits ist in der Diözese St. Pölten wie auch in anderen Teilen Europas und der Welt zu beobachten, dass sich fundamentalistische Minderheiten innerhalb einer gesellschaftlichen Mehrheitsbevölkerung in ihr katholisches Milieu zurückziehen und dort auf radikale Art und Weise ihre Überzeugungen leben. Andersdenkende Menschen bzw. Familien würden sich bei dieser Form miteinander Feste zu feiern, zu glauben, zu beten und sich weiterzubilden eher schwer integrieren können. Aus Sicht dieser fundamentalistischen Gruppen, seien es nun Freikirchen, die Schönstatt-Bewegung oder Opus Dei, leben alle anderen Familien ihren Glauben überhaupt nicht oder nicht wahrhaftig, was sich negativ sowohl auf deren eigenes Leben als auch auf die nachfolgenden Generationen auswirkt. Nur durch wahre und radikale Nachfolge, durch Befolgen der kirchlichen Gebote, welche ihren Ursprung direkt in Gott haben und durch Weitergabe dieses Wissens an die Kinder und Jugendlichen kann nach Meinung von FundamentalistInnen das eigene Leben, die Kirche und mitunter die ganze Gesellschaft gerettet werden.

Es gilt allerdings bei den konkreten Beispielen und Maßnahmen in der Diözese St. Pölten zu bedenken, dass es sowohl fundamentalistische Strömungen gibt, die in den letzten Jahrzehnten stark gefördert wurden und sich deshalb im Diözesangebiet etabliert haben, als auch eine andere Art von Pastoral, die sich weniger auf kirchliche Lehren denn auf Barmherzigkeit, Geschwisterlichkeit und Vergebungsbereitschaft bezieht. Letztere soll den Graben zu modernem, aufgeklärtem und vernunftbegabtem Denken überwinden helfen, um sowohl den einzelnen Menschen konkret im Alltag zu helfen als auch glaubwürdig in der heutigen Zeit und Gesellschaft zu wirken.

Ideal und Wirklichkeit driften aktuell weit auseinander. Die meisten Menschen wünschen sich eine intakte Familie, in der Kinder glücklich, wohlbehalten und optimal gefördert aufwachsen können. Vielfach spricht das Leben jedoch eine andere Sprache und macht einerseits das Wirken der Kirchen unverzichtbar, andererseits allerdings ist ebenso ein Trend weg von traditionellen ehemaligen Großkirchen zu bemerken – viele Menschen erleben die Katholische Kirche

als weltfremd, abgehoben, unglaubwürdig und für ihr eigenes Leben als wenig hilfreich. „Nur eine Minderheit lebt, unterstützt und tritt für die Lehre der katholischen Kirche über Ehe und Familie ein, weil sie in ihr das Gute des schöpferischen Planes Gottes erkennt. Die kirchlichen und zivilen Eheschließungen gehen zurück während die Zahl der Trennungen und Scheidungen ansteigt.“ (Langendörfler / Dumas / Tanner 2015, S. 109f.) Trotz des starken Wunsches nach einer heilen Familie vor allem unter Jugendlichen, greift doch eine Tendenz um sich, die auf Egoismus, Individualisierung und Verweigerung von Verantwortung ausgerichtet ist. In dieser gesellschaftlichen Situation bietet die Katholische Kirche in der Diözese St. Pölten zwei Antworten an, von denen eine auf Rückzug und Bewahrung, die andere auf Verständnis, Begleitung bis hin zu Anpassung an moderne Entwicklungen setzt.

Die Schönstatt-Familien-Bewegung der Diözese St. Pölten, auf die bereits an anderer Stelle hingewiesen wurde ist eine fundamentalistische Bewegung ausgehend von einzelnen Familien, denen eine christliche Lebensweise ein großes Anliegen ist. In Zusammenhang mit dem Obritzberger Eheweg werden das ganze Jahr über Veranstaltungen von und für Familien organisiert, schwerpunktmäßig in der warmen Jahreszeit. Aktivitäten im Rahmen der österreichweiten Aktion der Langen Nacht der Kirchen ebenso wie Familienmessen, Familienpicknicks oder inhaltliche Vorträge am sogenannten Eheweg. Dabei stehen meist Paargespräche im Mittelpunkt, begleitend dazu wird Kinderbetreuung angeboten. Die Veranstaltungen dieser Bewegung leben von der aktiven Teilnahme aller, jede Familie bringt Essen, Getränke und diverse andere Dinge selbst mit und auch die Gottesdienste werden im Vorfeld gemeinsam von möglichst vielen vorbereitet. Es gibt vorausgehende Probestermine, zu denen alle eingeladen sind. Dieser erste österreichische Eheweg wurde bei seiner Eröffnung im Jahr 2017 auch medial groß beworben und erfreut sich seither nicht nur bei Freunden der Schönstatt-Familien, sondern auch bei vielen anderen Menschen großer Beliebtheit. Ein eigenes Begleitheft samt Heurigenübersicht trägt ebenso dazu bei, dass viele auch Nichtgläubige dieses touristische Angebot nutzen.

Des Weiteren finden einmal im Monat Bündnisfeiern statt, die auf das Liebesbündnis mit der Gottesmutter Maria bezogen sind, und ebenso monatliche Männerrosenkranzgebete sind beim Marienstein in Obritzberg fester Bestandteil des Glaubenslebens. Drei bis fünf Familien haben sich jeweils organisiert und treffen sich monatlich zu Familienrunden, bei denen aktuelle Themen besprochen werden, aber auch Gebet, Feier und Erfahrungsaustausch sollen dabei nicht zu kurz kommen.

Ein zweites Zentrum der Schönstatt-Familien in Niederösterreich befindet sich am Kahlenberg. Hier kommen Familien aus der Diözese St. Pölten und darüber hinaus zu Urlaube, Wochenenden und Fortbildungen zusammen. Wesentlich bei diesen Treffen ist die Begleitung durch Referenten und die gemeinsame Zeit, die man mit Gleichgesinnten verbringt. Nach einer Ausbildung von zwei Jahren und dem Abschluss mit einem Diplom können Interessierte als FamilientrainerInnen Ehepaare und Familien begleiten und beraten.

In verschiedenen Stiften, Klöstern und Pfarren der Diözese St. Pölten finden regelmäßig Ehevorbereitungskurse statt, die von der Schönstatt-Bewegung organisiert und durchgeführt werden. Diese sind inhaltlich intensiver und haben andere Schwerpunkte als die diözesanen Angebote, zu denen alle anderen Brautpaare kommen müssen – Schönstatt-Eheseminare erstrecken sich meist über mehrere Tage oder Abende. Bei diesen Intensivtreffen findet jeweils nach einem Impulsreferat zu unterschiedlichen Themen (Kommunikation, Liebe, Sexualität, Kindererziehung, Glaube, Feier der Hochzeit) ein Paargespräch statt, bei dem das Brautpaar miteinander diskutiert und unter Anleitung ihre Erfahrungen austauscht.

Des Weiteren bietet die Schönstatt-Bewegung Vernetzungs- und Kennenlernetreffen für Bur-schen bzw. Mädchen an, die sowohl regional als auch zum Beispiel österreichweit in Form von Zeltlagern organisiert werden. Sinnfragen diskutieren, Gott im eigenen Leben entdecken und der Gemeinschaftsgedanke stehen dabei schwerpunktmäßig im Vordergrund. Mit modernen sozialen Medien ist es für Jugendliche nicht schwer, sich nachhaltig zu vernetzen bzw. sich zu organisieren (vgl. Schönstatt-Familien Diözese St. Pölten, 18.5.2019).

Offiziell werden Familien in der Diözese St. Pölten begleitet und gefördert von der Fachstelle Beziehung-Ehe-Familie, dessen derzeitiger Leiter Mitglied der Schönstatt-Bewegung und deswegen mit diesem Gedankengut sehr vertraut ist. Dementsprechend sind diverse Aktivitäten bzw. Aktionen jeweils ausgerichtet am traditionellen katholischen Glauben und das Familienbild ist ebenso dort anzusiedeln. Inhaltliche Schwerpunkte liegen in den Bereichen Elternbildung, Eltern-Kind-Gruppen, Familienpastoral, familiale Hauskirche, Jahresfestkreisgruppen, Partnerschaft und Sakramentenvorbereitung (vgl. Fachstelle Beziehung-Ehe-Familie der Diözese St. Pölten, 18.5.2019).

Mit Veranstaltungen zur Natürlichen Empfängnisregelung soll im Bereich der Sexualmoral der Fokus auf die katholische Lehre gelegt werden. Eine Hinführung zur Ehe wird im Rahmen von Eheseminaren, Partnerschaftstagen oder Tagen der Beziehung angeboten, ebenso Mut-

ter/Tochter bzw. Vater/Sohn Tage in ganz Österreich. Ein besonderer Fokus bei der Vorbereitung liegt auf den Sakramenten Ehe, Taufe und Erstkommunion. Während bei manchen Themen und in diversen Bereichen der Schwerpunkt auf einer umfassenden Glaubensvermittlung liegt, sind andere Bereiche offener und niederschwelliger gestaltet. Zum Beispiel die Eltern-Kind- bzw. Jahresfestkreisgruppen haben nicht nur Glaubens Themen im Programm, sondern wenden sich an ein breiteres Zielpublikum und gestalten somit ihre Treffen nicht allein geprägt von Gebet, Bibelgesprächen und kirchlichen Inhalten, sondern haben Spiele, Geschichten, Basteleinheiten und Ausflüge als Schwerpunkte im Programm. Des Weiteren arbeiten gerade diese beiden Gruppen verstärkt mit anderen diözesanen Bereichen zusammen wie zum Beispiel mit der Ministrantenpastoral, der Jungschar, Jugend oder Firmpastoral. Bei dieser bereichsübergreifenden Zusammenarbeit geht es nicht allein um Vernetzung einzelner Themen und Menschen, sondern um eine umfassende pastorale Aufstellung in den einzelnen Pfarren. Damit sollen nicht nur konkrete Einzelpersonen, Kinder oder Jugendliche angesprochen werden, sondern in einem Miteinander ganze Familien und mehrere Generationen gleichzeitig. Nicht nur die jeweiligen betroffenen Kinder sollen zum Beispiel auf Sakramente vorbereitet werden, sondern im Zuge dessen sollen Familien nachhaltig an die Pfarre, an die Kirche gebunden werden und ein christliches Leben aus dem Glauben heraus führen.

Außerdem sollen auch Menschen mit Behinderungen verstärkt wahrgenommen werden, dafür gibt es eine spezielle Behindertenpastoral mit eigenem Seelsorger. Ebenso werden im Rahmen der Seniorenpastoral Angebote für ältere Menschen gesetzt, um sich nicht nur in den Pfarren daheim zu fühlen und Gemeinschaft zu erleben, sondern auch in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu gelangen. Pflegebedürftigen oder kranken und älteren Menschen wird die Kommunion von KirchenvertreterInnen nach Hause oder ins Krankenhaus bzw. Pflegeheim gebracht, um sie am Pfarrleben zu beteiligen und sie in ihrer Situation zu stärken. Der Generationenzusammenhalt und eine aktive Integration von Minderheiten sind Anliegen der Katholischen Kirche und werden nicht nur vom Bereich Beziehung-Ehe-Familie unterstützt, sondern sind auch in eigens dafür eingerichteten diözesanen Bereichen Schwerpunkte.

Die Diözesansportgemeinschaft organisiert Angebote wie zum Beispiel Urlaube oder Schitage mit christlichem Rahmenprogramm für Familien - zusätzlich regelmäßig Sportveranstaltungen mit und ohne Menschen mit Behinderungen. Dabei werden Mehrkindfamilien besonders eingeladen, unterstützt und finanziell gefördert.

Nach diesen Ausführungen zum Familienbegriff, zu Werthaltungen und konkreten Maßnahmen der Volkspartei NÖ, der Neos NÖ und der Katholischen Kirche der Diözese St. Pölten soll nun in einem letzten Schritt die Diskursethik von Jürgen Habermas in den Blick genommen werden. Nach einer allgemeinen Erläuterung des Themas wird zu diskutieren sein, inwieweit die Ansichten, Gedanken und Einstellungen der einzelnen Institutionen dem Anspruch der Verallgemeinerbarkeit nach Habermas gerecht werden können und was die Menschen im Bundesland Niederösterreich letztendlich davon haben. Es soll untersucht werden, wie sich die Diskursethik auf unterschiedliche Denksysteme auswirkt und welche der drei untersuchten Institutionen einem aufgeklärten, freien und vernünftigen Menschen- und Gesellschaftsbild am ehesten entspricht.

5. Anspruch der Verallgemeinerbarkeit nach Habermas

In diesem Kapitel geht es um die von Jürgen Habermas etablierte Diskursethik und darum, wie diese auf das Denken und Handeln der drei in dieser Arbeit besprochenen Institutionen angewendet werden kann bzw. ob diese Organisationen es schaffen, im Sinn der Diskursethik zu Entscheidungen, Ergebnissen und Handlungsoptionen zu kommen. Zunächst soll dargelegt werden, was die Diskursethik eigentlich ist, was sie ausmacht und wie bzw. wozu sie angewendet wird. Des Weiteren soll ebenso untersucht werden, wo in der Gesellschaft und auch in der Politik der praktische Ort für einen so verstandenen Diskurs sein soll und wer dafür zuständig sein kann bzw. diesen Diskurs beherrschen muss.

Grundsätzlich soll eine Gruppe durch Diskurs entscheiden, welche moralischen oder ethischen Entscheidungen zu treffen sind. Dies soll jedoch nicht geschehen, um eine Letztbegründung von Moral und Ethik zu erreichen, sondern nur deshalb, um zu einem Konsens zu finden, warum etwas gelten sollte oder eben nicht. Das kann in Zusammenhang mit dem Familienbegriff bedeuten, dass untersucht werden soll, wie die Institutionen zu ihrem aktuellen Verständnis von Familie gekommen sind aber auch, welche Auswirkungen dies für die Bevölkerung des Bundeslandes Niederösterreich haben kann.

Der Diskurs läuft nach bestimmten Regeln ab. Vernünftige Argumente sollen zu einer fairen und offenen Gesprächsstimmung beitragen. „[Die] Diskursethik funktioniert praktisch nicht [...] als individuelle, sondern nur als von allen geteilte Ethik, sonst käme ja kein Diskurs zustande. So kommt Habermas zu einem gegenüber vormodernen, auch nationalistischen For-

men neuen Begriff von kollektiver Identität als idealer Kommunikationsgemeinschaft.“ (Geulen 2010, S. 175) Habermas geht dabei von einer dem Diskurs entsprechend passenden Situation aus und fordert von den GesprächspartnerInnen ein, dass sie verständlich, wahr, richtig und wahrhaftig argumentieren und denken. Er setzt zwei Prinzipien voraus, die den Kern der Diskursethik bilden.

Zunächst bedeutet das Diskursprinzip, dass es unter allen Betroffenen eine Einigkeit geben muss bezüglich des zu diskutierenden Themas. Es muss also einen Konsens über das Thema geben, dem alle Betroffenen zustimmen sollen. Gibt es den nicht, so wäre es sinnlos, darüber sprechen zu wollen – zumindest einen Minimalkonsens soll es geben, denn sonst verlöre sich jeder Diskurs im Unendlichen oder im Bodenlosen und konkrete Ergebnisse wären nicht möglich.

Das zweite Prinzip nennt er Universalisierungsprinzip, denn es besagt, dass die Entscheidungen und Ergebnisse verallgemeinerbar sein müssen. Es müssen also alle Betroffenen damit leben können, die Entscheidungen mittragen und etwaige neue Regeln akzeptieren. Normen, Gesetze, Regeln und Werte müssen von allen geprüft und akzeptiert werden, bevor sie in einer Gesellschaft Gültigkeit erlangen und gelebt werden.

Für alle drei Institutionen gilt, dass ihr Diskurs immer in Kommunikation mit ihrer Umwelt stattfindet. „Die kommunikativ Handelnden bewegen sich stets innerhalb des Horizonts ihrer Lebenswelt; aus ihm können sie nicht heraustreten.“ (Habermas 2011, S. 192) Dies ist auf fundamentalistische Kreise der Katholischen Kirche allerdings eher wenig zutreffend, denn die Interaktion mit der Umgebung funktioniert eingeschränkt, da von vorausgesetzten Gegebenheiten kaum abgewichen wird. Die politischen Parteien hingegen leben davon zu wissen, was die Menschen im Land denken bzw. wollen und müssen darauf dementsprechend reagieren.

Wie sich nun ein herrschaftsfreier Diskurs nach Habermas konkret gestaltet und wie die Beschaffenheit der beteiligten KommunikationspartnerInnen sein muss, soll jetzt in einem nächsten Schritt in den Blick genommen werden.

Die KommunikationspartnerInnen müssen grundsätzlich gleichberechtigt sein. Es darf kein Oben und Unten, kein Besser und Schlechter, kein Wichtiger und Unwichtiger, kein Kompetenter und Inkompetenter geben. Eine homogene Gruppe soll demnach in Diskurs miteinander treten, um sinnvolle Ergebnisse zu erlangen. Moderne und plurale Gesellschaften werden sich schwertun, ein Thema auf breiter Ebene zu diskutieren bzw. es wird ihnen gänzlich unmöglich sein.

Die KommunikationspartnerInnen müssen die gleiche Möglichkeit haben, sich zum jeweiligen

Thema zu äußern. Dies gilt sprachlich, nämlich, dass ein ähnliches Sprachniveau ebenso vorherrschen soll wie natürlich grundsätzlich dieselbe Sprache gesprochen werden muss, um allen die Möglichkeit des Verstehens zu eröffnen. Aber auch die zeitliche Dimension spielt eine Rolle und muss bei allen Betroffenen gleich lang veranschlagt sein. Es wäre unfair und manipulierend, hätten manche eine bedeutend längere Redezeit als andere.

Die KommunikationspartnerInnen müssen zueinander symmetrisch, also ausgewogen und in gleicher Weise zueinander geordnet sein. Unterschiede und Ungleichheiten zwischen den einzelnen DiskursteilnehmerInnen sollen minimiert werden. Gleichstarke PartnerInnen sollen einander auf Augenhöhe begegnen, einander achten und die Meinung der anderen tolerieren. Sie sollen sich nicht gegenseitig ausstechen oder in eine bestimmte Richtung bzw. zu einer bestimmten Entscheidung drängen.

Allerdings ist nach Habermas eine besondere Art von Zwang durchaus nötig, nämlich der Zwang zur Entscheidung einzig aufgrund des richtigen Arguments. Dies bedeutet eine rein sachliche Ergebnisfindung und -sicherung basierend auf Fakten und Tatsachen, wobei Emotionen größtenteils keine wesentliche Rolle spielen dürfen. Nicht das Bauchgefühl soll über wichtige Dinge entscheiden, sondern der Verstand und die Kraft vernünftiger Argumente. Dies setzt Bildung, Wissen, Erfahrung und Fertigkeiten voraus, die über Jahre erworben werden müssen, um im Diskurs nicht unterzugehen und eine reelle Chance zu haben, nicht nur zu bestehen, sondern auch überzeugen zu können.

Für Jürgen Habermas ist die Neuzeit in der westlichen Gesellschaft geprägt von postsäkularem Denken, welches im Anschluss an eine säkulare Epoche vorherrschend ist. Während sich die Bevölkerung mit Beginn der Neuzeit und damit verbunden mit dem Aufkommen von Vernunft und Aufklärung von Religionen mehr und mehr abgewendet hat, diese nicht mehr als oberstes Denk- und Lebensprinzip im Alltag akzeptierte und häufig sogar negierte, steht die postsäkulare Gegenwart wieder im Zeichen der Rückkehr von Religionen und religiösem Denken im Alltag, in der Gesellschaft und teilweise auch in der europäischen Politik. Selbst wenn die Kirchlichkeit im Sinne von Pfarrenengagement zurückgeht und der Einfluss kirchlicher Vertreter auf gesellschaftspolitische Entscheidungen abnimmt, so ist doch zu beobachten bzw. durch Studien belegbar, dass ein grundsätzliches religiöses Interesse der Menschen nicht schwindet, sondern sich in fundamentalistischen Ausprägungen zumindest einer Minderheit zeigt.

Habermas ist der Meinung, dass beide Teile der Bevölkerung, der säkulare wie der religiöse

Teil, aufeinander zugehen müssen. Auch, wenn verschiedene religiöse Anschauungen vorherrschen, sollen die Menschen in Diskurs miteinander treten und diesen Diskurs so gestalten, dass man sich gegenseitig verstehen kann, dass die eigenen Argumente für die andere Gruppe nachvollziehbar sind und man einander auf Augenhöhe begegnet und respektiert. Dies ist vor allem bei derartigen gesellschaftspolitischen Diskussionen und Entscheidungen notwendig, die alle Menschen gleichermaßen betreffen wie zum Beispiel mögliche Familienformen, die damit verbundenen Werthaltungen und deren Auswirkungen auf das Leben der Menschen. Habermas weist darauf hin, dass ein säkularer Staat immer auch angewiesen ist auf moralische Normen, die durch Religionen und deren Lehren bzw. Traditionen begründet worden sind. Er nennt im katholischen Bereich als Beispiel „Das Jüngste Gericht“, bei dem jede und jeder einzeln vor Gott treten muss. Das Urteil wird dann von einer übergeordneten Instanz individuell und je nach Schwere der Vergehen bzw. Art der Taten gefällt. Dies soll als Vorbild für eine moderne Demokratie dienen, denn der Staat profitiert immer wieder von der religiösen Vernunft einer Gesellschaft. Negativ gedacht kann sich dies allerdings nicht nur positiv auf politische Entscheidungen auswirken, sondern je nach Auslegung und Auswirkungen, je nach Radikalität und Situationsbezogenheit durchaus nachhaltig negativ.

Es ist des Weiteren zu beobachten, dass die Menschen immer schon geprägt sind von verschiedenen Faktoren und Erfahrungen, denen sie weder in ihrer Erziehung noch in der gesellschaftlichen Lebensumgebung entfliehen können. Selbst wenn die Bevölkerung noch so gebildet, interessiert, engagiert, respektvoll denkt, bleibt doch jede und jeder Einzelne in seiner eigenen Denk- und Lebenswelt und argumentiert von diesem subjektiven Hintergrund heraus in eine objektive Wirklichkeit hinein. „In der kommunikativen Alltagspraxis gibt es keine schlechthin unbekanntenen Situationen. Auch neue Situationen tauchen aus einer Lebenswelt auf, die aus einem immer schon vertrauten kulturellen Wissensvorrat aufgebaut ist.“ (Habermas 2011, S. 191) Menschen finden sich in eine bestimmte, Sprache, Kultur, Gegend, Religion und eben auch Familie bzw. in ein Wertesystem hineingeworfen vor und wenn sie versuchen, im Lauf ihres Lebens aus diesen Kreisen auszubrechen und in neue Systeme einzutauchen, so wären dies nach Habermas ebenso wiederum bereits vorhandene Gegebenheiten und keine luftleeren Blasen, in denen sich nie zuvor Menschen bewegt und die noch keinerlei Prägung erfahren haben.

„[Wenn man] Handeln [grundsätzlich] als die Bewältigung von Situationen [begrift, so schneidet d]er Begriff des kommunikativen Handelns [...] aus der Situationsbewältigung vor allem zwei Aspekte heraus: den teleologischen Aspekt der Verwirklichung von Zwecken (oder der Durchführung eines Handlungsplans) und den kommunikativen Aspekt der Auslegung der Situation und der Erzielung eines Einverständnisses. Im

kommunikativen Handeln verfolgen die Beteiligten ihre Pläne auf der Grundlage einer gemeinsamen Situationsdefinition einvernehmlich.“ (Habermas 2011, S. 193)

Beide Aspekte entscheiden über den Erfolg oder Misserfolg von Handlungen, Situationen und Entscheidungen. Des Weiteren ist es nötig im aktuellen Diskurs Missverständnisse und ein Aneinander vorbeireden zu vermeiden, um das Ziel, insgesamt eine mögliche einvernehmliche Entscheidungs- oder Handlungssituation nicht zu gefährden. Wozu führt nun kommunikatives Handeln und wem nützt es vorrangig? Hat das Individuum, eine bestimmte Gruppe oder die Gesellschaft insgesamt mehr von dieser Art zu handeln oder können eventuell sogar alle davon profitieren?

„Unter dem funktionalen Aspekt der Verständigung dient kommunikatives Handeln der Tradition und der Erneuerung kulturellen Wissens; unter dem Aspekt der Handlungskoordination dient es der sozialen Integration und der Herstellung von Solidarität; unter dem Aspekt der Sozialisation schließlich dient kommunikatives Handeln der Ausbildung von personalen Identitäten.“ (Habermas 2011, S. 208) Wie sich diese drei Werthaltungen auf das Zusammenleben der Menschen im Bundesland Niederösterreich auswirken und welche Initiativen die besprochenen Institutionen in diesen Bereichen setzen, wird später näher ausgeführt werden. Habermas faltet die drei Aspekte Kultur, Gesellschaft und Persönlichkeit aus und bringt sie jeweils mit unterschiedlichen Werten, Zielen und Aufgaben in Zusammenhang.

„Kultur nenne ich den Wissensvorrat, aus dem sich die Kommunikationsteilnehmer, indem sie sich über etwas in einer Welt verständigen, mit Interpretationen versorgen. Gesellschaft nenne ich die legitimen Ordnungen, über die die Kommunikationsteilnehmer ihre Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen regeln und damit Solidarität sichern. Unter Persönlichkeit verstehe ich die Kompetenzen, die ein Subjekt sprach- und handlungsfähig machen, also instandsetzen, an Verständigungsprozessen teilzunehmen und dabei die eigene Identität zu behaupten.“ (Habermas 2011, S. 209)

Mit dieser grundsätzlichen und theoretischen Einteilung bzw. Zuordnung ist noch nicht sichergestellt und kann auch nicht gesagt werden, dass Kultur, Gesellschaft und Persönlichkeit immer schon die beste aller Voraussetzungen mitbringen, um kommunikatives Handeln, wie es Habermas versteht, gelingen zu lassen. Dieses Gelingen hängt eben auch von der bereits weiter oben genannten Beschaffenheit der KommunikationsteilnehmerInnen ab bzw. von der Möglichkeit einer Teilnahme am herrschaftsfreien Diskurs möglichst vieler Menschen.

Aber nicht nur Beschaffenheit und Möglichkeit sind wesentliche Voraussetzungen für den Diskurs, sondern auch apriori grundlegende und gesellschaftlich anerkannte Werte, Normen,

Grundsätze und Vereinbarungen, die meist bereits Generationen zuvor festgelegt worden sind. „Moral und Recht sind darauf spezialisiert, offene Konflikte so einzudämmen, daß [!] die Grundlage verständigungsorientierten Handelns und damit die soziale Integration der Lebenswelt nicht zerfällt.“ (Habermas 2011, S. 259) Dadurch ist ein herrschaftsfreier Diskurs erst möglich, denn ohne grundlegende gesellschaftliche Werte wären die Menschen orientierungslos im Denken und Argumentieren und müssten ebenso durch einen Diskurs ein Wertesystem erschaffen, durch das gesellschaftspolitische Entscheidungen erst möglich würden. „Politische Herrschaft bedeutet die Kompetenz, Entscheidungen auf der Grundlage bindender Normen durchzusetzen; ...“ (Habermas 2011, S. 268) PolitikerInnen diskutieren und entscheiden nicht im luftleeren Raum und ohne jegliche Art von Wertesystem, sondern planen und überlegen nach vorhergehenden innerparteilichen Wertedebatten. In der Politik liegen diese parteiinternen Wertediskussionen zeitlich weniger lang zurück als zum Beispiel in der Katholischen Kirche.

Wie es allerdings gehen soll, möglichst viele Menschen an einem herrschaftsfreien Diskurs zu beteiligen, bleibt eine offene Frage und kann weder von den Print- noch von digitalen Medien beantwortet werden, denn auch für die Medien gelten die Kriterien des Diskurses. „Die Druckpresse [...] bringt eine Einschränkung kommunikativen Handelns mit sich, die durch die im 20. Jahrhundert entwickelten elektronischen Mittel der Massenkommunikation noch einmal potenziert worden ist.“ (Habermas 2011, S. 274)

In den nächsten Abschnitten wird zu zeigen sein, dass die Medien zwar einen großen Einfluss auf den Diskurs in einer Gesellschaft haben, dass dieser jedoch nicht immer positiv genutzt, sondern mitunter manipulierend missbraucht wird. Zunächst soll in den Blick genommen werden, ob und wenn ja wie die Volkspartei NÖ zum Thema Familie einen herrschaftsfreien Diskurs praktiziert bzw. wer daran beteiligt ist und wem ein solcher nutzen würde.

5.1. Diskursethik und Volkspartei NÖ

Im Rahmen der Kommunikation mit der Bevölkerung soll sich der Staat allen Organisationen sowie allen Religionen gegenüber neutral verhalten. Keine Gruppe, kein Verein, keine Sportart und keine Konfession darf bevorzugt werden – weder im Diskurs noch im praktischen Tun. Der Staat muss zwar einerseits neutral sein und darf für keine bestimmte Religion Partei ergreifen, andererseits soll er aber auch „nicht ohne weiteres die Partei des Säkularismus ergreifen [...], sondern [ist] zur gleichmäßigen Distanz von starken Traditionen und weltanschauli-

chen Inhalten genötigt [...]“ (Reese-Schäfer 2009, S. 65) Dies ist bei der Volkspartei NÖ keineswegs der Fall. Wie bereits an anderer Stelle ausführlich dargelegt, ist diese politische Partei stark mit der Katholischen Kirche in der Diözese St. Pölten vernetzt und verwendet in ihrer Argumentation immer wieder christliche und im Besonderen katholische Werte und Lehrmeinungen. Inhaltlich sucht die Volkspartei einerseits die Nähe zur Katholischen Kirche und andererseits auf politischer Ebene die Nähe zur Freiheitlichen Partei Niederösterreichs, mit der sie auch ein Arbeitsabkommen vereinbart hat. Es ist nicht nur medial in der Öffentlichkeit augenscheinlich, sondern auch im Landtag ein Faktum, dass die Volkspartei NÖ ihr werbeteknisch propagiertes ‚Miteinander‘ auf manche Parteien mehr, auf andere weniger intensiv bezieht. Staatliche Neutralität sieht demnach anders aus.

Und obwohl die Partei für alle BürgerInnen im Bundesland da sein möchte, ist sie dennoch in ihrem Diskurs ideologisch geprägt und bezieht nicht wirklich alle Institutionen in ihre Kommunikation mit ein. Gerade bei den Familienformen hat sie lange Zeit versucht das traditionelle Modell zu verteidigen und beginnt erst seit kurzer Zeit, sich für andere Formen zu öffnen. Dies tut sie allerdings nicht in einer offensiven Vorreiterrolle, sondern defensiv gesellschaftliche Entwicklungen abwartend. Notgedrungen musste die Volkspartei NÖ gleichgeschlechtliche Ehen akzeptieren, da diese gesetzlich in Österreich erlaubt wurden. Gerade in Fragen von Beziehungen, Ehe, Familie und Sexualmoral ist der Einfluss der Katholischen Kirche auf die Partei noch stark spürbar.

In Migrations- und Asylfragen ist nicht nur das Denken fundamentalistisch katholischer Kreise bemerkbar, sondern auch der Einfluss der ebenfalls im Landtag vertretenen Freiheitlichen Partei. Dieses Denken wirkt sich auf die betroffenen Familien dahingehend aus, dass weniger von ihnen integriert werden, dass sie es schwerer haben beim Lernen der deutschen Sprache, beim Finden einer geeigneten Schule und eines Arbeitsplatzes. Ihre finanziellen Möglichkeiten sind von Beginn an sehr begrenzt, was sich vor allem auf die Kindererziehung, deren Ausbildung und Gesundheit auswirkt. Die volksparteilichen Werte Regionalität und Schutz der Heimat, Gemeinschaftsgefühl und Christentum haben hier Priorität vor anderen Grundsätzen wie zum Beispiel Gastfreundschaft, Solidarität, Neutralität, kulturelle und religiöse Diversität oder ganz allgemein Hilfsbereitschaft denen gegenüber, die sie dringend brauchen.

Des Weiteren ist in der modernen, aufgeklärten und pluralen Gesellschaft, wie sie heute in Niederösterreich vorzufinden ist, ein herrschaftsfreier Diskurs, wie ihn Habermas versteht, sogar für eine Volkspartei schwer vorstellbar. Denn obwohl die Partei für alle Menschen im

Bundesland da sein möchte, also auch mit allen reden möchte bzw. alle anhören und deren Wünsche und Bedürfnisse berücksichtigen möchte, ist dies im Sinne von Habermas undenkbar. Die KommunikationspartnerInnen im Land sind weder gleichberechtigt noch haben sie die gleichen Möglichkeiten sich zu äußern, auch sind sie nicht symmetrisch zueinander geordnet und vieles wird durch Zwang bzw. per Gesetz oder Verordnung und weniger durch allgemeine Zustimmung entschieden.

Selbst innerparteilich steht dem herrschaftsfreien Diskurs ein Hierarchiedenken entgegen, was bei vielen Parteien mit einer Führungspersönlichkeit zu beobachten ist. „Der Entwurf einer kollektiv geteilten homogenen Lebenswelt ist [also] eine Idealisierung.“ (Habermas 2011, S. 234) Und dass in einer heterogenen Gesellschaft ein herrschaftsfreier Diskurs möglich ist bzw. für alle nachvollziehbare, sinnvolle Lösungen und Entscheidungen gelingen, entspricht kaum der Realität, sondern eher einem politischen Wunschdenken oder einer gewissen Art von Populismus, um ein Naheverhältnis der Partei zur Bevölkerung vorzutäuschen, welches so nicht existiert.

Die Volkspartei bezeichnet Niederösterreich gerne als ‚Familienland‘. Damit ist nicht in erster Linie der politische Fokus auf alle möglichen Familienformen und deren Wohlergehen bzw. Unterstützung gerichtet, sondern auf ein ganzes Bundesland, das wie eine große Familie zusammenleben soll. Verwandte haben vieles gemeinsam, sind aufeinander angewiesen und können sich aufeinander verlassen. Verwandte halten zusammen und grenzen sich allein schon durch die intensivere Zeit, die sie miteinander verbringen von den anderen ab – auch von FreundInnen, die zwar ebenso wichtig im Leben sein können, allerdings ist dieses Band weniger dick als jenes mit Verwandten. Davon ausgehend wird auch der Umgang miteinander festgelegt, werden Begegnungen gezielt möglich und Regeln definiert. „Der Kalkül der Verwandtschaftsbeziehungen legt auch die Grenze der sozialen Einheit fest. Es teilt die Lebenswelt in Bereiche der Interaktion mit Verwandten und Nichtverwandten. Diesseits dieser Grenze unterliegt das Verhalten der Verpflichtung zu Aufrichtigkeit, Loyalität, gegenseitiger Unterstützung, kurz: zu verständigungsorientiertem Handeln.“ (Habermas 2011, S. 235) Dies würde einen herrschaftsfreien Diskurs nur unter Gleichgesinnten bedeuten, einen Diskurs innerhalb einer Gruppe von Personen mit gleichen oder zumindest ähnlichen Interessen und Vorstellungen. Aber sogar dies, und wenn auch nur im Kleinen einer Familie gedacht, ist schwierig genug, denn innerhalb des doch sehr engen Verwandtenkreises von Vater, Mutter und einigen Kindern sind Individualität und Freiheitsdenken, Diversität und Interesse möglicherweise sehr verschieden ausgerichtet. Alle haben unterschiedliche Bedürfnisse und Wünsche und müssen

sich zunächst auf dieser kleinen Ebene zusammenfinden, um dann in größeren Einheiten wie zum Beispiel in der Gesellschaft mehr Gewicht zu haben und an Bedeutung zu gewinnen. Wenn sich allerdings viele Familien, die Gleiches wollen, in einer größeren Einheit vernetzen, so „[kann d]ie Gesellschaft [...] dadurch an Komplexität gewinnen...“ (Habermas 2011, S. 241) ... und das tut sie auch, was viele gesellschaftspolitische Entscheidungen und Normen so schwierig macht.

Man geht also in der Volkspartei NÖ von einer großen Landesfamilie aus, mit der man es zu tun hat und für die man sorgen möchte, bedenkt jedoch kaum, dass selbst eine kleine überschaubare Familie keine homogene Gruppe ist und erst recht nicht die Bevölkerung eines ganzen Bundeslandes als solche gedacht werden kann.

An den Entscheidungen und den damit verbundenen Auswirkungen der Volkspartei NÖ kann man erkennen, dass eine neutrale politische Haltung kaum vorzufinden ist und wenn, dann nur in der Theorie. In der Praxis ist es immer wieder so, dass bestimmte Gruppen und Institutionen gegenüber anderen bevorzugt werden, sei es finanziell oder medial. Der Fokus auf bestimmte Sportarten, die Katholische Kirche oder die Wirtschaft, den Tourismus und die Landwirtschaft zeigen, dass es Prioritäten gibt, die von der Partei entsprechend ihrem Wertesystem gesetzt werden.

„An dieser Stelle geht Habermas von einer Theorie des Staates zu einer Theorie der Zivilgesellschaft über, oder [...] zu einer Theorie der pluralisierten Vernunft des Staatsbürgerpublikums [...] weil natürlich im zivilgesellschaftlichen Diskurs jede Meinung sich Gehör verschaffen kann, ohne deshalb schon politisch-staatliches Handeln zu beeinflussen oder gar zu steuern.“ (Reese-Schäfer 2009, S. 65) In manchen Fragen ist es sogar notwendig, dass sich eine gesellschaftliche Meinung Gehör verschaffen muss, vor allem dann, wenn politische Entscheidungen zurecht angezweifelt und kritisiert werden. „[D]ie Zivilgesellschaft ist anders als der liberale Staat nicht der weltanschaulichen Neutralität verpflichtet.“ (Reese-Schäfer 2009, S. 65) Vor diesem Hintergrund erscheint das Entstehen neuer Oppositionsparteien als geradezu logische Konsequenz. Wie diese allerdings dem herrschaftsfreien Diskurs begegnen und ob dieser überhaupt realisierbar ist, soll im folgenden Abschnitt näher beleuchtet werden.

5.2. Diskursethik und Neos NÖ

Da die Partei der Neos nicht auf Traditionen und als neugegründete Institution auch auf kein bereits existierendes Wertesystem zurückgreifen kann, müssen sich Gleichgesinnte zunächst zu einem herrschaftsfreien Diskurs zusammenfinden, um überhaupt zu grundlegenden Werten

und Zielsetzungen ihre zukünftige Politik betreffend zu kommen. Bei den Neos NÖ kommt hinzu, dass die Anzahl der engagierten Sympathisanten überschaubar ist, was einen Diskurs auf breiter Ebene bzw. unter Einbeziehung möglichst vieler erschwert. Positiv zu beobachten ist allerdings die Freiheit, die eine Partei genießt, wenn sie neu gegründet wird – die Freiheit, nicht in festgelegten Systemen, Zwängen und Traditionen zu stecken, sondern sich zunächst einmal selbst ihr Wertefundament legt. Im Fall der Neos sind es, wie an anderer Stelle ausgeführt, Werte, die in Richtung Freiheitsdenken, Nachhaltigkeit und Eigenverantwortung gehen und die aus einem wenn auch zahlenmäßig überschaubaren innerparteilichen herrschaftsfreien Diskurs hervorgegangen sind. Des Weiteren stellt die Partei an sich nicht den Anspruch, für alle Menschen im Bundesland Niederösterreich da sein zu wollen oder zu müssen, sondern sieht sich in ihrer Oppositionsrolle dazu verpflichtet, Missstände anzuprangern, auf fragwürdige politische Entscheidungen aufmerksam zu machen und zum Teil auch gesellschaftliche Fehlentwicklungen aufzuzeigen. Gleichzeitig möchten die Neos NÖ ein alternatives Wertesystem anbieten und wenden sich gegen antiquierte Moralvorstellungen und Traditionen, die ihrem Empfinden nach in modernen aufgeklärten Gesellschaften keinen Platz haben sollten.

„Die Lebenswelt [...] verleiht allem, was in der Gesellschaft vorkommt, die Transparenz dessen, worüber man sprechen kann – auch wenn man es (noch) nicht versteht.“ (Habermas 2011, S. 224) Offenheit und Transparenz werden von den PolitikerInnen der Partei immer wieder eingemahnt. Eine Verweigerung von Themen, die neu, anders oder gegen eigene Wertvorstellungen sind, wird abgelehnt – es muss über alles inhaltlich und argumentativ diskutiert werden dürfen. Keine Kirche oder Partei darf die Menschen davon abhalten, sich mit ihrer Lebenswelt intensiver auseinanderzusetzen, diese zu verstehen und als Voraussetzung für einen derartigen Diskurs sich ein möglichst breites Wissen im Sinn von Bildung anzueignen.

Die Neos NÖ sehen es als ihre Aufgabe an, die Menschen genau hier zu unterstützen – unter diesem Aspekt sind auch ihre konkreten Vorschläge für die Praxis zu verstehen, die weiter oben ausgefaltet wurden.

Um sich im Landtag mehr Gehör zu verschaffen, versuchen die Neos NÖ eher Bündnispartner zu suchen als offene Frontalopposition zu betreiben. Außerdem soll durch gediegene Arbeit, fachliche Kompetenz und Hartnäckigkeit ein Erfolg sowie Umdenken erzielt werden. „Die relativ kleinen, mit einfachen Technologien arbeitenden Familienverbände können ihre Komplexität dadurch steigern, daß [!] sie sich entweder intern differenzieren oder miteinander zu größeren sozialen Einheiten integrieren.“ (Habermas 2011, S. 240) Dies setzt die Fähigkeiten,

die Möglichkeit und den Willen zur Vernetzung voraus sowie eine Spezialisierung und Aufgabenverteilung zum Wohl der ganzen Gruppe und darüber hinaus. Vernetzung zum Beispiel auf Österreichebene aber auch im niederösterreichischen Landtag oder mit anderen Vereinen und Institutionen im Bundesland ist gerade bei Kleinparteien wie den Neos umso wichtiger und sichert sowohl ihr Überleben als auch ihre öffentliche Wirksamkeit und Präsenz.

Den Neos ist es ein Anliegen, von Traditionen, überkommenen Wertvorstellungen und religiösen Überlieferungen Abstand zu gewinnen und vernünftig denkende und handelnde Menschen zu einem offenen Diskurs über ihre Lebenswelt und über plurale Gesellschaftsformen einzuladen, der sich letzten Endes auf das Familienleben und so wiederum auf die Gesellschaft auswirken soll. „Je weiter Motiv- und Wertgeneralisierung fortschreiten, umso mehr löst sich das kommunikative Handeln von konkreten und überlieferten normativen Verhaltensmustern. Mit dieser Entkoppelung geht die Bürde sozialer Integration immer stärker von einem religiös verankerten Konsens auf die sprachlichen Konsensbildungsprozesse über.“ (Habermas 2011, S. 268) Wie nun herrschaftsfreier Diskurs und Katholische Kirche zueinanderstehen, soll im folgenden Abschnitt in den Blick genommen werden. Am Beispiel der Diözese St. Pölten wird zu zeigen sein, ob sich die Kirche in irgendeiner Form dem Diskurs stellt oder ob diese Art der Kommunikation selbst in modernen Zeiten und aufgeklärten Gesellschaften grundsätzlich abgelehnt wird.

5.3. Diskursethik und Katholische Kirche der Diözese St. Pölten

Grundsätzlich gilt die Katholische Kirche in der Gesellschaft heute immer noch als moralisch-ethisches Gewissen – auch und gerade im Bereich der Familienpolitik, die in den letzten Jahrzehnten vor allem unter der Amtszeit von Bischof Klaus Küng ein wichtiger Schwerpunkt in der pastoralen Arbeit der Diözese St. Pölten war. Weltweit verliert die Katholische Kirche zwar an Glaubwürdigkeit, was durchaus hausgemacht und aufgrund diverser Skandale selbstverschuldet ist, allerdings ist der Vertrauensverlust politische Parteien betreffend noch bedeutend größer. Wie muss die Katholische Kirche kommunizieren, um von den Menschen ernstgenommen zu werden, damit die kirchliche Lehrmeinung gehört und verstanden wird und dass die Anregungen, die sich aus Glaubenswahrheiten oder Lehrsätzen ergeben, von der Politik umgesetzt und von der Bevölkerung rezipiert werden?

„Religiöse Empörung wird als Intuition wahrgenommen, argumentativ allerdings erst dann respektiert, wenn sie auch ein rationales Argument anführen kann, das für jedermann akzeptabel ist.“ (Reese-Schäfer 2009, S. 81) In einer modernen und aufgeklärten Gesellschaft ist es notwendig, diverse Glaubenswahrheiten mit vernünftigen Argumenten abzusichern bzw. zu

bekräftigen.

„Wenn in der Öffentlichkeit einer freien Gesellschaft religiöse Argumente im ethischen Diskurs geltend gemacht werden, kann damit weder ein Anspruch auf Alleinzuständigkeit für die Orientierung der moralischen Lebenspraxis verbunden, noch eine prinzipielle Konkurrenz zur philosophischen Ethik und zu den anderen präskriptiven Wissenschaften behauptet werden. Religiöse Moral kann nicht aus ihren genuinen Erkenntnisquellen heraus Stellung beziehen zu sämtlichen Fragen konkreter Verantwortlichkeit.“ (Hilpert 2013, S. 124)

Fundamentalistische Kommunikation im Sinne eines unhinterfragten Übernehmens von Lehrsätzen steht im Gegensatz zur Diskursethik, also zum herrschaftsfreien Diskurs, wie Habermas ihn meint.

Und doch treten religiöse Sinnangebote neuerdings verstärkt in den Vordergrund. Dies geschieht auch ohne vorher in einem Diskurs von allen akzeptiert worden zu sein und gilt zumindest für eine größer werdende Gruppe religiös fundamentalistischer Minderheit in der Gesellschaft. „Es haben sich neue Dimensionen von Ungewissheit, Machtlosigkeit und Orientierungslosigkeit aufgetan, in die religiöse Deutungsangebote eindringen können.“ (Reese-Schäfer 2009, S. 78) „Allerdings ist in der Zivilgesellschaft nicht jede beliebige exzentrische religiöse Positionierung akzeptabel. Vielmehr kann sie sich ohne eine gewisse Öffnung und Offenheit für wissenschaftliche Argumentationen und Forschungsergebnisse nicht weiterentwickeln.“ (Reese-Schäfer 2009, S. 65) Darunter würde nicht nur die Glaubwürdigkeit leiden, sondern ebenso würden der Kirche inhaltliche Kompetenzen abgesprochen werden – diese würde auf reine Lehrmeinungen reduziert, die geglaubt werden könnten oder eben nicht. Verschließt sich die Kirche modernen Forschungsergebnissen und ignoriert nachhaltig wissenschaftliche Erkenntnisse, so kann ein herrschaftsfreier Diskurs nicht geführt werden und wenn, dann nur mit fundamentalistisch geprägten Gleichgesinnten, jedoch niemals mit der Gesellschaft oder der Politik.

„Das diskursiv erzielte Einverständnis hängt gleichzeitig ab von dem nicht-substituierbaren ‚Ja‘ oder ‚Nein‘ eines jeden Einzelnen wie auch von der Überwindung seiner egozentrischen Perspektive. Ohne die uneingeschränkte individuelle Freiheit der Stellungnahme zu kritisierbaren Geltungsansprüchen kann eine faktisch erzielte Zustimmung nicht wahrhaft allgemein sein; ohne die solidarische Einfühlung eines jeden in die Lage aller anderen wird es zu einer Lösung, die allgemeine Zustimmung verdient, gar nicht erst kommen können.“ (Habermas 1992, S. 19)

Die Frage ist allerdings, ob FundamentalistInnen in der Katholischen Kirche überhaupt das

Bedürfnis nach Verallgemeinerbarkeit haben oder doch eher damit zufrieden sind, wenn diejenigen, die sich zur Katholischen Kirche bekennen, deren Lehr- und Glaubenssätze rigoros befolgen. Diese Werte und Grundsätze müssen und dürfen auch nicht erst verhandelt werden oder in einem herrschaftsfreien Diskurs allgemeine Zustimmung erfahren, sondern sind von Natur aus immer schon da bzw. von Gott gewollt und gegeben.

Entwickelt sich die Gesellschaft und mit ihr die Familien in eine andere Richtung, so wird in fundamentalistischen Gruppierungen der Diözese St. Pölten versucht, ein Gegenmodell anzubieten und zu leben, das ausschließlich für eine kleine Minderheit geeignet ist. Hier wird auf einen herrschaftsfreien Diskurs kein Wert gelegt, sondern eine christlich-katholische Lebensweise und Glaubensüberzeugung angeboten.

Die andere pastorale Ausrichtung in der Diözese geht alternative Wege. Sie versucht sich in einem Diskurs sowohl mit politischen Parteien, hier vor allem mit der Volkspartei NÖ, als auch mit der Gesellschaft bzw. den betroffenen Familien. Allerdings ist zu bezweifeln, ob der kirchliche Diskurs tatsächlich ein herrschaftsfreier Diskurs ist oder eher der Versuch einer Einholung verschiedener Meinungen und Lebensweisen ohne konkrete Auswirkungen auf die Praxis sowie Angebote seitens der zuständigen Diözesanstellen. Des Weiteren ist zu hinterfragen, ob ein herrschaftsfreier Diskurs im System Kirche überhaupt Platz haben kann und wenn ja, wer diesen erproben und etablieren sollte. Der jeweilige Papst, die Bischöfe vor Ort, Diözesansynoden, Kirchenvertreter gemeinsam mit VertreterInnen aus Staat und Gesellschaft?

In der Diözese St. Pölten ist diese Art von Diskurs in den letzten Jahrzehnten eher verpönt denn erwünscht gewesen – dies hat die kirchliche Familienpolitik geprägt und bestimmt und wirkt bis heute nach.

6. Conclusio

In dieser Masterarbeit wurde untersucht, ob die Familienwerte und deren praktische Umsetzung in der Volkspartei NÖ, bei den Neos NÖ und in der Katholischen Kirche der Diözese St. Pölten dem Anspruch der Verallgemeinerbarkeit nach Jürgen Habermas genügen können. Nach einer Diskussion des Familienbegriffs und der damit verbundenen und davon abhängigen Familienwerte wurde versucht die Herkunft und Entstehung dieser Begriffe und Grundsätze zu begründen. Des Weiteren haben die Umsetzungen und konkreten Maßnahmen, Veranstaltungen und andere Aktivitäten sowohl bei den politischen Parteien als auch bei der kirchlichen Institution gezeigt, welche Schwerpunkte die jeweilige Organisation aufgrund ihrer Werthaltungen setzt. Nach einer einführenden Besprechung des Begriffs „Diskursethik“ und des herrschaftsfreien Diskurses wurde untersucht, ob die Familienwerte und deren konkrete Auswirkungen dem Anspruch der Verallgemeinerbarkeit nach Habermas genügen.

Bezogen auf die Volkspartei NÖ lässt sich anführen, dass ein herrschaftsfreier Diskurs eher in der Theorie denn in der Praxis angewendet wird. Weil in der Partei seit Jahrzehnten Führungspersonlichkeiten an der Spitze stehen, die sowohl innerparteilich den Ton angeben als auch in der medialen Öffentlichkeit im Vordergrund stehen, findet ein Diskurs, wie Habermas ihn beschreibt, kaum statt. Zwar stimmen Parteigremien ab und entscheiden, dabei wird vielfach auch der aktuelle gesellschaftliche Mainstream bedacht, jedoch ist zu bezweifeln, ob tatsächlich in einer fairen offenen Gesprächsstimmung und mit vernünftigen Argumenten ein Konsens gefunden wird, dem alle Beteiligten zustimmen und mit dessen Folgen alle Betroffenen leben können. Eher ist zu bedenken, dass bei einer politischen Partei, die ihre Werte auf gesellschaftliche Bedürfnisse ausrichtet, die Gefahr besteht, dass vernünftige Argumente, nachhaltiges Denken und zukunftsfähige Entscheidungen zu kurz kommen. Des Weiteren besteht die Gefahr bzw. ist zu beobachten, dass gerade in Vorwahlzeiten die Diskursethik noch weniger Raum gewinnt zugunsten von Wahlerfolgen, Populismus und Beliebtheit von PolitikerInnen. Es macht kaum Sinn, als politische Partei für alle Menschen eines Bundeslandes da sein zu wollen. Dabei wird die Realität der Gesellschaft übersehen, die sich plural, divers und heterogen darstellt und von der Volkspartei durch noch so große Offenheit bzw. Anpassung an den Zeitgeist nicht abgebildet oder vertreten werden kann.

Die Neos NÖ bemühen sich als neue und zahlenmäßig überschaubare Oppositionspartei um einen internen herrschaftsfreien Diskurs, bei dem die KommunikationspartnerInnen im Sinn

von Jürgen Habermas sowohl gleichberechtigt und symmetrisch, als auch frei in ihren Entscheidungen und Zustimmungen sein sollen. Ein Konsens soll durch vernünftige Argumente und dem Bedenken möglicher Folgen erreicht werden. Eine Führungspersönlichkeit ist dabei weniger entscheidend – möglicherweise sogar eher hinderlich – als vielmehr der Diskurs von Gleichgesinnten auf breiter Ebene und das Einbringen von Kompetenz und Wissen aller am Diskurs Beteiligten. In einer modernen Gesellschaft können Traditionen nur aufgebrochen werden, indem sich die Menschen überlegen, ob diese Gepflogenheiten eigentlich noch für die Gegenwart bzw. Zukunft taugen. Ein horizonterweiterndes Denken in Richtung Freiheit, Nachhaltigkeit und Eigenverantwortung wird von den Neos NÖ als Schwerpunkt definiert, gerade auch im Blick auf Familienwerte. Dieses Denken soll nicht nur von gebildeten, jungen Menschen vorangetrieben und im herrschaftsfreien Diskurs konkretisiert werden, sondern nach und nach auch andere Bevölkerungsschichten erfassen – möglicherweise ist gerade deshalb das Thema Bildungsqualität für die Partei ein großes Anliegen.

Die Katholische Kirche in der Diözese St. Pölten geht bezogen auf ihre Familienwerte einen ganz anderen Weg. Auf seit Jahrhunderten ausgetretenen Pfaden und ohne jeglichen herrschaftsfreien Diskurs versucht sie, ihre Werte und Ziele ihren Gläubigen in egal welcher Zeit zu vermitteln. Kriterien und Bezugspunkte sind einzig das Wort Gottes sowie die kirchliche Lehrmeinung bzw. Tradition. Die päpstlichen Entscheidungen und in ihren Ausfaltungen die Erkenntnisse der verschiedenen kirchlichen Kongregationen bestimmen über weltweites Denken und Verhalten. Das weiter oben angesprochene Phänomen in der Diözese St. Pölten, dass es neben der offiziellen fundamentalistischen kirchlichen Lehrmeinung ein pastorales Denken gibt, das versucht, mit dem Zeitgeist zurechtzukommen und einer aufgeklärten Gesellschaft eine glaubwürdige Hilfe zu sein, trägt keineswegs dazu bei, dass es zu einem herrschaftsfreien Diskurs unter Kirchenvertretern oder Gläubigen kommt. Weil die KommunikationspartnerInnen auf Diözesanebene weder gleichberechtigt noch symmetrisch sind und vernünftige Argumente im kirchlichen Umfeld zumindest für FundamentalistInnen wenig taugen, findet ein derartiger Diskurs nicht statt. Habermas ist ein Hierarchiedenken im Rahmen von Kommunikation gänzlich fremd, denn dieses kann nicht zu einer freien Zustimmung aller führen. Gerade im Blick auf Familienwerte, Sexualmoral, Bildung, Erziehung oder Familienformen erscheint es wenig glaubwürdig bzw. kaum hilfreich, wenn innerhalb einer Institution unterschiedliche Überzeugungen existieren oder Grundsätze und Werte mit Zwang und ohne jegliche Form der vernünftigen Auseinandersetzung von den Mitgliedern rezipiert werden sollen.

Literaturverzeichnis

- Ammicht Quinn, Regina (2013): Fundamente und feste Burgen: Fragen nach einer sicheren Religionsarchitektur. In: Goertz, Stephan / Hein, Rudolf B. / Klöcker, Katharina (Hg.): Fluchtpunkt Fundamentalismus? Gegenwartsdiagnosen katholischer Moral. Freiburg, Basel, Wien: Verlag Herder, S. 283-304.
- Denkwerkstatt Familie. Abschlussbericht. URL: https://www.noe-familienland.at/fileadmin/user_upload/Dokumente/Denkwerkstatt/Abschlussbericht-Denkwerkstatt-NOE-Familienland.pdf [Zugriff: 9.3.2019].
- Ernst, Stephan (2019): Was sind sittliche Werte? In: Müller, Sigrid / Höllinger, Stephanie / Baldt, Bettina (Hg.): Werte im Beruf. Münster 2019 [im Druck].
- Fachstelle Beziehung-Ehe-Familie der Diözese St. Pölten (2019). URL: <https://familie.dsp.at> [Zugriff: 18.5.2019].
- Fachstelle Beziehung-Ehe-Familie der Diözese St. Pölten (2019). URL: <https://familie.dsp.at/einrichtungen/familie/kontakt/fachstelle-beziehung-ehe-familie> [Zugriff: 16.3.2019].
- Familie im Mittelpunkt. URL: <https://mitmachen.vpnoe.at/programm/familie/> [Zugriff: 9.3.2019].
- Familienfonds der Diözese St. Pölten. URL: <https://familie.dsp.at/einrichtungen/familie/familienfonds> [Zugriff: 16.3.2019].
- Familienpaket im Programm der VPNOE. URL: <http://mitmachen.vpnoe.at/programm/familienpaket/> [Zugriff: 9.3.2019].
- Frauen in Niederösterreich. URL: <https://mitmachen.vpnoe.at/programm/frauen/> [Zugriff: 9.3.2019].
- Fromm, Martin (2011): „Ihr solltet heilig sein, denn ich bin heilig!“ Christenglauben und Lebensführung. In: Späth, Andreas (Hg.): „... und schuf sie als Mann und Frau.“ Kirche in der Zerreißprobe zwischen Homosexuellen-Lobby und Heiliger Schrift. Ansbach: Verlag Logos Editions, S. 51-58.
- Gabriel, Karl (2013): Säkularisierung, religiöse Vitalisierung und Fundamentalisierung. Globale Trends als Herausforderung für ein friedliches Zusammenleben der Religionen und Weltanschauungen. In: Goertz, Stephan / Hein, Rudolf B. / Klöcker, Katharina (Hg.): Fluchtpunkt Fundamentalismus? Gegenwartsdiagnosen katholischer Moral. Freiburg, Basel, Wien: Verlag Herder, S. 217-236.

- Gabriel, Sigmar (2015): Werte in der Politik. In: Krell, Christian / Mörschel, Tobias (Hg.): Werte und Politik. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 138-150.
- Geulen, Dieter (2010): Jürgen Habermas: Identität, Kommunikation und Moral. In: Jörissen, Benjamin / Zirfas, Jörg (Hg.): Schlüsselwerke der Identitätsforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 161-178.
- Goertz, Stephan / Hein, Rudolf B. / Klöcker, Katharina (2013): Zur Genealogie und Kritik des katholischen Fundamentalismus: Eine Einführung. In: Goertz, Stephan / Hein, Rudolf B. / Klöcker, Katharina (Hg.): Fluchtpunkt Fundamentalismus? Gegenwartsdiagnosen katholischer Moral. Freiburg, Basel, Wien: Verlag Herder, S. 11-76.
- Goertz, Stephan / Witting, Caroline (2016): Wendepunkt für die Moraltheologie? Kontext, Rezeption und Hermeneutik von Amoris laetitia. In: Goertz, Stephan / Witting, Caroline (Hg.): Amoris laetitia – Wendepunkt für die Moraltheologie? Freiburg, Basel, Wien: Verlag Herder, S. 9-92.
- Habermas, Jürgen (1992): Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Habermas, Jürgen (2011): Theorie des kommunikativen Handelns. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Band 2. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Heyberger, Dominique / Driesener, Katja / Burtscher, Reinhard (2015): Im Mittelpunkt: älter werdende Eltern. In: Burtscher, Reinhard / Heyberger, Dominique / Schmidt, Thomas (Hg.): Die „unerhörten“ Eltern. Eltern zwischen Fürsorge und Selbstsorge. Marburg: Lebenshilfe-Verlag, S. 19-26.
- Hilpert, Konrad (2013): Christliches Ethos und Erkenntniszuwachs. Methodologische Vergewisserung über die Notwendigkeit des Lernens in der theologischen Ethik. In: Goertz, Stephan / Hein, Rudolf B. / Klöcker, Katharina (Hg.): Fluchtpunkt Fundamentalismus? Gegenwartsdiagnosen katholischer Moral. Freiburg, Basel, Wien: Verlag Herder, S. 123-139.
- Joas, Hans (1997): Die Entstehung der Werte. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
- Kampichler, Franz (1995): Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In: Familie. Kinder und Berufstätigkeit (ÖVP Niederösterreich: Kremser Protokolle 1/1995). Waidhofen / Ybbs: Stummer Druck, S. 37-40.
- Kapella, Olaf (2007): Familienfreundlichkeit. Definition und Indikatoren. Working Paper 58. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung.

- Kappeler, Manfred (2018): „Bitte nicht nach Hause schicken!“ „Bitte nicht ins Heim schicken!“ Aber wohin sonst? Erinnerung an die Geschichte der Kritik am bürgerlichen Familienbegriff in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Schäfer, Maximilian / Thole, Werner (Hg.): Zwischen Institution und Familie. Grundlagen und Empirie familienanaloger Formen der Hilfen zur Erziehung. (Kasseler Edition Soziale Arbeit, Bd. 15). Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 26-67.
- Karle, Isolde (2014): Die Ehe als Institution – für Hetero- und Homosexuelle. Überlegungen zur Diskussion über die EKD-Orientierungshilfe. In: Evangelische Theologie, Jg. 74, Heft 3. Gütersloher Verlagshaus, S. 193-202.
- Katechismus der Katholischen Kirche 1997. URL: http://www.vatican.va/archive/DEU0035/___P80.HTM [Zugriff: 19.3.2019].
- Kneucker, Raoul (2013): Öffentliche Religionen in Österreich: Das gesellschaftspolitische Engagement der Evangelischen. In: Nautz, Jürgen / Stöckl, Kristina / Siebenrock, Roman (Hg.): Öffentliche Religionen in Österreich. Politikverständnis und zivilgesellschaftliches Engagement. Innsbruck: innsbruck university press, S. 91-108.
- Kopp, Matthias (Hg.) (2016): Papst Franziskus. Großartig ist die Liebe. 100 Worte über Ehe, Familie, Partnerschaft. München: Verlag Neue Stadt GmbH.
- Kostka, Ulrike (2013): Die Rolle der Moraltheologie in der Politik und das politische Engagement der Kirche. In: Goertz, Stephan / Hein, Rudolf B. / Klöcker, Katharina (Hg.): Fluchtpunkt Fundamentalismus? Gegenwartsdiagnosen katholischer Moral. Freiburg, Basel, Wien: Verlag Herder, S. 445-461.
- Krell, Christian / Mörschel, Tobias (Hg.) (2015): Werte und Politik – eine Verhältnisbestimmung. In: Krell, Christian / Mörschel, Tobias (Hg.): Werte und Politik. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 9-20.
- Kruip, Gerhard (2018): Ethik im Kontext von Theologie und Kirche aus katholischer Perspektive. In: Roth, Michael / Held, Marcus (Hg.): Was ist theologische Ethik? Grundbestimmungen und Grundvorstellungen. Berlin, Boston: Walter de Gruyter GmbH, S. 303-322.
- Langendörfler, Hans / Dumas, Olivier R. / Tanner, Erwin (Hg.) (2015): Theologie der Liebe. Zur aktuellen Debatte um Ehe und Familie. Freiburg, Basel, Wien: Verlag Herder.
- Laux, Bernhard (2002): Ehe und Familie im Prozess kulturellen Wandels. In: Goldschmidt, Nils / Beestermöller, Gerhard / Steger, Gerhard (Hg.): Die Zukunft der Familie und deren Gefährdungen. Münster: LIT Verlag, S. 31-45.

- Leitbild der Fachstelle Beziehung-Ehe-Familie. URL: https://familie.dsp.at/sites/www.dsp.at/files/u189/Fix/leitbild_2015.pdf [Zugriff: 16.3.2019].
- Maihofer, Andrea / Böhnisch, Tomke / Wolf, Anne (Hg.) (2001): Wandel der Familie. Literaturstudie. In: Hans – Böckler – Stiftung. Arbeitspapier 48. Düsseldorf.
- Merks, Karl-Wilhelm (2013): Wahrheit als Prozess. Einige Gedanken über die Fundamente von Moral im geschichtlichen und evolutionären Wandel. In: Goertz, Stephan / Hein, Rudolf B. / Klöcker, Katharina (Hg.): Fluchtpunkt Fundamentalismus? Gegenwartsdiagnosen katholischer Moral. Freiburg, Basel, Wien: Verlag Herder, S. 93-122.
- Merks, Karl-Wilhelm (2016): Grenzzäune mit Löchern? Über die Allgemeingültigkeit moralischer Normen. In: Goertz, Stephan / Witting, Caroline (Hg.): Amoris laetitia – Wendepunkt für die Moraltheologie? Freiburg, Basel, Wien: Verlag Herder, S. 160-200.
- Meyer-Ahlen, Stefan (2010): Ethisches Lernen. Eine theologisch-ethische Herausforderung im Kontext der pluralistischen Gesellschaft. Paderborn, München, Wien, Zürich: Verlag Ferdinand Schöningh.
- Michalski, Anja-Simone (2015): Die heile Familie. Geschichten vom Mythos in Recht und Literatur. In: Bachleitner, Norbert / Begemann, Christian / Erhart, Walter / Hübinger, Gangolf (Hg.): Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur. Bd. 141. Berlin, Boston: Walter de Gruyter GmbH.
- Miteinander der Generationen. URL: <https://mitmachen.vpnoe.at/programm/generationen/> [Zugriff: 9.3.2019].
- Nave-Herz, Rosemarie (2012): Familie im Wandel? – Elternschaft im Wandel? In: Böllert, Karin / Peter, Corinna (Hg.): Mutter + Vater = Eltern? Sozialer Wandel, Elternrollen und Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 33-49.
- Neiman, Susan (2015): Die Werte der Aufklärung und die Politik von heute. In: Krell, Christian / Mörschel, Tobias (Hg.): Werte und Politik. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 21-29.
- Neos. Unser Programm. URL: <https://www.neos.eu/programm/freiheit> [Zugriff: 12.3.2019].
- Oelkers, Nina (2012): Familialismus oder die normative Zementierung der Normalfamilie. Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe. In: Böllert, Karin / Peter, Corinna (Hg.): Mutter + Vater = Eltern? Sozialer Wandel, Elternrollen und Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 134-154.

- Opielka, Michael (2001): Familiensolidarität, gesellschaftliche Solidarität und Familienpolitik. In: Huinink, Johannes / Strohmeier, Klaus P. / Wagner, Michael (Hg.): Solidarität in Partnerschaft und Familie. Zum Stand familiensoziologischer Theoriebildung. Würzburg: Ergon Verlag, S. 265-284. (Familie und Gesellschaft Bd. 7).
- Ouellet, Marc (2013): Die Familie – Kirche im Kleinen. Eine trinitarische Anthropologie. Freiburg, Einsiedeln: Johannes Verlag.
- Parteiprogramm Neos (2016): Mutig, innovativ, freiheitsliebend. Unsere Pläne für ein neues Österreich. Lütjensee: Paul Albrechts Verlag GmbH.
- Peter, Corinna (2012): Familie – worüber sprechen wir überhaupt? In: Böllert, Karin / Peter, Corinna (Hg.): Mutter + Vater = Eltern? Sozialer Wandel, Elternrollen und Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 17-32.
- Peuckert, Rüdiger (2008): Familienformen im sozialen Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Prokop, Liese (1995): Familienpolitik – Zentrales politisches Anliegen. In: Familie. Kinder und Berufstätigkeit (ÖVP Niederösterreich: Kremser Protokolle 1/1995). Waidhofen / Ybbs: Stummer Druck, S. 9f.
- Pröll, Erwin (1995): Familienland – Zukunftsland. In: Familie. Kinder und Berufstätigkeit (ÖVP Niederösterreich: Kremser Protokolle 1/1995). Waidhofen / Ybbs: Stummer Druck, S. 5f.
- Reese-Schäfer, Walter (2009): Habermas, Ratzinger und die postsäkulare Gesellschaft. In: Guggenberger, Wilhelm / Regensburger, Dietmar / Stöckl, Kristina (Hg.): Politik, Religion und Markt: Die Rückkehr der Religion als Anfrage an den politisch-philosophischen Diskurs der Moderne. (Edition Weltordnung – Religion – Gewalt 4). Innsbruck: innsbruck university press, S. 61-86.
- Richter, Rudolf (2016): Veränderte Gesellschaft, veränderte Familie, veränderte Politik. In: Niedenzu, Heinz-Jürgen / Staubmann, Helmut (Hg.): Kritische Theorie und Gesellschaftsanalyse. Innsbruck: innsbruck university press, S. 121-133.
- Schipfer, Rudolf K. (1996): Braucht der Staat die Familien? Familien im Spannungsfeld zwischen Gesellschaft und Politik. Entwicklungen – Veränderungen – Problemstellungen. Wien: Lois Weinberger-Institut für christlich-soziale Politik.
- Schneewind, Klaus A. (2010): Familienpsychologie. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.

- Schockenhoff, Eberhard (2002): Die Familie als Ort sozialen und moralischen Lernens. Moraltheologische Überlegungen zu ihren anthropologischen Grundlagen. In: Goldschmidt, Nils / Beestermöller, Gerhard / Steger, Gerhard (Hg.): Die Zukunft der Familie und deren Gefährdungen. Münster: LIT Verlag, S. 17-29.
- Schockenhoff, Eberhard (2018): Die Zukunft der Familie: Anthropologische Grundlagen und ethische Herausforderungen. In: Ökumenische Rundschau 1/2018. Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, S. 6-19.
- Schönstatt-Familien Diözese St. Pölten (2019): URL: <http://www.familien.stpoelten.schoenstatt.at> [Zugriff: 18.5.2019].
- Schönstatt-Familien Diözese St. Pölten (2019): Entstehung. URL: http://www.familien.stpoelten.schoenstatt.at/wp-content/uploads/2014/07/Wie-Sch%C3%B6nstatt-in-unserer-di%C3%B6zese-entstanden-istist_Nov.2011.pdf [Zugriff: 4.5.2019].
- Schönstatt-Familien Diözese St. Pölten (2019): Infofolder. URL: <http://www.familien.stpoelten.schoenstatt.at/wp-content/uploads/2014/07/INFO-Folder.pdf> [Zugriff: 4.5.2019].
- Siep, Ludwig (2013): Gradualismus, Konventionalismus, Relativismus. In: Goertz, Stephan / Hein, Rudolf B. / Klöcker, Katharina (Hg.): Fluchtpunkt Fundamentalismus? Gegenwartsdiagnosen katholischer Moral. Freiburg, Basel, Wien: Verlag Herder, S. 193-214.
- Steger, Gerhard (2002): Die Familie in der Zeitfalle. In: Goldschmidt, Nils / Beestermöller, Gerhard / Steger, Gerhard (Hg.): Die Zukunft der Familie und deren Gefährdungen. Münster: LIT Verlag, S. 252-264.
- Stein, Margit (2012): Erziehungsziele von Eltern in Abhängigkeit sozio-struktureller Merkmale und subjektiver Orientierungen – eine längsschnittliche internationale Analyse auf Basis der Daten des World Values Survey. In: Bildung und Erziehung 65/4. Erziehung in der modernen Familie, S. 427-444.
- Stein, Margit (2017): Werteerziehung als Aufgabe der Familie – ein aktuelles Thema. In: Roczniki Pedagogiczne 2/2017. Polen, S. 47-59.
- Strasser, Ernst (1995): Berufstätigkeit – Kinderbetreuung. In: Familie. Kinder und Berufstätigkeit (ÖVP Niederösterreich: Kremser Protokolle 1/1995). Waidhofen / Ybbs: Stummer Druck, S. 11.
- Tebartz-van Elst, Franz-Peter (2012): Werte wahren – Gesellschaft gestalten. Plädoyer für eine Politik mit christlichem Profil. Kevelaer: Butzon & Bercker.

- Turnovszky, Stephan (2013): Politikverständnis und zivilgesellschaftliches Engagement aus Sicht der römisch-katholischen Kirche. In: Nautz, Jürgen / Stöckl, Kristina / Siebenrock, Roman (Hg.): Öffentliche Religionen in Österreich. Politikverständnis und zivilgesellschaftliches Engagement. Innsbruck: innsbruck university press, S. 57-67.
- VP NÖ (2008): Arbeit für Niederösterreich. Die Volkspartei Niederösterreich zur Landtagswahl 2008. Programm-Kongress am 26. Jänner 2008 in Stratzdorf. St. Pölten: greenprint.
- VP NÖ (2018): Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit. St. Pölten: greenprint [internes Dokument].
- Wegner, Gerhard (2013): Selbstwirksamkeit und Angewiesenheit: Christlicher Glaube und Gesellschaftsgestaltung. In: Nautz, Jürgen / Stöckl, Kristina / Siebenrock, Roman (Hg.): Öffentliche Religionen in Österreich. Politikverständnis und zivilgesellschaftliches Engagement. Innsbruck: innsbruck university press, S. 123-158.
- Wer sind NEOS? URL: <https://ichtuwas.neos.eu/unsere-geschichte> [Zugriff: 18.3.2019].
- Zulehner, Paul M. (2016): Vom Gesetz zum Gesicht. Ein neuer Ton in der Kirche: Papst Franziskus zu Ehe und Familie. *Amoris laetitia*. Ostfildern: Patmos Verlag.

Abstract

Familien gibt es wie Sand am Meer. Sie sind zahlreich, für viele erstrebenswert, kontextabhängig und einem ständigen Wandel unterworfen. Auch im Bundesland Niederösterreich existieren verschiedene Familienformen mit dementsprechend unterschiedlichen Wertsystemen.

Im Rahmen dieser Masterarbeit sollen drei Institutionen näher beleuchtet werden; hier vor allem die Familienwerte und deren praktische Umsetzung durch die Volkspartei NÖ, die Neos NÖ und die Katholische Kirche in der Diözese St. Pölten. Es soll diskutiert werden, ob die jeweiligen Familienwerte dem Anspruch der Verallgemeinerbarkeit nach Jürgen Habermas genügen.

Zunächst kommen die diversen Familienwerte allgemein in den Blick, um diese dann konkret bei den drei Institutionen zu verorten. Woher verschiedene Familienformen kommen und wie diese begründet werden, wird in einem nächsten Schritt untersucht. Im Anschluss werden die Auswirkungen auf die Praxis und die Umsetzung der Werte diskutiert. Hier wird zu zeigen und zu begründen sein, in welche unterschiedlichen Richtungen die Grundsätze und Ziele der Organisationen gehen.

Des Weiteren wird die Diskursethik von Habermas vorgestellt und überprüft, ob die jeweiligen Familienwerte dem Anspruch der Verallgemeinerbarkeit genügen. Es ist zu fragen, welche der drei Institutionen überhaupt einen herrschaftsfreien Diskurs führen, welche gerne einen solchen führen würden und welche diesen möglicherweise sogar prinzipiell ablehnen.

Allgemein kann angemerkt werden, dass ein herrschaftsfreier Diskurs mit gleichberechtigten und symmetrischen KommunikationspartnerInnen nur in nicht-hierarchisch organisierten Strukturen verwirklicht werden kann. Führungspersönlichkeiten, egal ob auf politischer oder kirchlicher Ebene, stehen diesem Diskurs im Weg, denn ein Konsens darf nach Habermas nie durch Zwang, Unterdrückung oder andere äußerliche Manipulationen wie zum Beispiel Medien, Dogmen oder gesellschaftlicher Mainstream erreicht werden.

In einer heterogenen modernen Gesellschaft ist die Auseinandersetzung mit Familienwerten spannend und schwierig zugleich – außerdem stellt sich die Frage, ob in einer diversen Bevölkerung der herrschaftsfreie Diskurs in der Praxis, von welcher Institution auch immer, überhaupt praktiziert werden kann.

Abstract (english)

The family is a well-established institution. It is a way of living that is dependent on its environment, longed for by some, and constantly changing. Naturally, this is also applicable for families in Lower Austria, where various types of families based on different sets of values coexist.

This thesis aims to analyze three Austrian institutions, i.e. the Volkspartei Lower Austria, the NEOs Lower Austria, and the Catholic Church, more precisely the diocese of St. Pölten, as regards their sets of values and their way of implementing these values. The overall objective is to discuss whether or not the values qualify for Jürgen Habermas' famous theory of generalizability.

Initially, an overview of the vast number of family values is needed to be able to identify which values are prominent in the three institutions mentioned above. Afterwards, the origin of different types of families and the way they came into being are investigated, which is then followed by an analysis of the consequences for everyday life as well as a presentation of the execution of the values. This analysis will prove the fact that the institutions adhere to varying guidelines and pursue different aims.

Moreover, Habermas' above-mentioned theory of the ethics of discourse is going to be presented with the target of allowing a test of the values concerning their generalizability. Three main questions are examined, namely which institutions deliver a discourse free of domination, which ones strive for giving such a discourse and which ones object to it completely.

Generally speaking, such a discourse can only be realized in non-hierarchical environments where equal and symmetrical communication prevails. A typical hazard are leading figures, no matter if they are political or ecclesiastical, as Habermas says that a consensus can never be reached by means of force, suppression or similar ways of external manipulation such as the media, a dogma, or society's expectations.

In a heterogeneous and modern society it is both exciting and challenging to engage in a discussion of family values. What is even more intriguing is answering the question if a discourse free of domination can be led in a diverse community at all, irrespective of the institution under investigation.

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Masterarbeit mit dem Titel „Familienwerte in diskursethischer Perspektive“ selbständig verfasst habe, dass ich sie zuvor an keiner anderen Hochschule und in keinem anderen Studiengang als Prüfungsleistung eingereicht habe und dass ich keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Alle Stellen der Arbeit, die wörtlich oder sinngemäß aus Veröffentlichungen oder aus anderweitigen fremden Äußerungen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht.

Kovestellen, im Juni 2019
Ort, Datum


Unterschrift